



AIB

2V 20899 E

1,50 DM

September
Nr. 9 / 1978

9. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

5 Jahre Putsch in Chile

Exklusiv - Interview
mit Luis Corvalán



Kuba • Frontstaaten Afrikas
BRD-Neokolonialismus

Inhalt:

Chile	
Erich Wulff: Fünf Jahre nach dem Putsch	S. 3 — 4
Interview mit Luis Corvalan: Die Junta vor dem Fall	S. 5 — 7
Algier-Erklärung der Sozialistischen Partei Chiles	S. 8 — 10
Konstanze Wetzel: Bonns Kollaboration hält an!	S. 10 — 12
Festivalbewegung — Kuba	
Wolfram Bröner: „Kuba ist Dein Zuhause!“	S. 13 — 16
Appell an die Jugend der Welt	S. 15
Fidel Castro: Die Abtragung wirtschaftlicher Abhängigkeiten	S. 16 — 21
Chronologie Kuba—USA	S. 19
Frontstaaten Afrikas	
Hans Mayer: Tansanias problemreiche Eigenständigkeit	S. 22 — 25
Julius Nyerere: Nein zum West-Interventionismus	S. 24
Tschad	
A. Fall: Weshalb die Tschad-Intervention?	S. 26 — 28
Tschad-Daten	S. 26
Mittelmeerraum	
Anni Friese: Bremer Konferenz: Sozialistische Perspektive des Mittelmeerraumes	S. 29
BRD-Neokolonialismus	
Dieter Boris/Dietrich Busch/Rainer Falk: Dritte Welt-Expansion der BRD (2. Teil)	S. 30 — 33
Rezensionen: Chile in Opposition	S. 34
Kurzinformation: BRD—Südafrika, Jemen, Iran, Irak—Palästina, Bolivien, Vietnam—China	S. 35
Kommentar: Afrika nach dem OAU-Gipfel	S. 36



Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto
31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 20. 8. 2978

Es arbeiten mit: D. Busch, G. Faust, R. Hegewald, M. Hellmann, H. Mayer, B. Pflug, U. Rupp, P. Wahl, B. Weng, K. Wetzel, C. Wimmer

Anzeigen:

- SKAAL
- rote blätter
- Leser-Kleinanzeigen



Solidarität mit Solomon Mahlangu

Ein südafrikanisches Berufungsgericht bestätigte jetzt das Todesurteil, das im vergangenen März gegen das ANC-Mitglied Solomon Mahlangu verhängt worden war. Der 21jährige Solomon Mahlangu hatte sich unter dem Eindruck des Massakers von Soweto dem ANC, der Befreiungsbewegung Südafrikas, angeschlossen und war seither aktiv für die Verwirklichung der Menschenrechte der schwarzen und farbigen Bevölkerungsmehrheit Südafrikas eingetreten.

In einer konstruierten Anklage wirft ihm die südafrikanische Rassenjustiz Polizistenmord vor, ohne daß die Staatsanwaltschaft auch nur annähernd einen Beweis dafür vorlegen konnte.

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat die Bundesregierung aufgefordert, zugunsten S. Mahlangu bei der südafrikanischen Regierung zu intervenieren. Das ASK ruft gleichzeitig dazu auf, mit Briefen, Postkarten und Telegrammen Druck auf Pretoria auszuüben, um eine Aufhebung des Todesurteils zu erreichen (Adresse: John B. Vorster, Union Buildings, Pretoria, Südafrika), sowie die Solidaritätsaktionen mit Spenden zu unterstützen (Spendenkonto Prof. Erich Wulff, Pöschel Frankfurt/M. Kto. 527 055-602, Kennwort: Mahlangu).

Kleinanzeige

Ich bin auf der Suche nach restlos vergriffenen AIB-Exemplaren und bereit, für solche Hefte pro Einzelheft 3,- DM zu bezahlen. Jeweils ein Exemplar suche ich zu: AIB 1/71, 5/71, 8/71, 1/72, 9/72, 1/73, 6/73, 6/74, 1/76, 10/76.
Angebote bitte an: Wolf-Dieter Rudolph, Herzbergweg 21, 3150 Peine

Erich Wulff

Fünf Jahre nach dem Putsch



11. September 1973: Verteidiger der Moneda, unter ihnen Präsident Allende (l.); Prof. Erich Wulff, Sprecher des ASK, Mitglied der Internationalen Chile-Kommission und Vorsitzender der Vietnam-Freundschaftsgesellschaft

Die Nachricht vom Militärputsch in Santiago de Chile erteilte mich in Paris. Schon in den vorausgehenden zwei Monaten hatten die Zeitungen über Streikaktionen der Fuhrunternehmer, über Verhaftungen regierungstreuer Matrosen und Unteroffiziere, über Durchsuchungen verstaatlichter Betriebe nach angeblich dort versteckten Waffen berichtet. Wenn auch große antifaschistische Demonstrationen zur Unterstützung der Unidad Popular zeigten, daß die arbeitende Bevölkerung ihr Vertrauen weiterhin in Präsident Allende und seine Regierung setzte (dies war ja auch bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 deutlich geworden, wo die Unidad Popular erheblich an Stimmen gewann), die Machtbasis der Regierung schien dennoch allmählich abzubröckeln.

So hatte ich während des Monats August auch kaum mehr Illusionen darüber, was Chile bevorstand; keine Illusionen, aber doch immer noch eine irrationale Hoffnung, daß bei einem Aufstandsversuch des Militärs ein Teil der Streitkräfte zur Regierung halten würde. Kurz, ich sah eher einen Bürgerkrieg kommen als einen generalstabsmäßig abgewickelten Staatsstreich.

Der 11. September: Zusammenbruch einer Hoffnung

Am Nachmittag des 11. September las ich dann die Schlagzeilen der Abendzeitungen: Das Militär hatte geputscht, Präsident Allende war tot. Hartnäckig hielt sich unter den Linken in Paris noch das Gerücht, General Prats marschiere mit einem regierungstreuen Armeekorps auf Santiago; der Generalstreik sei ausgerufen; überall werde gekämpft. Erst am nächsten Tag wurde die ganze Wahrheit deutlich: der Mord an Allende, die wahllosen Erschießungen Tausender, der Terror als Mittel der Einschüchterung. Ansätze

von bewaffnetem Widerstand waren überall zusammengebrochen. Bald danach kamen weitere Schreckensnachrichten. Die Bilder aus dem Stadion; Victor Jaras Ermordung; die Errichtung von Folterzentren und Konzentrationslagern. Die öffentlichen Bücherverbrennungen wurden weltweit zu einem Symbol der kulturellen Barbarei der chilenischen Faschisten. Vieles erinnert an Hitlers Machtübernahme 1933.

Wie für viele, war auch für mich der Putsch der Zusammenbruch einer Hoffnung, einer Hoffnung auf einen Weg zum Sozialismus, der die demokratische Legalität respektierte, der sich auf die Mehrheit der Menschen in einem Lande stützen wollte; ein Sozialismus aber auch, der nicht nur für die Arbeiter und die Bewohner der Elendsviertel von ihrer Avantgarde gemacht wurde, sondern von den Menschen selber; in einem politischen Kampf, bei dem die Sozialisten trotz der Härte der Auseinandersetzung darauf verzichten wollten, ihre Feinde einzusperren oder totzuschlagen.

In Chile ist die Unidad Popular auf ihrem Weg zum Sozialismus im Rahmen einer demokratischen Legalität gescheitert. Ich habe daraus nicht die Schlußfolgerungen gezogen, ein solcher Weg sei nunmehr grundsätzlich ungangbar. Wenn man sich aber auf den Standpunkt stellt, ein solcher Weg sei immer noch möglich und nötig, muß man versuchen, sich Rechenschaft darüber zu geben, welche Fehler in Chile gemacht worden sind: im Bereich des politischen Handelns, aber vielleicht auch im Bereich der Einschätzung der politischen Lage. Vielleicht hätten mehr Anstrengungen gemacht werden müssen, die Mittelschichten für den Sozialismus zu gewinnen; vielleicht hat die Unidad Popular die politischen Einstellungen der Armee nicht klar genug gesehen; vielleicht war das schwierige Gleichgewicht, den revolutionären Prozeß im Gange zu halten und sich dennoch dabei nicht mehr Gegner zu schaffen, als man besiegen konnte, nicht aufrecht er-

halten worden; vielleicht hat die Unidad Popular auch den Moment verstreichen lassen, wo die eigene Macht noch unverbraucht genug war, um sie – notfalls mit Gewalt – weiter zu festigen.

Ich gestehe, daß ich auf all diese Fragen bis heute keine klare Antwort geben kann. Unerschüttert ist jedoch meine Überzeugung geblieben, daß in den Ländern mit demokratischer Verfassung und ein Stück weit auch praktizierter Demokratie der Weg zum Sozialismus nur über die Gewinnung der Mehrheit der Menschen für die Ziele des Sozialismus führen kann.

Bilanz einer fünfjährigen Solidaritätsarbeit

Unmittelbar nach dem Putsch begann dann auch für mich die Solidaritätsarbeit. Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), erst im Mai 1973 gegründet, mußte Aufgaben übernehmen, für die es noch gar nicht gerüstet war.

Wir mußten uns in die internationale Solidaritätsbewegung einreihen: internationale Konferenzen besuchen, die internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Junta besetzen. Vor allem aber mußten wir die Bevölkerung unseres Landes gegen die chilenischen Faschisten mobilisieren. Außerdem mußten wir Geld sammeln für die Opfer des Faschismus, wir hatten Unterkunft und Arbeit zu suchen für chilenische Freunde, die der Diktatur entronnen waren. Wir mußten dafür eintreten, daß möglichst viele chilenische Flüchtlinge in der BRD Asyl erhielten. Um diese Aufgaben einigermaßen erfüllen zu können, mußten wir Bündnisse suchen, Bündnisse mit den Organisationen, die nicht Mitglieder unseres Komitees waren, so mit Gewerkschaften und denjenigen Kräften unter den Liberalen in der Sozialdemokratie und in anderen Gruppen, die bereit waren, in der Asylfrage, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen örtlich mit uns zusammen zu arbeiten. Daß unser Komitee diese Aufgaben – trotz seiner begrenzten Kräfte – bewältigt hat, ist zu einem guten Teil dem Organisationstalent, dem Engagement und der persönlichen Überzeugungskraft Peter Dietzels zuzuschreiben, der damals die sekretariale Arbeit unseres Komitees getan hat. Natürlich haben viele andere, in nahezu allen großen Städten unseres Landes, mitgeholfen.



Eine kurze Bilanz unserer Arbeit:

Wir haben der Unidad Popular inzwischen über 2 Mio DM an Spenden übergeben können; wir haben besonders im ersten Jahr nach dem Putsch viele Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt, z. T. mit prominenten Persönlichkeiten der Unidad Popular, wie Beatrice Allende, Volodia Teitelboim, Clodomiro Almeida, später auch Luis Corvalan; besonders erfolgreich waren auch unsere Solidaritätskonzerte in Essen und Düsseldorf, besonders wichtig, im Hinblick auf unsere

eigene Geschichte, die Nürnberger Chile-Verhandlungen im Oktober 1976. Erfolgreich war auch unsere Kampagne gegen den Folterknecht der Junta, Christian Ackerknecht. Unsere Steckbriefaktion hat dazu beigetragen, daß er nach Chile zurückberufen werden mußte.

Stark arbeiten müssen wir noch an der Propagierung eines vollständigen Boykottes der Junta auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, sportlichen Gebiet. Hier waren unsere Anstrengungen sicher nur ein Tropfen auf einen heißen Stein; allerdings wird nur durch viele Tropfen der Stein schließlich gehöhlt. Wir müssen hier gegen Trägheit und Gewohnheit anarbeiten; leider haben sich zu viele schon an den Faschismus in Chile gewöhnt. Das soll uns nicht resignieren lassen; schließlich haben auch Portugal und Griechenland sich von faschistischen Diktaturen befreien können.

Die Bedingungen unserer Arbeit sind im Laufe der Jahre schwieriger geworden. Die antikommunistische Hetze in der Bundesrepublik hat zugenommen; vor allem die CDU, aber aus opportunistischen Gründen leider auch manche Sozialdemokraten und Freidemokraten, versuchen eine Berührungsangst zunächst mit Kommunisten, dann aber auch mit allen, die mit Kommunisten zusammenarbeiten, zu erzeugen. Aus vielen Veröffentlichungen und vielen Einzelerfahrungen wissen wir, daß antimperialistische Solidarität bei Anhörungsverfahren als Verdachtsmoment für verfassungsfeindliche Gesinnung geltend gemacht wird. Gegen den Abbau der demokratischen Rechte in unserm eigenen Land müssen wir also kämpfen, wenn wir die antimperialistische Bewegung stärken oder auch nur vor Schwächung und Zusammenbruch bewahren wollen.

Die Junta: in die Zwickmühle gedrängt

In Chile selbst ist im letzten Jahr manches Hoffnungsvolle geschehen. Der Junta ist es nicht gelungen, das Land aus der wirtschaftlichen Krise hinauszuführen, in die es sie selber hineinmanövriert hatte; und dies trotz Milliardenhilfen aus Amerika, den bewilligten „Umschulungen“ durch die Bundesrepublik usw. Menschen, aber auch politische Formationen, die zunächst dem Putsch sympathisierend gegenüberstanden, haben sich inzwischen gegen die Junta gewandt. Hierzu gehören auch weite Kreise der Christdemokratischen Partei Chiles, und vor allem die chilenischen Mittelschichten. Die Junta hat diese wachsende Opposition mit zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen, so mit der Verbannung von maßgeblichen christdemokratischen Persönlichkeiten beantwortet. Diese Repression aber hat die antifaschistische Front in Chile verbreitert und den Weg zum gemeinsamen Handeln der antifaschistischen Kräfte geebnet. Zum ersten Mal nach Jahren des Schweigens fanden in Chile wieder gegen das Regime gerichtete große Demonstrationen statt. Die internationale Solidaritätsarbeit hat die Junta in eine Zwickmühlensituation gebracht: sie kann sich öffentliche Verhaftungen im großen Ausmaße nicht mehr leisten; deshalb hat sie zu der widerlichen Prozedur des heimlichen Verschwindenlassens von Opponenten gegriffen.

Damit bringt sie sich aber noch tiefer in die Illegalität, selbst nach ihren eigenen gesetzlichen Maßstäben. Die Kampagnen zur Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen konnten so in aller Öffentlichkeit ablaufen. Sogar die USA, deren Geheimdienst den Putsch vorbereitet hatte, beginnen sich zu distanzieren: die Ermordung Orlando Letelier in den Vereinigten Staaten durch Geheimagenten der Junta hat die USA gezwungen, auf die Suche nach Verantwortlichen zu gehen. Und die Spuren führen in die höchsten Kreise der Junta. Zum Zeitpunkt, wo der Ruf der Junta auch bei ihren früheren Verbündeten schwer angeschlagen ist, wo der Widerstand gegen den Faschismus in Chile wächst, dürfen unsere Anstrengungen in der Solidaritätsarbeit nicht nachlassen. Venceremos!

Interview mit Luis Corvalan

Die Junta vor dem Fall

AIB: Sie haben auf dem Meeting des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) darauf hingewiesen, daß die USA erwägen, Pinochet auszuwechseln. Wie weit läßt sich diese Annahme konkretisieren?

L. CORVALAN: Ich habe gesagt, daß der US-Imperialismus oder genauer gesagt einige Sektoren des US-Imperialismus sich Pinochets entledigen möchten. Andere sind mehr daran interessiert, ihn zu einer kosmetischen Veränderung des Gesichts seiner Herrschaft zu überreden. Welche dieser beiden Tendenzen sich letztlich durchsetzen wird, ist schwer zu beantworten.

In jedem Fall möchte ich sagen, daß wir die Lösung unseres Schicksals nicht von einer Intervention seitens der USA erwarten. Wir fordern die USA nicht zu einer Intervention auf, im Gegenteil wir fordern sie auf, ihre Finger von Chile zu lassen. Wir fordern von den USA, wie von allen anderen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, daß sie sich an das halten, was dort im letzten Jahr über Chile beschlossen wurde. Es liegt zur Zeit jenseits unserer eigenen Einflußmöglichkeiten, die USA daran zu hindern, ihre Nase in die chilenischen Angelegenheiten zu stecken. Und das betrifft nicht nur die USA. Ich möchte hier keine weiteren Länder nennen. Ohne Zweifel haben sie ihre Pläne.

Kampfziel provisorische Regierung

Man kann wohl nicht davon sprechen, daß es ein einheitliches Projekt gibt. Aber es gibt Kreise in den USA, die ein Interesse daran haben, daß Chile zu einer Art Demokratie zurückkehrt, auch wenn sie sehr begrenzt sein soll. In jedem Fall möchte ich unterstreichen, daß alle diese Vorschläge, die für eine Veränderung des Regimes gemacht werden, Produkt und Ausfluß der nationalen und internationalen Isolierung des Regimes sind, hervorgerufen durch den Kampf in Chile und die internationale Solidarität.

AIB: Welche demokratische Alternativposition halten Sie in dieser neuen Situation einer möglichen US-Auswechslungslösung entgegen?

L. CORVALAN: Wir treten dafür ein, eine provisorische Regierung zu bilden, und zwar nicht nur wir Kommunisten, sondern die ganze Unidad Popular – eine provisorische Regierung, die die Junta ersetzt.

Ohne Zweifel wird diese Junta stürzen. Sie wird nicht überleben. Und deshalb stellt sich die Frage: Wer ersetzt morgen diese Regierung? Soll es eine Person sein? Das erschien uns unbotmäßig. Eine Partei? Welche Partei? Es hat den Anschein, daß es nicht eine einzelne Partei sein wird. Eine Gruppe von Parteien, die in der Minderheit sind? Auch das erscheint uns nicht als die richtige Lösung. Irgendeine Institution? Auch das scheint uns nicht möglich.

Um dieses Regime zu Fall zu bringen, werden wir eine Regierung brauchen, die alle Kräfte, die gegen die Diktatur stehen, repräsentiert. Also eine Regierung, die in erster Linie hervorgeht aus den Vereinbarungen zwischen der Unidad Popular und der Christdemokratischen Partei. Das ist unsere Position in dieser Frage. Das ist der Vorschlag der Unidad Popular.



Die Christdemokratie hat bis jetzt noch nicht ja gesagt. Wir wissen auch nicht, ob sie letztendlich ja oder nein sagen wird. Wir wissen auch nicht, ob die Ereignisse so eintreten werden, wie wir das planen. Wir kämpfen für eine provisorische Regierung, die die Aufgabe haben wird, den Faschismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, die dringenden Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, die Wirtschaft wieder zu beleben, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die schließlich das Steuer des Schiffes einer durch das Volk gewählten Regierung übergeben wird.

Gelbe Gewerkschaftskreaturen ohne Rückhalt

AIB: Die chilenische Gewerkschaftsbewegung hat seit 1977 verstärkt von sich Reden gemacht. Gibt es heute trotzdem noch irgendwelche direkten Einflußhebel der Junta auf sie?

L. CORVALAN: Die Gewerkschaftsbewegung ist ungeachtet ihrer Entrechtung standhaft geblieben, ja sie stellt das Rückgrat im Kampf gegen die Diktatur dar. Die Diktatur hat es nicht vermocht, die Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, so daß heute die Mehrheit der Einzelgewerkschaften entweder von Christdemokraten oder von Angehörigen der Unidad Popular geleitet wird.

Natürlich gibt es eine Gruppe von Gewerkschaftsführern, die Pinochet um sich herum gruppiert hat. Aber es sind Gewerkschaftsführer, die von ihm selbst ernannt wurden, und die nicht von den Arbeitern gewählt sind. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Pinochet hat den Präsidenten der Kupferarbeitergewerkschaft abgesetzt und hat dafür eine seiner Kreaturen eingesetzt. Aber der wichtigste Streik, der bisher geführt wurde, war der im Kupferbergbau. Und die Mehrheit, um nicht zu sagen, alle Kupferarbeiter stehen gegen Pinochet. Es gibt eine ganze Reihe von Ereignissen, die das beweisen.

Wir haben keine Sorge, daß eine Entwicklung einsetzen



Bonner Solidaritätstreffen von ASK und Chile-Komitees mit Luis Corvalan; rechts ASK-Sekretäre P. Dietzel und P. Wahl

könnte, die nennenswerte Teile der Gewerkschaft unter faschistischen Einfluß geraten lassen könnte. Und wenn die Diktatur fällt, dann fallen auch all die Gewerkschaftsfunktionäre, die von ihm eingesetzt sind und aus seiner Tasche bezahlt werden.

Ich wiederhole es: Pinochet hat keinerlei Rückhalt innerhalb der Arbeiterklasse. Das ist natürlich zunächst eine allgemeine Antwort. Im Weingarten des Herren gibt es für jeden etwas. Auch unter demokratischen Regierungen gibt es die einen oder anderen, auch unter Gewerkschaftsführern, die die Interessen der Unternehmer vertreten. Aber das wird morgen nicht ins Gewicht fallen.

AIB: Die 1. Mai-Aktivitäten der chilenischen Arbeiterbewegung in diesem Jahr haben großes Aufsehen hervorgerufen (Augenzeugenbericht in AIB 6/1978). Wie schätzen Sie den gegenwärtigen Stand der Massenaktionen ein?

L. CORVALAN: Die Feiern und Straßendemonstrationen zum 1. Mai 1978 in Chile waren in der Tat ein wichtiges Ereignis. Sie waren die Fortsetzung dessen, was sich am 8. März d. J., dem internationalen Frauentag, ereignet hat. Bezeichnend war auch eine Kulturveranstaltung, die sich am 25. April im Theater Caupolican zugetragen hat, eine Veranstaltung, die von antifaschistischen Künstler- und Kulturgruppen organisiert worden ist. Dort wurde eine Botschaft Isabel Parras verlesen, einer unserer Künstlerinnen, die in Paris im Exil lebt. Beim Verlesen dieser Botschaft gab es einen Applaus von fünf Minuten in diesem Theater. Das gleiche geschah mit einer Botschaft von Joan Jara, der Witwe Victor Jaras. Es gibt dieses Klima.

Wir wissen, daß es eine ganze Reihe von Veranstaltungen vor dem 1. Mai gab, in Vorbereitung dieser Manifestation. Unter diesen Aktionen fanden sich auch sportliche Wettbewerbe, vor allen Dingen von den Fußballklubs der Gewerkschaften organisiert. Für uns besteht kein Zweifel, daß sie nicht nur in Santiago, sondern in vielen anderen Städten gehalten wurden; und zwar in einem größerem Ausmaß als im letzten Jahr, denn die Atmosphäre hat sich gewandelt.

Pinochet nicht mehr Herr der Lage

Wichtig hierbei ist eben, daß Pinochet heute nicht mehr in der Lage ist, so zuzuschlagen, wie er es gestern noch konnte. Das geschieht aufgrund des Widerstandskampfes und trägt zugleich zu dessen Stärkung bei. Wer organisiert all das? Nun, alle antifaschistischen Kräfte.

Ich möchte niemandem die Schau stehlen, aber ich möchte schon sagen, daß unsere kommunistischen Genossen in diesem Kampf in der ersten Reihe stehen. Aber natürlich spielen auch die Sozialisten, die Radikalen und auch die Christdemokraten ihre Rolle. Diese Bewegung ist natürlich nicht das

Werk ausschließlich von Kommunisten, und sie könnte es auch nicht sein. Sie ist die Frucht der wachsenden Zusammenarbeit, des gemeinsamen Kampfes, wie er in Chile gegenwärtig existiert. Und diese Bewegung ist dazu berufen, sich weiter zu entwickeln, vorwärts zu schreiten. Es kann ein Auf und Ab in der Entwicklung dieser Bewegung geben, aber ich betone nochmals: Pinochet ist heute nicht mehr in der Lage, wie gestern zuzuschlagen, aber er hat natürlich noch die Hebel in der Hand, und noch kann er Schläge austeilen. D. h. es können in bestimmten Augenblicken auch Rückschläge eintreten. Aber keiner dieser Rückschläge könnte uns hinter das Niveau des Kampfes im letzten Jahr zurückwerfen. Trotz möglicher Rückschläge wird die Bewegung immer eine aufsteigende Tendenz bewahren.

Ich möchte ein Beispiel nennen: Mit diesem sog. Referendum (siehe Stuby-Bericht in AIB 5/1978) hat Pinochet es geschafft, seine Position ein wenig zu festigen, aber nur für einige Tage, für einige Wochen. Das Resultat dieses Referendums, das ohne Zweifel gefälscht war, hat natürlich im ersten Moment eine gewisse Verwirrung erzeugt sowohl innerhalb des Landes wie auch außerhalb. Aber diese Verwirrung hat nur kurze Zeit angehalten. Die Hauptströmungen konnten dadurch nicht verändert werden.

AIB: Als Erfolg der in Chile angewandten Friedman'schen Wirtschaftskonzeption wurde – besonders auch in der Bundesrepublik die Eindämmung der Inflationsrate gefeiert. Hat die Wirtschaftspolitik der sog. Chicagoer Schule am Ende also doch irgendwo begrenzte positive Wirkungen gezeigt?

L. CORVALAN: Tatsache war und ist, daß die Wirtschaftspolitik, die den Lehren der Chicagoer Schule folgte, für das Land eine Katastrophe bedeutet. Die Industrie arbeitet mit einer stark verminderten Kapazitätsauslastung. Es gibt ganze Fabriken, die stillstehen. Denn im Gefolge dieser Politik hat man das Land den ausländischen Wirtschaftseinflüssen geöffnet. Dadurch wurden die chilenischen Unternehmer gezwungen, sich auf neue Technologien umzustellen, mit moderneren Mitteln zu produzieren. Aber viele chilenische Kapitalisten hatten nicht das notwendige Kapital, um diese Investitionen vorzunehmen, um ihre Produktionsmittel zu modernisieren und in Konkurrenz mit dem internationalen Kapital treten zu können. Darüber hinaus ist der einheimische Markt sehr begrenzt. Er stellt keinen genügend großen Stimulus für eine Neuankurbelung der Wirtschaftsentwicklung dar.

Natürlich wurden die Löhne und Einkommen der Arbeiter stark gesenkt. Das ist ein Mittel der Kapitalisten, um ihre Produktionskosten niedrig zu halten. Aber trotzdem konnten sich – angesichts der ausländischen Konkurrenz – viele einheimische Kapitalisten nicht auf den Beinen halten. Allein die Tatsache, daß die industrielle Produktion gesunken ist, stellt bereits eine Katastrophe dar.

In den Manifestationen der Gewerkschaften zum 1. Mai wird von einer Arbeitslosenzahl gesprochen, die 30 % erreicht. Die Junta anerkennt eine Zahl von 13 %. Aber dazu müssen zumindest noch die 7 % der Arbeiter hinzugerechnet werden, die eine sog. Mindestanstellung haben. Diese Personen sind im Grunde genommen Arbeitslose. Sie werden mit einem ganz schlechten Gehalt von der Regierung angeheuert, um irgendwelche öffentlichen Arbeiten durchzuführen. In solch unproduktiven Bereichen wie z. B. in der Gärtnerei von Militärcasernen werden sie eingesetzt. Und die versteckte Arbeitslosigkeit ist sehr hoch.

Die gesenkte Inflationsrate steht alleine

Es ist richtig, daß die Inflationsrate gesenkt wurde, aber auf wessen Kosten! Die Kaufkraft wurde brutal heruntergedrückt, so daß Millionen Menschen gezwungen sind, unter wirklich menschenunwürdigen Bedingungen zu leben. Diese Arbeiter mit Mindestbeschäftigung, wie es heißt, verdienen im Monat 60.- DM.

Ein anderes Beispiel: Eine der Stahlschmelzen in Chile hat eine normale Kapazität von 600 000 t im Jahr. Unter der Diktatur produziert sie weniger als 300 000 t. Das spricht für sich. Natürlich wirft sich die Junta in die Brust und sagt, sie hätte die Inflationsrate gesenkt. Aber Menschen leben nicht von irgendwelchen Prozentangaben.

Wenn man auf diese Weise die Kaufkraft senkt, ist das eine kriminelle Politik gegenüber dem arbeitenden Menschen. Das Prokopf-Einkommen ist gegenüber 1971/72 um 50 % gesunken. Die Ergebnisse auf dem Gebiet der Landwirtschaft sind ebenfalls katastrophal. Die Militärdiktatur exportiert alles, was sie auch nur im Ausland loswerden kann. Vieles von dem, was exportiert wird, sind Produkte, die dem Konsum des chilenischen Volkes entzogen werden.

AIB: Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?

L. CORVALAN: Ja, nehmen wir die Früchte, die hier in Westeuropa aus Chile konsumiert werden. Es sind Früchte, die dem chilenischen Volk und den chilenischen Kindern vom Munde entrissen sind. Denn heute ist die Fruchteproduktion in Chile nicht höher als vor fünf Jahren. Wenn man unter solchen Bedingungen die chilenischen Früchte, so wie man das jetzt macht, exportiert, dann steigt der Preis für diejenigen, die noch im Lande bleiben. Und diese sind nur noch für die reichen Leute erschwinglich.

Das ist nicht die ganze Politik der Friedman'schen und der Chicagoer Schule, aber es sind einige charakteristische Aspekte der Wirtschaftspolitik.



Von Pinochet jüngst ausgeschalteter Junta-General Leigh (r.)

Natürlich bekommt Pinochet noch immer Kredite, weil sich die Kapitalisten sagen: Geschäft ist Geschäft. Aber man muß hinzufügen, daß es sich um Kredite mit kurzer Laufzeit handelt, und daß sie nicht für Investitionen bestimmt sind. Nur die ESSO Gesellschaft hat es gewagt, eine Kupfermine für 100 Mio Dollar zu erwerben. Aber das ist Geld, das wie Wasser zwischen den Fingern zerrinnt. In jedem Fall gibt es keine neuen Investitionen.

Wir halten es für sehr wichtig, gegen jede finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Junta zu kämpfen.

AIB: Die Frage der Entwicklung der Aktionseinheit der Unidad Popular mit der Christdemokratischen Partei ist eines der meistberedeten Probleme geblieben. Gibt es derzeit wirklich konkrete Fortschritte zu verbuchen?

L. CORVALAN: Ich möchte sagen, daß es heute tatsächlich an der Basis eine Unzahl von gemeinsamen Aktionen mit Mitgliedern der Christdemokratie gibt. Dieses Verständnis zwischen den Kräften besteht tatsächlich und vollzieht sich in einer sehr natürlichen Weise. Es wird initiiert und gefördert von den Leuten, die ein höher entwickeltes politisches Bewußtsein haben.

Seit dem 11. September haben natürlich die christdemokratischen Arbeiter die gleichen Leiden durchmachen müssen, wie alle anderen auch. Natürlich fühlen auch sie die gleiche Notwendigkeit, für ihr materielles Wohlergehen und die Freiheit zu kämpfen. Unter solchen Bedingungen ist es ganz offensichtlich, daß sich die Einheit dort schmiedet. Und diese Einheit wird, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, ihre Auswirkungen auf die Spitze der Christdemokratischen Partei haben. Schon gegenwärtig ist dies der Fall, und es kommt auch zu Übereinkünften an der Spitze. Es gibt eine Reihe von Übereinkünften bezüglich bestimmter Fragen. So wurde die Manifestation des 1. Mai, von der wir schon gesprochen haben, von einem Gremium von 21 Gewerkschaften organisiert, in dem Christdemokraten und Angehörige der Unidad Popular in gleicher Weise vertreten waren. Allerdings gibt es noch keine allgemeine, alle Fragen betreffende Übereinkunft mit der Christdemokratie.

Aktionseinheitsimpulse mit der Christdemokratie

Natürlich gibt es innerhalb der Christdemokratie einige, die einer Übereinkunft mehr zuneigen als andere; und es gibt auch einige, die sich einer solchen Übereinkunft gänzlich entgegenstellen. Daneben gibt es noch einige Personen oder Gruppen, die gerne die Erben dieser Junta sein möchten – und zwar alleine, ohne Bündnis mit der Unidad Popular, oder zumindest ohne Bündnis mit den Kommunisten. Das ist verständlich. Wir haben in Gesprächen, die wir mit einigen von ihnen hatten, gesagt: Also wenn ihr das so wollt, wenn ihr alleine regieren wollt, bitte, macht es! Aber wir haben ihnen auch gesagt, daß, wenn sich eine solche Situation ergeben würde, sie größere Probleme haben würden als wir. Sie könnten überhaupt keine Regierung bilden, die ausreichende Stabilität besäße. Und selbst wenn wir nicht auf den Sturz einer solchen Regierung hinarbeiten würden, hätte sie dennoch jede Menge Probleme.

Natürlich spielt in dieser Frage der Antikommunismus eine große Rolle. Aber die politischen Realitäten sind stärker als der Antikommunismus. Wir sind eine Realität, und sie können nicht an uns vorbei, ebensowenig wie wir unsererseits auch nicht an der Existenz der Christdemokratischen Partei vorbeigehen können, die nun einmal eine Realität ist. Ebenso wie es bei den Christdemokraten Antikommunismus gibt, gibt es auch bei der Unidad Popular gewisse Gefühle gegen die Christdemokraten. Aber es hat auf beiden Seiten Fortschritte in dieser Frage gegeben. Denn die politischen Realitäten sind eben stärker als bestimmte politische Konzeptionen.

Algier-Erklärung der Sozialistischen Partei Chiles

In diesen Tagen fand ein außerordentliches nationales Plenum der Sozialistischen Partei statt, das auf einen Beschluß der Parteiführung vom November des vergangenen Jahres zurückgeht. An ihm nahmen alle Mitglieder des Zentralkomitees, die auf dem allgemeinen Kongreß von La Serena (Stadt nördlich von Santiago de Chile; d. Red.) im Januar 1971 gewählt wurden, sowie eine Vertretung der illegal in Chile arbeitenden Führung der Partei teil. Dieses Plenum – eines der bedeutendsten Ereignisse in der Geschichte der Partei – dokumentierte den von allen getragenen Einheitswillen, bekräftigte erneut den antifaschistischen Kampf und die allgemeine Übereinstimmung sowohl im Hinblick auf die Analyse der aktuellen Lage in Chile als auch hinsichtlich der zu fassenden politischen und organisatorischen Beschlüsse. Die auf dieser Sitzung stark vertretene, illegal in Chile arbeitende Führung der Partei wurde mit großer Herzlichkeit und sozialistischer Brüderlichkeit empfangen.

Das Plenum begann seine Beratungen mit den Rechenschaftsberichten des Generalsekretärs, Genossen Carlos Altamirano, und der illegal arbeitenden Inlandsführung der Partei. Der seit nunmehr sieben Jahren an der Spitze der SP Chiles stehende Generalsekretär betonte im Rechenschaftsbericht der Parteiführung, daß er nicht auf alle Einzelheiten der Zeitspanne zwischen Januar 1971 und September 1973 eingehen werde, da dieser Abschnitt in zahlreichen Parteidokumenten und von einigen Persönlichkeiten bereits eingehend analysiert worden ist. Er werde lediglich über einige Erfahrungen sprechen, die sich aus der Tätigkeit der Volksregierung und aus der Errichtung des Faschismus ergeben. Carlos Altamirano faßte die hauptsächlich politischen und organisatorischen Kriterien zusammen, die in den Jahren nach dem

Putsch die Richtschnur für die Tätigkeit der Partei im Ausland waren.

Der Bericht des Generalsekretärs wurde von allen als ein wichtiger Beitrag gewertet, der die theoretische Arbeit befruchtet und die Hauptthesen der Partei weiter vertieft hat. Gleichzeitig wurde eingeschätzt, daß er die Bedeutung der von der Sozialistischen Partei im Ausland seit September 1973 erfüllten Aufgaben exakt widerspiegelt. Der Bericht der illegalen Inlandsleitung zu politischen und organisatorischen Fragen war für alle Tagungsteilnehmer wegen seiner Wahrheitstreue und analytischen Genauigkeit ein wertvolles sowie ernsthaftes, objektives und realistisches Dokument. Es dient dazu, den Kampfeswillen der Partei wiederzubeleben, die große geschichtliche Identität der Partei zu bekräftigen und auf den ständigen Kampf zur Erringung von Demokratie und Sozialismus zu orientieren, ihn zu fördern und zu planen.

Im Inland aktiver

Im Bericht wurden die außerordentlichen Fortschritte auf organisatorischem Gebiet hervorgehoben, die dazu beitrugen, die Struktur der Partei unter den Bedingungen der Illegalität zu festigen und zu entwickeln, sowie den Einfluß der Partei auf die verschiedenen Massenorganisationen – besonders auf die Gewerkschaften und die Bauernschaft – zu erhöhen. Der Bericht registrierte ebenfalls die Fortschritte in den brüderlichen Beziehungen der Partei zu den übrigen demokratischen Parteien und Kräften, insbesondere zu denen der Unidad Popular. Die chilenischen Sozialisten haben auf Grund ihres antifaschistischen Widerstandskampfes an politischem und organisatorischem Einfluß gewonnen – und zwar, wie im Bericht hervorgehoben wird, trotz schwerer Rückschläge und hartnäckiger Unterdrückung.

Die wirtschaftliche Situation Chiles ist dadurch gekennzeichnet, so wird im Rechenschaftsbericht betont, daß auch weiterhin ein großer Interessenwiderspruch zwischen der sich immer mehr isolierenden faschistischen Junta und der gewaltigen Mehrheit der Chilenen, vor allem der Werktätigen, besteht. Der Bericht hebt außerdem hervor, daß sekundäre Widersprüche zwischen der Diktatur und der US-Regierung aufgetreten sind, die aber nicht unbedeutend seien. Außerdem verstärken sich die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie. Die internationalen Monopole, die sich lediglich darauf beschränkt haben, vom bestehenden Wirtschaftsmodell zu profitieren, ohne bereit zu sein, neue Investitionen in der Produktion vorzunehmen, haben gemeinsam mit der Monopolbourgeoisie den größten Teil der Macht an sich gerissen. Die übrigen bürgerlichen Schichten und ein großer Teil des Mittelstandes, die teilweise anfangs den faschistischen Putsch noch unterstützt haben, werden vom neuen Modell der kapitalistischen Akkumulation schwer getroffen. Im täglichen Leben ständig mit dieser Tatsache konfrontiert, lehnen Teile von ihnen zunehmend das politische Regime, besonders aber die Wirtschaftspolitik der Junta, ab.

Der Bericht der illegal in Chile arbeitenden Parteileitung unterstreicht die außerordentlich schädlichen Auswirkungen



In Algier bestätigte SP-Führer Almeyda, Altamirano und Sepulveda (v. l. n. r.)

dieser Wirtschaftspolitik. Die Verringerung der Inflation durch reine geldpolitische Maßnahmen, eine gewisse Gesundung der Staatsfinanzen und eine relative Ausgewogenheit der Zahlungsbilanz sind lediglich scheinbare Erfolge, denn sie konnten nur mittels eines enormen gesellschaftlichen Aufwandes erzielt werden. Dadurch wurde dem Land ein schwer wiedergutzumachender Schaden zugefügt. Die deutlichsten Auswirkungen zeigen sich darin, daß die Wirtschaft unter einer verschärften Rezession leidet, eine sehr hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, die Kaufkraft der Lohnempfänger sich enorm verringert hat, die Sozialleistungen im Gesundheitswesen, in der Wohnungswirtschaft, in der Sozialfürsorge und in der Erziehung drastisch beschnitten worden sind, der Verbrauch von Luxusgütern sich bedeutend erhöht hat, der Staat unfähig ist, die Wirtschaft zu leiten, die nationale Industrie systematisch zerstört und eine schändliche Reprivatisierungspolitik betrieben wird.

Strukturkrise der Diktatur

Das ganze Ausmaß des nationalen Bankrotts verdeutlicht, daß die Krise, in der sich die faschistische Diktatur befindet, nicht nur rein konjunktureller Art ist. Es handelt sich um eine Strukturkrise, die innerhalb des gegenwärtigen Regimes nicht überwunden werden kann.

Seit Ende des Jahres 1977 wird klar sichtbar, daß sich die Krise auf allen Gebieten verschärft. Die Isolierung der Diktatur vom Großkapital, ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Stütze, wird immer offensichtlicher. Es entstehen neue und nicht mehr lösbare Widersprüche im Verhältnis zur Christdemokratischen Partei (PDC), die eine deutlichere und offene oppositionelle Haltung einnimmt. Die Massenbewegung zeigt klare Anzeichen eines Aufschwungs, denn es kommt immer wieder zu Streiks in der Industrie und im Bergbau, während sich die Widersprüche innerhalb der Streitkräfte verschärfen. Die nationale Sicherheit und die territoriale Integrität Chiles sind, wie nie zuvor in der langen Geschichte des Landes, auf das äußerste gefährdet. Die internationale Isolierung des Regimes zeigt sich in der jüngsten Verurteilung durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen sowie in schweren Konfliktsituationen an der chilenischen Grenze. Die schwere Krise um den Beagle-Kanal (Schiffahrtsweg im Südzipfel des Kontinents; d. Red.) und das ungeschickte Vorgehen des Diktators, das die Meinungsverschiedenheiten mit Bolivien wieder aufleben ließ, bekräftigen diese Feststellung.

Die sog. Volksabstimmung, die von Pinochet Ende 1977 übereilt angeordnet worden war, stellt den Versuch dar, auf seine gescheiterte Innenpolitik und auf die zunehmende internationale Verurteilung seines Regimes eine Antwort zu geben. Das Plebiszit ist jedoch weit davon entfernt, als ein Zeichen der Stärke gewertet zu werden, sondern ist im Gegenteil ein Ausdruck der wachsenden Schwäche der Militärdiktatur und verdeutlicht ganz besonders den persönlichen Autoritätsverlust Pinochets. (. . .)

Wenn die Wahlfarce es Pinochet auch ermöglicht hat, über eine schwierige Situation hinwegzukommen, so schaffen die gesammelten Erfahrungen doch viel günstigere Bedingungen, um mit der Christdemokratischen Partei politische Aktionen durchzuführen, das Verständnis für die verschiedenen Kampfformen zu verbessern und besonders die Einflußnahme der Partei und der Unidad Popular auf die Massen zu erhöhen. Es ist klar, daß die anfänglichen Vorteile, die Pinochet aus den Ergebnissen des Wahlbetrugs ziehen konnte, keineswegs ausreichen, um sein Regime aus der tiefen Krise herauszuführen.

Die Inlandsleitung schloß ihren Bericht an das Plenum mit einer Reihe von Vorschlägen, die dazu beitragen sollen, die Aufgaben der neuen Leitung noch besser zu erfüllen. In diesem Sinne hebt sie in erster Linie die Notwendigkeit hervor,



eine sozialistische Konzeption für das künftige Chile auszuarbeiten. Außerdem sei es dringend erforderlich, betont die Inlandsleitung, die Hauptmerkmale einer provisorischen Regierung zu definieren, die nach dem Sturz der Militärjunta gebildet werden muß. Ihre Aufgabe wird darin bestehen, die wesentlichen gesellschaftspolitischen Vorbedingungen für den Aufbau einer neuen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, institutionellen und moralischen Ordnung zu schaffen. Des Weiteren fordert die Inlandsleitung die detaillierte Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes für die Übergangsperiode. Mit ihm müßten solche Bedingungen gewährleistet werden, die es ermöglichen, die Volkswirtschaft zu retten und gleichzeitig auch die Voraussetzungen für die Einführung eines neuen Typs der Wirtschaftsentwicklung zu schaffen, der insbesondere die Interessen des Landes und die der großen Mehrheit des Volkes berücksichtigt.

Auch die Ausarbeitung grundlegender politischer Aussagen dient dem Ziel, diese Aufgaben zu erfüllen. Sie sollen es dem antidiktatorischen Volksblock ermöglichen, eine wirkliche Alternative zum Regime darzustellen und breite gesellschaftliche Schichten zu mobilisieren sowie diejenigen Bereiche exakt zu bestimmen, in denen gemeinsame Auffassungen mit den Christdemokraten bestehen. Es geht darum, eine übereinstimmende politische Linie des antifaschistischen Kampfes zu finden, die sich auch in einem konkreten Plan mit festgelegten gemeinsamen Aktionen niederschlägt. (. . .)

Schließlich würdigte die Inlandsleitung die Rolle der Unidad Popular im politischen Leben des Landes und warf die Frage auf, wie infolge der gesellschaftlichen und politischen Realität im heutigen Chile die Unidad Popular neu definiert werden kann. Damit soll verdeutlicht werden, daß Chile in der Einheit der Volkskräfte eine wirkliche und authentische gesellschaftspolitische Koalition der verschiedensten Bevölkerungsschichten hat, die eindeutig auf die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft hinausläuft. (. . .)

Das Plenum drückte seinen festen Willen aus, im antifaschistischen Widerstandskampf die demokratische Massenbewegung in eine mächtige und führende Kraft zu verwandeln, die fähig ist, das große Werk – den Aufbau eines neuen Chiles – zu verwirklichen. Diese Kraft soll auf der Grundlage eines Programms aktiv werden, das auf eine demokratische Erneuerung und nationale Befreiung abzielt und auf den Sozialismus ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang drückte das Plenum seine Zuversicht aus, daß nach Zerschlagung des Faschismus die in diesen Jahren gereifte Volksbewegung die notwendigen Bedingungen dafür schafft, damit sich die Wünsche des Volkes und der Nation erfüllen, in unserer Heimat eine „Demokratie des Volkes“ mit der Perspektive auf den Sozialismus zu errichten.

Das Plenum bekräftigte seine Überzeugung, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn es gelingt, die wirtschaftlichen, politischen, institutionellen und ideologischen Wurzeln des Faschismus in Chile zu beseitigen. Deshalb ist es notwendig, so wurde auf dem Plenum unterstrichen, die Rolle der

Streitkräfte radikal zu verändern und sie in eine neue, demokratische Ordnung einzubeziehen. Die Neuorientierung der Armee muß die enge Wechselwirkung zwischen nationalen Sicherheitsinteressen und der Umwandlung der Streitkräfte in einen demokratischen Faktor innerhalb derjenigen Kräfte, die für die völlige nationale Unabhängigkeit, die soziale Befreiung sowie für die wirtschaftliche Entwicklung kämpfen, berücksichtigen. Das Plenum unterstrich seinen festen Willen, die Sozialistische Partei Chiles als eine Partei der Arbeiterklasse zu verankern, die die Interessen des Volkes und der ganzen Nation vertritt, die selbständig und revolutionär ist und sich in ihrer Tätigkeit auf die großen Ideen von Marx, Engels und Lenin stützt. Es betonte weiterhin die Absicht, einheitlich an die Ausarbeitung einer Politik heranzugehen, die die Organisationsform der demokratischen und sozialistischen Bewegung auf eine neue und höhere Stufe hebt. (. . .)

Das Plenum diskutierte auch über Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, alle im Exil lebende Parteimitglieder in eine aktive Reserve für den Kampf in Chile zu verwandeln. Deshalb wurde vereinbart, daß die internationale Solidaritätsaktion zur Rettung und Freilassung aller verschwundenen Chilenen auch künftig Vorrang hat. Auch in Zukunft soll der Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen geführt werden. Die Opfer der faschistischen Unterdrückung sowie alle chilenischen Organisationen, die die Menschenrechte im Lande verteidigen, sollen unterstützt werden. Weitere Maßnahmen zur Unterstützung des kämpfenden Chile wurden festgelegt.

In der Schlußphase beschäftigte sich das Plenum mit einigen organisatorischen Fragen. Es ernannte einstimmig ein neues Zentralkomitee, dessen Mitglieder sich in der Mehrzahl im Lande selbst befinden. Lediglich neun Mitglieder und vier Kandidaten des Zentralkomitees halten sich im Ausland auf. Sie und der Jugendbeauftragte bilden das Auslandssekretariat des Zentralkomitees der Partei. Das Plenum legte fest, daß das neue Zentralkomitee für eine Amtszeit von drei Jahren ernannt wird. Zu seinen Aufgaben gehört es, einen allgemei-

nen Kongreß vorzubereiten, der am Ende der Amtsperiode des ZK stattfinden soll.

Die Arbeiten im Plenum zeichneten sich durch eine außerordentlich große Übereinstimmung aus, die sich darin zeigte, daß die dem Plenum zur Entscheidung vorgelegten Fragen ausnahmslos einmütig beschlossen worden sind. Dadurch wurde der große Wille nach Einheit der Partei deutlich dokumentiert.

Die Sozialistische Partei Chiles geht gestärkt und gefestigt aus diesem Plenum hervor. Sie erteilte allen spalterischen Versuchen innerhalb und außerhalb der Partei eine entschiedene Absage. Das Plenum würdigte auch ausdrücklich die Haltung der katholischen Kirche Chiles und anderer Christen, die sich dafür einsetzen, die Menschenrechte und die Würde des Volkes zu verteidigen. Ebenso ehrte es die demokratischen und verfassungstreuen Militärs, die – in Chile oder im Exil – in wahrhaft patriotischem und nationalem Geist kämpften.

Das Plenum drückte die Gefühle aller chilenischen Sozialisten aus, als es in bewegender Form die verschwundenen heldenhaften Führer Exequiel Ponce, Carlos Lorca und Ricardo Lagos sowie den Genossen Carlos Lazo ehrte, der an den Beratungen nicht teilnehmen konnte, da er in den Kernern der Diktatur schmachtet. Das Plenum beendete seine Arbeit, indem es der unzähligen Helden der Partei gedachte, für die der unsterbliche Salvador Allende ein Symbol ist. Es beschloß, den „Orden Salvador Allende“ zu stiften, mit dem die besten Kämpfer für Demokratie und Sozialismus ausgezeichnet werden sollen.

Nach Beendigung der Arbeiten im Plenum beschloß das neue Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Chiles einstimmig, den Genossen Carlos Altamirano zum Generalsekretär der Partei und den Genossen Clodomiro Almeyda zum stellvertretenden Generalsekretär zu ernennen.

Einheit und Kampf für Demokratie und Sozialismus!
Wir werden siegen!

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 19/1978)

Konstanze Wetzel

Bonns Kollaboration hält an!

Die Reise des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sowie die „Good-will-tour“ des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises e. V. nach Chile, beide termingerecht im November 1977 zum 125. Jubiläum der deutschen Einwanderung nach Chile, schlug hohe Wellen der Empörung selbst in Kreisen der Bonner Regierungsparteien. Was da freilich auf Regierungsbänken gar zu wortradikal auf eine „Affäre Strauß“ zurechtverkürzt wurde, ist in Wahrheit eine gemeinsame Affäre von Regierung, Opposition und bundesdeutschem Großkapital — dessen Traditionslinie Strauß am eisersten hält — mit der Junta. Daß Bonn mit den chilenischen Putschisten seit nunmehr über 5 Jahren unter einer Decke steckt, wurde ein ums andre Mal auch an dieser Stelle in Ausführlichkeit bewiesen (siehe besonders W. Huismann, Die Beziehungen der BRD zum Chile Pinochets, in: AIB-Sonderdruck 2/1977). Die dabei bis 1976 bilanzierten Gemeinsamkeiten Bonns mit der Junta sollen in diesem Beitrag in wichtigen Punkten fortgeschrieben werden. Das Bilanzierte läßt keinen Zweifel: Der bundesdeutsche Imperialismus hat der Junta trotz aller anderslautenden Sonntagreden die Treue gehalten.



Strauß (r.) und Pinochet am Ahnenmal El Totoral

Die Jahreswende 1976/77 brachte für die Pinochet-Junta ein erfreuliches Ereignis, was ihre wirtschaftspolitischen Erwartungen durch ausländische Finanzkredite anbelangte: „Der Weihnachtsmann in Gestalt der Weltbank bescherte dem Regime Pinochet zwei Kredite mit einer Gesamtsumme von 60 Mio Dollar.“¹ Gegen den Widerspruch der skandinavischen Länder, Großbritannien, Belgiens, der Niederlande, Italiens und Frankreichs und entgegen Bedenken, die einige US-amerikanische Kongreßabgeordnete äußerten, befürworteten die Bundesrepublik und die USA diese Finanzspritze für die Junta. Die BRD ist mit einem Anteil von 25 % an der Gesamtkapitaleinlage drittgrößter Gläubiger dieser mächtigen internationalen Finanzgesellschaft. Mit ihrem Einspruch und dem der anderen Staaten hätte die Kreditvergabe ernsthaft gefährdet, wenn nicht gar verhindert werden können. So aber vergab die Weltbank 1976 insgesamt 99 Mio Dollar nach Santiago.

Ungefähr zur gleichen Zeit bot sich die Deutsch Südamerikanische Bank der Pinochet-Clique als Finanzier an. Sie gewährte einen Kredit von 50 Mio DM mit einer Laufzeit von 4 Jahren an die Zentralbank von Chile. Dieser Kredit ist bestimmt für die Finanzierung von Kapitalgüterimporten aus der Bundesrepublik.²

Einmal abgesehen von allen anderen praktizierten Formen wirtschaftlicher Unterstützung der Junta (u. a. Investitionen, Zuschüsse verschiedener Institutionen), war dies bereits der dritte BRD-Kredit für das Jahr 1976. Versucht auch die sozialliberale Regierung ihre Verantwortung für eine derart massive Unterstützungspolitik mit Ausreden zu vernebeln, wie diese Kredite seien ja von Banken, also „privaten Gesellschaften“ vergeben worden, auf die sie keinen Einfluß habe, so wirft doch ihre Stimmhaltung bei der Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen der Junta auf der UNO-Vollversammlung ein bezeichnenderes Licht auf die Generallinie ihrer Chile-Politik. Das Argument, der Wortlaut der Resolution sei „unausgeglichen“ und „man wolle sich der Möglichkeiten zu humanitärer Hilfe nicht durch eine derartige internationale Protestaktion“ berauben, vermag als Begründung dieser Stimmhaltung kaum jemanden zu überzeugen.³

Konzerninvestitionen im „Aufschwung“

Die bundesdeutsche Großbourgeoisie ist da eher für ein offenes Wort. Als beispielsweise Chiles Finanzminister Cavas Ende 1976 durch Sergio Castro abgelöst wurde, beruhigte das Handelsblatt, dies bringe „keine wesentliche Veränderung der Generallinie der Wirtschaftspolitik mit sich . . . Im Gegenteil jetzt sind die ‚Chicago-Boys‘, die Schüler des Nobelpreisträgers Milton Friedman, ganz unter sich.“ Der Maßnahmekatalog, den man der „neuen Wirtschaftsmannschaft“ anempfahl, beinhaltete u. a. einen „scharf antiinflationistischen Kurs, denn 180 % Inflation im Jahr sind kein Anreiz für ausländische Investoren.“ Bei soviel Gegenliebe mochte die chilenische Junta nicht untätig bleiben, um die Investitionsanreize für die ausländischen Konzerne in Chile ihrerseits erneut zu erhöhen. Am 1. Januar 1977 wurden die Importzölle bis zu 20 % gesenkt. Einfuhrzölle für Rohstoffe wurden um 10–15 %, die für Kapitalgüter um 10–20 % gesenkt. Im März 1977 erfolgte dann mit der Peso-Aufwertung eine weitere Erleichterung für den Kapitalexport nach Chile.⁴

In den Reigen des zu erwartenden Investitionsbooms stimmte im Januar 1977 auch die Springer'sche Welt mit einer 12seitigen Sonderbeilage zu Chile ein. Unter dem Titel „Der Aufschwung hat schon begonnen“ wurde die wirtschaftliche Situation Chiles – gezeichnet von Arbeitslosigkeit, Inflation und Spekulationsbankrotts – einer massiven Schönheitskorrektur unterzogen. Einer der Autoren, der Beamte des Bundeswirtschaftsministerium Dr. Klaus-Dieter von Horn, lobte dienstfeurig „die offene Haltung“ der Junta gegenüber aus-



ländischen Investitionen und meinte weiter: „Die Bundesregierung hat dieser Situation in angemessener Weise Rechnung getragen und den Deckungsrahmen für Ausfuhrgarantien ausgeweitet.“ Gemeint sind hiermit die sog. Hermesbürgschaften. Während der Regierungszeit Salvador Allendes hatten diese staatlichen Ausfuhrgarantien für Konzerne eine Höchstgrenze von 250 000 DM.

Kurz nach dem Putsch vom September 1973 wurden sie auf 1 Mio DM heraufgesetzt, und schließlich am 30. 11. 1976 beschloß der Interministerielle Ausschuß für Ausfuhrgarantien der Bundesregierung eine Erhöhung auf 2,5 Mio DM.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich von der Struktur der Ausfuhr her hauptsächlich um Kapitalexport handelt; der reine Warenexport ist seit 1975 rückläufig. Allein 1976 stützten BRD-Konzerne die Wirtschaft der Junta mit 100 Mio DM Investitionen. Die bundesdeutschen Kapitalanlagen in Chile stiegen somit von 245 Mio DM 1973 auf 425 Mio DM. Von diesen 425 Mio DM sollen bereits 325 Mio DM wieder in die BRD transferiert worden sein. So besitzt allein die Metallgesellschaft AG Frankfurt, der größte bundesdeutsche Investor, Kapitalien in Höhe von 96 Mio DM in Chile, weitere Investitionen über 87 Mio DM sind für die nächste Zeit geplant.⁵ Des Weiteren sind an chilenischen und multinationalen Unternehmen mit Kapitalanteilen u. a. beteiligt: Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, BASF Höchst, Ferro-Stahl, Krupp.

Im April 1977 reiste der Ehrenpräsident der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, nach Chile, um über die Vergabe eines Millionen-Kredits an die staatliche Kupfergesellschaft Corporacion del Cobre (Codelco) zu verhandeln. Bekanntlicherweise ist gerade dieses Unternehmen zu 40 % an der Deutschen Giessdraht GmbH Emmerich beteiligt, deren restliches Kapital zu 40 % der Norddeutschen Affinerie und zu 20 % dem Hüttenwerk Kayser gehört. Am Aktienkapital der Norddeutschen Affinerie wiederum ist zu 40 % die Metallgesellschaft AG beteiligt, in deren Aufsichtsrat sich eben jener Bankier H. J. Abs befindet. Im Auftrag eines westeuropäischen Bankenkonsortiums verhandelte er über die Bedingungen eines 100 Mio Dollar-Kredits.

Im Rahmen seines Chile-Aufenthaltes versäumte es Abs selbstverständlich nicht, mit Augusto Pinochet höchstpersönlich und in „großer Herzlichkeit“ zusammentreffen. Einen weiteren Kredit in Höhe von 50 Mio DM bezog kurz darauf zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit das Terrorregime Chiles von der Deutsch Südamerikanischen Bank. Im Juli 1977 wurde ein Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank an Chile bekannt, und zwar in Höhe von 175 Mio Dollar, „um den Bau von zwei Wasserkraftwerken beenden“ zu können. Auch in dieser internationalen Finanzinstitution ist die Bundesrepublik seit Januar 1976 als Gläubiger vertreten.⁶

Die drei großen internationalen Finanzierungsorganisationen, die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und den Internationalen Währungsfonds billigten bis 1977 der Junta mit dem Zutun der sozialliberalen Regierung 1,2 Mrd Dollar zu. In der zweiten Jahreshälfte 1977 waren bundesdeutsche Großbanken (Deutsche, Commerzbank) federfüh-



**SONDERREISE DER CSU
NACH CHILE
15. - 25. November 1978**

Der Besuch des CDU-Parlamentarier Hans-Joachim Lauth bei den deutsch-chilenischen Beziehungen im Herbst 1977 hat das Land von Westfalen aus in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gebracht. Lauths Besuche und seine politischen Aktivitäten in Chile sind in einer Form dargestellt, die den Wählern nicht gerecht wird. Deshalb haben wir eine reisebegleitende, für Mitglieder der CDU eine Reise nach Chile zu veranstalten, damit sie sich ein eigenes Bild von Chile machen können.

Allein der Linien-Flugpreis München-Santiago im Chile-Modus kostet normalerweise mehr als 4.500 DM. Die weiteren Preise umfassen eine Flug- und Transferkarte, Übernachtung mit Frühstück im Hauptstadt-Paradehotel, sowie Besichtigungsfahrten und Betreuung durch deutsch-sprachige Reiseleiter.

Im Rahmen der touristischen Reise wird eine politische Informationsreise bei dieser Reise im Vordergrund stehen. Es ist die Aufgabe der Reiseleiter, die Teilnehmer vor Ort zu informieren und sie mit den chilenischen Politikern und Vertretern der gesellschaftlichen Organisationen vorzustellen.

CSU-Werbereise ins faschistische Chile, bei der auch politische Information... im Vordergrund stehen soll. Wie unsere Anfrage ergab, sind auch CDU-Reisende erwünscht.*

rend an zusätzlichen multilateralen Privatkrediten in Höhe von mindestens 275 Mio Dollar beteiligt.⁷

Relativ zufällig ist man darauf gestoßen, daß extensive Beziehungen zwischen BRD-Rüstungsindustrien und Chile bestehen. Verbindungen der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe zur Junta und deren Interesse an Atomenergie sind bereits seit längerem bekannt.⁸ Aber auch massive technische und Waffenlieferungen für den faschistischen Unterdrückungsapparat laufen mit stillschweigendem Einverständnis der Bundesregierung weiter. So rüsteten die von Horst Sartorius geleiteten Sartorius Werke GmbH in Göttingen die chilenische Armee mit Prüf- und Feinmeßgeräten aus. Oder – wie Poseidon, eine in Westberlin erscheinende Fachzeitschrift für Tauchertechnik und Unterwassertechnologie in ihrem Heft 7/1977 meldete – beliefert die Kieler Firma für Unterwassertechnik (IBAK) die Kriegsmarine Pinochets mit Unterwasser-Fernsehanlagen.

Aufrüster und „Kameraden“

Ähnlich empörend wurden die Ausbildung des chilenischen Oberstleutnants Kraushaar an der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg oder die Akkreditierung des Folteroffiziers Ackerknecht als Militärattaché der chilenischen Botschaft in Bonn aufgenommen (siehe dazu und zu Colonia Dignidad AIB-Sonderdruck 2/1977, S. 20–22). Der deutschstämmige chilenische Offizier Kraushaar etwa erhielt nicht nur zwischen 1975 und 1976 eine umfassende Ausbildung bei der Bundeswehr, sondern auch mehrmals die Gelegenheit vor Bundeswehrangehörigen Vorträge zu halten, in denen er den Faschismus verherrlichte. Trotz massiver Proteste sah das Verteidigungsministerium keinerlei Veranlassung, aus diesem skandalösen Vorfall irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Stattdessen wurde gegen den Berichterstatler, den NDR-Redakteur Karl Heinz Harenberg, ermittelt, weil er den Fall Kraushaar u. a. der Bundeswehrführung anlastete. Just zuvor hatte die UN-Kommission über die Verletzungen der Menschenrechte in Chile in ihrem Bericht eine Liste über geheime Folterlager der Pinochet-Junta veröffentlicht. Auf dieser Liste steht an 4. Stelle die zu einem geheimen Folterzentrum umfunktionierte Kavallerie-(panzer-)Schule von Quillote, deren Kommandeur kein anderer als Oberstleutnant Kraushaar ist.

Da kann es kaum noch verwundern, daß die Bonner Vertretung in Santiago, der faschistischen Generalität Chiles geradeso intim vertraut ist wie die chilenische CSU-Stiftung. Die Beziehungen zwischen der von Botschafter Erich Strätling geführten Bonner Vertretung in Santiago und den chilenischen Faschisten dokumentiert ein „erschütternder Hilferuf“ eines chilenischen Patrioten an den SPD-MdB Hajo Hoffmann (Mitglied der Chile-Hilfe für politisch Verfolgte e. V.). Dort heißt es unter anderem: „Die Botschaft von Alemania Federal nennen wir hier das Braune Haus. Dort gehen nur Faschisten und Pinochet-Generale ein und aus und

singen deutsche Nazilieder.“ Über die weitere politische Laufbahn Ackerknechts nach seiner Rückbeorderung als Militärattaché berichtet er: „Der bekannte Folterer Ackerknecht, der aus Bonn verschwinden mußte, weil seine Untaten bekannt wurden, ist zum Lohn gleich General geworden. Er wurde vom deutschen Botschafter mit Abraso und Gratulation begrüßt.“⁹

Absprachen auf Botschaferebene sorgten auch für einen inzwischen unübersehbaren Schüleraustausch. Er wird unterstützt von dem mit Bundesmitteln finanzierten Bonner Institut für Auslandsbeziehungen. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit forderte den Studienkreis Tourismus e. V. in Starnberg auf, Schüler im Alter von 15–17 Jahren für einen einjährigen Studienaufenthalt in Chile zu werben. Dieser Studienaufenthalt ist Bestandteil der staatsbürgerlich-demokratischen Bildung – nach Ansicht des Bundesministeriums. Fortgesetzt wird dieser Schüleraustausch für 1978 vom VDA Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e. V.¹⁰

Im November 1976 reiste der bayrische Arbeitsminister Pirkl (CSU) nach Chile. Dort vereinbarte er mit Pinochet die Errichtung einer Auslandsvertretung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Chile. Mit dieser Gründung ist bezweckt, „die Beziehungen zwischen der Militärjunta und interessierten bundesdeutschen Unternehmen und Wirtschaftskreisen zu fördern.“

Im Vorstand der Hanns-Seidel-Stiftung sitzen u. a. F. J. Strauß und CSU-Generalsekretär Georg Tandler.¹¹

Die Kampagnen der BRD-Unternehmerkreise für die Stützung reaktionärer Regimes in Lateinamerika, besonders auch für Chile, laufen im Jahr 1978 mit unverminderter Kraft weiter. Die Nachrichten für Außenhandel empfahlen am 13. 2. 1978 beispielsweise als besonders „heißen Tip“, als „zukunftsreich“ für Kapitalanlagen namentlich Argentinien und Chile, wo sich „die wirtschaftlichen Verhältnisse spürbar stabilisieren.“ Als Vorbild wird immer wieder die Investitionsfreudigkeit von US-Firmen (Exxon u. a.) genannt. BRD-Konzerne aber bleiben kaum zurück. Im März d. J. wurde bekannt, daß sich eine Gruppe westdeutscher Unternehmen (Namen werden nicht genannt!) mit einer Kapitalanlage in Höhe von 160 Mio Dollar an 2 Kupferminen im Bereich von Illapel beteiligten. Juntaquellen besagen: „Die beiden Vorkommen sind reich an Kupfer, Molybdän und radioaktiven Mineralien wie Uran.“¹²

Die Bundesrepublik zählt zweifelsohne weiter zu den tragenden Säulen der faschistischen Militärjunta Chiles. Als solche gehört sie auch zu den Hauptadressaten der internationalen Boykott-Kampagne. Bekanntlich hat die Bonner Regierungspartei SPD dem Boykott der Junta auf der Rotterdamer Konferenz im August 1977 zugestimmt. Sie kann gar nicht oft genug daran erinnert werden, um endlich Taten zu erzwingen.

Anmerkungen:

- 1) Vorwärts, 6. 1. 1977
- 2) Vgl. ASK (Hrsg.), Die Beziehungen der BRD zur faschistischen Militärjunta in Chile. Plädoyer für den Boykott der Junta, Frankfurt/M. 1977, S. 47; Süddeutsche Zeitung, 22. 12. 1976; Handelsblatt, 14. 12. 1976
- 3) Vorwärts, 6. 1. 1977
- 4) Handelsblatt, 29. 12. 1976 und 5. 1. 1977; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28. 3. 1977
- 5) Forum, Berlin, Nr. 9/1977; Unsere Zeit (UZ), 20. 1. 1977; siehe auch ASK-Broschüre, S. 34/35
- 6) Berliner Extra Dienst (ED), Westberlin, 6. 5. 1977; Die Tat, 20. 5. 1977; UZ, 6. 5. 1977 und Le Monde, Paris, 31. 7./1. 8. 1977
- 7) El Mercurio, Santiago, 17. 7. 1977; Vorwärts, Zürich, 15. 12. 1977; Horizont, Berlin, Nr. 21/1977
- 8) Vgl. ASK-Broschüre, S. 52/53
- 9) ED, 20. 12. 1977
- 10) Vgl. Deutsche Volkszeitung, 8. 12. 1977; Die Tat, 30. 9. 1977
- 11) Die Tat, 14. 1. 1977
- 12) La Tercera, Santiago, 11. 3. 1978

Wolfram Bröner

„Kuba ist Dein Zuhause!“

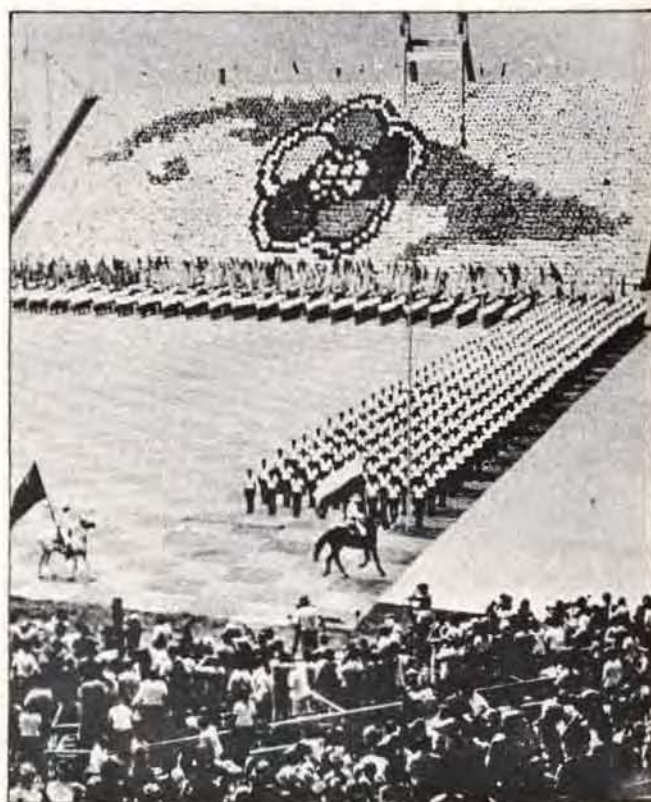
„Jugend der Welt – Kuba ist Dein Zuhause!“, diese von Raul Castro in seiner Eröffnungsansprache am 28. Juli 1978 im Stadion Latinamericano ausgegebene Losung sollte sich in den Tagen der XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Havanna zu einem der bewegendsten Eindrücke verfestigen. Die aus 145 Ländern erstmalig in einem Land der Dritten Welt zusammengekommenen Delegierten der progressiven Weltjugend waren sich ungeachtet ihrer breiten politischen und weltanschaulichen Zusammensetzung darin einig: Die ihnen vom kubanischen Volk entgegengebrachte unvergleichliche Begeisterung und Gastfreundlichkeit, sei es beim Marsch zum Stadion, dem obligatorischen Besuch der Delegationen in den Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) oder sonstwo auf der „roten Insel“, konnte nicht von oben verordnet sein.

Die große Mehrheit der kubanischen Bevölkerung machte dieses Festival zu dem ihrigen, leistete in dem bezeichnenderweise zum „Jahr des XI. Festivals“ titulierten Planjahr 1978 einen besonderen eigenen Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung des Ereignisses. Diese Identifikation, dieses Engagement hat selbstverständlich mit dem gewaltigen Mobilisierungsgrad der kubanischen Revolution zu tun, der sich beispielsweise in der aktiven Einbeziehung von über 80 % der Erwachsenen in den CDRs ausdrückt. Gerade das eigene Erleben des revolutionären Elans, des hohen politischen Bewußtseins und der selbstbewußten Parteinahme der Kubaner für den Sozialismus, strafte jene bourgeoisen Propheten Hohn, die – wie Springers Welt oder die Frankfurter Allgemeine am 27. 7. 1978 – eine „in die Jahre gekommene und in die Verstrickung bürokratischer Organisationsschemata geratene kubanische Revolution“ verhiessen.

Das Ideal „Internationalist zu sein“

Demgegenüber konnte man sich in persönlichen Gesprächen mit Arbeitern, Schülern oder der Intelligenz immer wieder vom Gegenteil, von einer aktiven Hingabe für die revolutionäre Sache Kubas, von einer klaren Bewußtheit für die in Lateinamerika einmaligen Errungenschaften des Landes überzeugen. Das betrifft das politische Tonangeben der Massen in Betrieb, Gesellschaft oder Staat ebenso wie das Wissen um die Bedeutung der Beseitigung von Analphabetismus, Slums, unterernährten Kindern, Seuchen oder einer solch unsicheren Zukunft wie in den kapitalistischen Nachbarländern.

Ob all dieser im Überlebenskampf der Revolution schwer erungenen Freiheiten und sozialen Rechte konnte die lancierte „Menschenrechts“-Masche zugunsten der heute noch rund 2000 inhaftierten Konterrevolutionäre im kubanischen Volk schon gar keine Wurzeln schlagen. Isoliert blieben die gegenrevolutionären „Ankläger“ in ihrem Eifer für die Gefangenensprominenz um Huber Matos (siehe Kuba-Heft AIB 8/1977) oder Rudolf Bahro auch unter den 18 500 Ver-



Eröffnungsveranstaltung des XI. Festivals im Stadion Latinamericano

tretern der antiimperialistischen Weltjugend. Denn die Festivalteilnehmer waren in Havanna zusammengekommen, um Anklage zu erheben gegen den Imperialismus, Solidarität zu demonstrieren mit seinen Opfern und den Kämpfern wider imperialistische Aggression und Intervention; nicht zuletzt auch mit dem noch immer mit Boykott und Drohpolitik der USA konfrontierten kubanischen Volk, wie verankert im Appell an die Jugend der Welt.

Der kämpferische Geist eines konsequenten Internationalismus und der antiimperialistischen Solidarität gab diesem Treffen – wie auch dem X. Festival von Berlin 1973 – eindeutig das Gepräge. Sie waren das einigende Band, das die Begegnungen zwischen Weltjugend und kubanischer Bevölkerung zu den eindrucksvollsten Höhepunkten auf Kuba werden ließ. Dabei wußte man sich einig, daß das militante internationalistische Bewußtsein von Jugend und Volk des Insellandes nicht vom Himmel gefallen, sondern die Frucht internationalistischer Prinzipientreue der kubanischen Regierungspolitik seit 1959 ist.

Fidel Castro, der in seiner programmatischen Rede zum 25. Jahrestag des Sturms auf die Moncada am 26. Juli d. J. die internationalistischen Traditionen des kubanischen Volkes zurückverfolgte (Wortlaut der Rede folgt in AIB 10/1978), bezeichnete ihn als „schönstes Prinzip“ der marxistisch-

leninistischen Ideale und als Zeichen der „Hochherzigkeit“ des kubanischen Volkes: „Ohne den Internationalismus würde die kubanische Revolution überhaupt nicht existieren. Internationalist zu sein, das heißt für uns, unsere eigene Schuld an der Menschheit abzutragen.“

Im Blickpunkt: südliches Afrika und Vietnam

Die dem X. Festival von Berlin in nichts nachstehende Offenheit und solidarische Atmosphäre der Diskussionen auf den zahllosen Foren, Solidaritätsmeetings, in den Kommissionen der politischen Zentren und bei anderen Treffen in Havanna fand eine eindeutige Würdigung auch seitens der 46 Organisationen und 340 Teilnehmer umfassenden bundesdeutschen Delegation. In der Abschlusserklärung des Initiativ-ausschusses XI. Weltfestspiele, dem gemeinsamen Gremium der beiden BRD-Komitees Koordinierungsgruppe (KOG) und Arbeitskreis Festival (AKF), werden dem kubanischen Jugendverband und Volk für die „überzeugende Herzlichkeit“, die „Arbeit und den großen Einsatz“ gedankt, welche „hervorragende Bedingungen“ für diese Weltfestspiele schufen und „eine offene Atmosphäre ermöglichten . . . Die XI. Weltfestspiele waren ein wichtiger Beitrag für den anti-imperialistischen Kampf, für den Frieden und für die Freundschaft unter der Jugend der Welt.“

Fonde. Daß die von der Bonner Regierung befürchtete „Anklage der westlichen Industriestaaten“ auf Kuba nicht ausblieb, dafür sorgte u. a. Sam Nujoma, der die „Interventionspolitik“ solcher „europäischer Staaten wie der BRD, die dem südafrikanischen Rassistenregime Hilfestellung gewähren“ und deren Stoßrichtung „gegen den Widerstand der Kräfte der SWAPO und des ganzen Volkes“ anprangerte. Eine nach fünf Verhandlungstagen und der Anhörung einer Vielzahl von Zeugen (CIA-Agenten, Söldner, Folteropfer usw.) vom internationalen Tribunal „Die Jugend der Welt klagt den Imperialismus an“ verabschiedete Schlußdeklaration (Wortlaut folgt in AIB 10/1978) bilanzierte höchst konkrete Anklagepunkte gegen den Imperialismus, besonders gegen die Führungsmacht USA, ihre Instrumentarien und Methoden. Der Tribunal-Präsident Hugo Villar sprach die Verurteilung des Imperialismus als „dem Förderer und Helfer aller faschistischen, kolonialen und neokolonialen Kräfte, dem Hauptverantwortlichen der Aggression und des Krieges sowie dem schlimmsten Feind der Völker“ aus. Zu den auffallendsten Solidaritätsbekundungen des Festivals gerieten neben dem südlichen Afrika, Chile und Palästina gerade auch die demonstrative Neubelebung der Unterstützung für das vietnamesische Volk, das sich heute an der Bewältigung der extrem schweren Bürde des Wiederaufbaus durch die antivietnamesische Aggressions- und Auszehrungspolitik Chinas und Kampuchreas gehindert sieht. Die vietna-



5. August 1978: Abschlussskundgebung von rund 1 Mio Menschen auf dem Platz der Revolution

Zu Höhepunkten aktiver antiimperialistischer Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, dem beherrschenden Thema dieses Festivals, wurden für die bundesdeutschen Delegierten die Teilnahme an Solidaritätsmeetings und Freundschaftstreffen insbesondere mit dem südlichen Afrika, Chile, Vietnam, Kuba und Palästina. Auf einer dieser Begegnungen konnten die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, der MSB Spartakus und die Jungen Pioniere der Delegation des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) 40 000 DM als stolzes Zwischenergebnis ihrer Sammelaktivitäten überreichen.

Den herausragenden Stellenwert, den das Festival allen voran den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika zumaß, unterstrich die Anwesenheit ihrer Führungspersonlichkeiten Tambo, Nujoma und Nkomo in Havanna gleichermaßen wie das Verlesen der Botschaft der Festivalteilnehmer an das kubanische Volk durch den Delegationsleiter des ANC, E.

mesische Verhandlungsbereitschaft sieht sich, wie der Delegationsleiter des SRV-Jugendverbandes Huynh Tan Mam hervorhob, der VR China als „dem eigentlichen Urheber des Angriffs der kampucheanischen Diktatur der Pol Pot-Gruppe“ gegenüber. Wie die Heldin des Befreiungskrieges und jetzt an der kampucheanischen Front weiterkämpfende Offizierin Anh Tuyet eindringlich bekräftigte, ist verstärkter internationaler Druck als Damm gegen die eskalierende – auch militärische – Drohpolitik der Pekinger Führung für die vietnamesische Revolution lebensnotwendig.

„Krieg dem Kriege!“

Die demonstrative Neukonstituierung eines Nationalen Vietnamkomitees seitens des kubanischen Gastgebers in den Tagen des Festivals, die entschiedene Parteinahme der Welt-

Appell an die Jugend der Welt



Vo Thi Than, Folteropfer und Gefangene des Thieu-Regimes, verlas den Appell von Havanna

Jugend und Studenten der Welt!

Die XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, ein weiteres großes Ereignis der Weltjugend- und -studentenbewegung, sind zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen.

Unter dem Banner der antiimperialistischen Solidarität, des Friedens und der Freundschaft haben wir – 18.500 junge Menschen aus 145 Ländern, Repräsentanten von mehr als 2000 verschiedenen Organisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen – uns in diesem Sommer 1978 in Havanna, Kuba, versammelt, um – umgeben von der Gastfreundschaft und Begeisterung des kubanischen Volkes und der Jugend – offen und freimütig die uns bewegenden Probleme zu diskutieren, um uns zu treffen und gegenseitig zu verstehen, um von unseren Erfolgen und Schwierigkeiten zu sprechen und mit unseren Freunden die Kultur und Traditionen unserer Völker teilen. Während dieser unvergeßlichen Tage haben wir einmal mehr die wunderbare und aktive Rolle bestärkt, die die Jugend heute in der Welt spielt.

Wir Teilnehmer des Festivals, Repräsentanten sozialistischer Länder, die große Erfolge bei der Errichtung einer neuen Gesellschaft erungen haben, Vertreter nationaler Befreiungsbewegungen und nicht-paktgebundener Staaten, die ständig voranschreiten, Delegierte der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Ländern, begrüßen die Siege, die zur Niederlage der aggressiven Politik des Imperialismus führten und seinen Aktionsspielraum einschränkten.

Ungeachtet dessen verschärft der Imperialismus die Widersprüche im internationalen Leben und versucht den unaufhaltsamen Marsch der Völker hin zur Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Frieden und sozialem Fortschritt zu stoppen und bleibt weiterhin der Hauptfeind, den es zu bekämpfen gilt.

Wir verstehen vollkommen, daß es heute notwendiger denn je ist, die imperialistische Politik der Vorherrschaft und Gewalt zu beenden, eine unüberwindliche Barriere gegen das Wettrüsten, die Produktion immer gewalttätigerer Völkervernichtungswaffen zu errichten, und auf eine allgemeine und vollständige Abrüstung, einschließlich nuklearer Waffen, hinzuwirken, um so die Wende zu einer Verbesserung der internationalen Beziehungen zu stabilisieren, den Prozeß der internationalen Entspannung historisch unumkehrbar und weltweit zu machen.

In Anbetracht dieser Realität, und um die Teilnahme der Jugend und Studenten am antiimperialistischen Kampf zu verstärken, sind wir fest entschlossen, unsere Zusammenarbeit und Aktionseinheit zu festigen.

Grundlegende Veränderungen haben auf internationaler Ebene stattgefunden, gekennzeichnet durch eine Wendung hin zur internationalen Entspannung, zu einem immer breiteren Bekenntnis zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zur Achtung nationaler Unabhängigkeit und Souveränität, zu völliger Gleichberechtigung zwischen den Staaten in den internationalen Beziehungen unabhängig von ihren sozialen Systemen: Das wiedervereinigte Vietnam, die Niederlage des Imperialismus in Indochina, der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialimperiums, das siegreiche Angola, der Sturz des Feudalregimes in Äthiopien ein für alle Mal – all dies sind leuchtende Beispiele. All diese Veränderungen begünstigen die Kämpfe der Völker zur Verwirklichung ihrer legitimen Ansprüche.

Von Kuba aus rufen wir die Jugend der Welt auf:

Verstärken wir die Aktionen für den Weltfrieden, für Entspannung, Sicherheit und internationale Zusammenarbeit, für eine allgemeine und vollständige Abrüstung. Setzen wir dem Rüstungswettlauf und

den imperialistischen Aggressionskriegen ein Ende. Laßt uns weltweit gegen Pläne zur Entwicklung und Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen wie der Neutronenbombe protestieren. Verdoppeln wir Einheit und Aktion im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Apartheid und Faschismus; für nationale Befreiung, Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie, für die Wiedergewinnung und Verteidigung der Naturressourcen aller Länder, gerechte und beiderseits vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen und die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Intensivieren wir den Kampf in den kapitalistischen Ländern, gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, Krise und die Macht der Monopole; für die Entwicklung und die erfolgreiche und weltweite Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, für grundlegende soziale und politische Veränderungen. Kämpfen wir für das Recht der Jugend auf Arbeit und Bildung, auf Zugang zu Kultur, Sport und Erholung, demokratische Beteiligung am gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß und auf alle anderen demokratischen Rechte.

Für weitere Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen der Jugend der Welt.

Von diesen erhabenen Zielen geleitet:

Verstärken wir unsere Solidarität mit der Sache der Völker und der Jugend von Namibia, Zimbabwe und Südafrika in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit, gegen imperialistische Machenschaften, für die vollständige Beseitigung der rassistischen Regimes und der Apartheid! Verstärken wir ebenso unsere Unterstützung für das gerechte Verlangen des sahrauischen Volkes nach Unabhängigkeit und für den Kampf aller afrikanischen Völker gegen Neokolonialismus und imperialistische Intervention! Verstärken wir unsere Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker, besonders mit dem arabischen Volk Palästinas unter der Führung der PLO, und mit den Völkern des Libanon und des demokratischen Yemen, den Opfern imperialistischer und reaktionärer Machenschaften und Aggressionen, gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion und für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten!

Steigern wir die internationale Solidarität mit dem Volk und der Jugend Chiles in ihrem Kampf gegen den Faschismus, für Demokratie und sozialen Fortschritt!

Verstärken wir unsere internationale Solidarität mit den Völkern Uruguays, Nikaraguas, Paraguays, Brasiliens, Boliviens und anderer Länder, die gegen Faschismus und Reaktionen kämpfen; mit dem Streben Puerto Ricos nach Unabhängigkeit, mit dem Volk und der Jugend Argentiniens, die gegen die faschistische Bedrohung und für Demokratie kämpfen, und mit allen anderen Völkern Lateinamerikas und der Karibik, welche gegen imperialistische Vorherrschaft, für völlige nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen!

Laßt uns unsere Solidarität mit dem heroischen vietnamesischen Volk in seinem Kampf gegen Imperialismus und internationale Reaktion zur Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität und für einen friedlichen Wiederaufbau des Landes verstärken!

Intensivieren wir unsere energische Ablehnung der ungerechten und verbrecherischen Blockade gegen das ehrenvolle kubanische Volk, das eine neue Gesellschaft aufbaut! Intensivieren wir unsere Solidarität mit seiner gerechten Forderung auf sofortige bedingungslose Rückgabe der von den USA in Guantanamo okkupiert gehaltenen Basis!

Laßt uns das XI. Festival zu einem herausragenden Pfeiler in der Geschichte der Weltfestspielbewegung machen, und laßt seinen Erfolg und seine Ergebnisse zur Stärkung der Aktionseinheit und Zusammenarbeit zwischen der demokratischen und fortschrittlichen Jugend in der Welt werden!

Vertiefen wir unsere antiimperialistische Solidarität mit allen Völkern, die für ihre Freiheit und Würde kämpfen, und verstärken wir unsere Unterstützung und Ermutigung aller, die den Weg des Friedens und sozialen Fortschritts beschreiten!

Vereinigen wir unsere Bemühungen:

- für weitere Siege der Völker;
 - für weitere Erfolge der internationalen revolutionären, demokratischen und fortschrittlichen Jugendbewegung;
 - für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft!
- Lang leben die Weltfestspiele der Jugend und Studenten!

Havanna, 5. August, 1978

(Quelle: Festival Informations, Havanna, 6. 8. 1978)



Kubanische Eigenarten: Wertschätzung der Freiheitskämpfer (Martí-Denkmal 1., eines von sehr vielen) und beseitigte Rassendiskriminierung, wie das selbstverständliche Miteinander aller Hautfarben anzeigt (Szene in der Altstadt Havannas r.)

jugend zugunsten des vietnamesischen Volkes, symbolisiert im Verlesen des Appells an die Jugend der Welt (siehe Wortlaut) durch die ehemalige politische Gefangene des Thieu-Regimes Vo Thi Than, setzten Zeichen der Ermutigung für das bedrängte Vietnam.

Auch Fidel Castro schloß in seiner Abschlusßsprache des 5. August vor 1 Mio Menschen auf dem Platz der Revolution das „nichtvergessene“ heroische Volk Vietnams nachdrücklich in sein Plädoyer für antiimperialistische Solidarität und die Verteidigung des Friedens ein: „Krieg dem Kriege fordern die Jugendlichen der Welt! Die Kriegstreiber werden nicht durchkommen. Die Fürsprecher, die die Welt in eine nukleare Katastrophe treiben wollen, anstatt sich der Idee der

von jeglicher Ausbeutung befreiten Menschen und Völker zu beugen, werden nicht durchkommen. Die Abenteurer, die in ihrem Wahn eine Apokalypse für die Menschheit ankündigen, werden nicht durchkommen. Sie werden auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. Früher oder später werden der Imperialismus, die Kriegstreiber, der Kolonialismus, der Neokolonialismus, der Faschismus, der Rassismus, der Zionismus und alle Formen der Ausbeutung, der Unterdrückung und der Erniedrigung der Menschen – Produkte der kapitalistischen Klassengesellschaft – vernichtet. Die Menschen und Völker werden weder ihre Selbstzerstörung noch die Unterdrückung zulassen. Sie werden den Frieden und zugleich die Freiheit erkämpfen.“

Fidel Castro Die Abtragung wirtschaftlicher Abhängigkeiten

Für die Teilnehmer der XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Havanna waren nicht nur das Land, seine Bevölkerung und der Ablauf des Festivals beeindruckend, sondern auch — trotz der noch immer zu spürenden Wirkungen (Versorgungslücken, Rationierungen) der 1961 von den USA verhängten Wirtschaftsblockade — die ökonomisch-sozialen Errungenschaften und das bereits erreichte Entwicklungsniveau dieses karibischen Landes. Denn gegenüber den anderen Staaten der Karibik und Mittelamerikas (siehe Guyana, Haiti, Jamaika und Nicaragua in AIB 10/1977, 4 und 7—8/1978) sind die Leistungen Kubas ohne Beispiel. Hunger, Elend, Analphabetentum, Krankheit, Massenarbeitslosigkeit — diese typischen Merkmale unterentwickelter Länder gehören nach gut 15 Jahren sozialistischer Entwicklung schon der Vergangenheit an. Jetzt geht es darum, das Erreichte zu festigen und schwerpunktmäßig die Entwicklung bestimmter noch relativ vernachlässigter Bereiche (so das mittlere und höhere Schulwesen oder die Infrastruktur) auszubauen.

Vor dem 1. Nationalkongreß der Pöder Popular (Völksmachtorgane) erläuterte Fidel Castro Ende des vergangenen Jahres in diesem grundsätzlich gehaltenen Beitrag den derzeitigen Stand der kubanischen Entwicklung. Dabei hob er für die Jahre 1977/78 vor allem zwei Aspekte hervor: Erstens die Auswirkungen der internationalen kapitalistischen Krise, die auch Kuba noch erreichen, da es in bestimmten Wirtschaftsbereichen (Handel) mit der kapitalistischen Welt verbunden ist. Und zweitens den Stellenwert insbesondere der ökonomischen Beziehungen Kubas zu den sozialistischen Ländern, ohne die — abgesehen von der Frage, ob die kubanische Revolution dann überhaupt überlebt hätte — das heutige Niveau nicht denkbar wäre. Kuba — eine echte Alternative zum neokolonial abhängigen Kapitalismus nicht nur Lateinamerikas.

Das Jahr 1977 war für unsere Revolution ein sehr schwieriges Jahr. Sehr verehrte Abgeordnete, Sie wissen, mit wievielen Schwierigkeiten wir zu tun hatten, Schwierigkeiten, die ihren Ursprung in den objektiven und tatsächlichen Bedingungen der internationalen Lage haben. Wir können heute sagen, daß außer einem Haufen erdölexportierender Länder (wenn man die sozialistische Gemeinschaft wegläßt) sich die entwickelten kapitalistischen Länder und die nicht erdölexportierende unterentwickelte Welt in einer schwerwiegenden Krise befinden, aus der sogar die erfahrensten Theoretiker des Kapitalismus nicht herauszukommen wissen. Die Probleme sind äußerst ernst. Am gravierendsten aber ist die Situation der nicht erdölexportierenden unterentwickelten Länder, weil zu der internationalen wirtschaftlichen Krise noch hinzu kommt, daß Preise und Märkte stagnieren, die Energie, d. h. das Erdöl, fünfmal so teuer, die Halbfertigwaren und die Ausrüstungen dreimal so teuer geworden sind und die Rohstoffe, die sie exportieren, lächerliche Preise erzielen. Um sich vorstellen zu können, was das bedeutet, genügt ein Beispiel: Würden wir in der vorrevolutionären Epoche leben, mit den Preisen, die das Erdöl auf dem Weltmarkt damals erzielte, dann würde der gesamte kubanische Zuckerexport, ebenfalls bei den damaligen Preisen, nicht ausreichen, um das für unser Land notwendige Erdöl zu erwerben.

Ich habe einige Fragen hören, wann sich wohl die Revolution ereignet hätte, wenn dies nicht 1959 der Fall gewesen wäre? Dann meint man, sagen zu müssen, wenn sich die Revolution nicht im Jahre 1959 ereignet hätte, würde sie sich jetzt ereignen. Denn ich wüßte nicht, was unser Land unter solchen Bedingungen anderes machen sollte. Aber es gibt leider viele Länder, die die Revolution nicht machen konnten und die die Beziehungen nicht haben, die wir haben, auch nicht die Märkte und die Handelsbeziehungen, die sich mit dem sozialistischen Lager, hauptsächlich mit der Sowjetunion, entwickelten. Es genügt zu sagen, daß wir fast neun Mio. Tonnen Erdöl und Kraftstoffe verbrauchen. 1978 wird der Erdölverbrauch 9,5 Mio. Tonnen betragen, was nach den heutigen Weltmarktpreisen 800 bis 900 Mio. Dollar entspricht. Wenn man unseren Zucker in die kapitalistische Welt zu den jetzigen Weltmarktpreisen exportieren würde, vorausgesetzt es gäbe dort für Kuba einen Absatzmarkt für fünf Mio. Tonnen Zucker (natürlich existiert ein solcher Absatzmarkt nicht und er wird nicht existieren), würden fünf Mio. Tonnen Zucker etwas mehr als 800 Mio. Dollar einbringen. Das würde prak-

tisch nicht ausreichen, um das Erdöl zu bezahlen, ganz abgesehen von den Nahrungsmitteln, Ausrüstungen und Produkten, die unser Land importieren muß. Was wäre aus unserem Land geworden ohne die Revolution und ohne die ausgezeichneten Handelsbeziehungen, die wir mit dem sozialistischen Lager, hauptsächlich mit der Sowjetunion, aufgebaut haben?

Die Zuckerpreise sanken auf eine brutale Art und Weise um das sechs- bis siebenfache; von mehr als 50 cents bis auf weniger als 8 cents. Dafür wurden die Ersatzteile dreimal so teuer. Die Preise von Rohstoffen und einer Reihe von Importprodukten wurden außergewöhnlich stark angehoben.

Auswirkungen der internationalen Krise

Da unser Land in einigen wichtigen Bereichen noch immer vom Handel mit den kapitalistischen Ländern abhängig ist, ist es logisch, daß wir von der internationalen Situation ebenfalls betroffen sind. Diese Realitäten mußten am 28. September 1976 dem ganzen Volke klargemacht werden, was uns sogar gezwungen hat, die auf dem 1. Parteitag beschlossenen Ziele für den Fünfjahrplan zurückzuschrauben. Es war notwendig, vor diesen Schwierigkeiten zu warnen, und gleichzeitig die politische Linie festzulegen. Diese bestand darin, das Konsumniveau der Bevölkerung nicht zu belasten, d. h. das Wesentliche zu halten: das Nahrungsmittel-, Bekleidungs-, Bildungsniveau, die medizinische Versorgung sowie die Sicherung der Arbeitsplätze. Welche Länder haben dies bisher geschafft? Unter diesen Bedingungen solch ein Niveau zu erreichen? Heute kann man sagen, daß die am 28. September 1976 eingeleiteten Maßnahmen ihr Ziel erreichten. Wir haben die Partei- und Landwirtschaftsfunktionäre auf diese Schwierigkeiten hingewiesen auf die Notwendigkeit, Opfer zu bringen; wir haben sie auf erweiterten Versammlungen auf die Probleme und Schwierigkeiten aufmerksam gemacht und die Probleme der Nationalversammlung und Tausenden von Partei- und Staatskadern vorgetragen. Andererseits haben wir uns an unsere internationalen Partner gewandt, besonders an die Sowjetunion. Wir haben Hilfe seitens der Sowjetunion in verschiedener Hinsicht bekommen: Warenanschaffungen beispielsweise, die wir aus dem Bereich konvertierbarer Währung nicht erwerben konnten, und zusätzliche Warenmengen zu den für dieses Jahr schon vereinbarten Mengen, ebenso wie den Aufkauf einiger Erzeugnisse seitens der Sowjetunion wie z. B. ein Teil des Nickels, das für den westlichen Markt bestimmt war, weil sich aufgrund internationaler Wirtschaftssituation in den Lagern große Mengen Nickel stauten, ohne daß sie verkauft werden konnten. Die Verhandlungen brachten positive Ergebnisse. Hinzu kamen die Anstrengungen, die das Land unternahm: Sparmaßnahmen und Maßnahmen in bezug auf höhere Produktivität und Leistungsfähigkeit. So haben wir es geschafft, das Jahr 1977 erfolgreich abzuschließen.

Das Jahr 1978 zeigt ein günstigeres Bild. Die größten Schwierigkeiten, die diese internationale Krise – von der man nicht weiß, wann sie enden wird – hervorrief, haben wir unserer Meinung nach hinter uns. Wir haben diese Prüfungen ehrenvoll bestanden, ohne daß das Land mit seinen internationalen Verpflichtungen in Verzug kam. Darum glauben wir, daß sich die Kreditwürdigkeit Kubas festigt. Während sich immer mehr Länder in Schulden verstricken mit kapitalistischen Banken und internationalen Kreditinstituten, zu denen wir keinen Zugang haben, weil der Imperialismus mit seinem Wirtschaftsboykott die Möglichkeiten Kubas, Kredite zu erhalten, behindert hat, konnte Kuba seinen internationalen Verpflichtungen völlig nachkommen. Die Verschuldung der nicht erdölexportierenden Länder erhöhte sich auf 30 Mrd. Dollar. Niemand weiß, wann oder wie diese Schulden bezahlt werden. Man beginnt, über die Tilgung der Schulden zu sprechen, die mit großer Geschwindigkeit anwachsen.



Fidel Castro, Vorsitzender des Staats- und Ministerrats



Während viele Länder strenge Maßnahmen treffen mußten, um Zahlungsstundungen oder ähnliches zu erhalten, hat unser Land die Verpflichtungen, die es den kapitalistischen Ländern gegenüber hatte, mit Genauigkeit am Stichtag erfüllt und cent für cent zurückbezahlt. Wir haben nicht versagt, und wir werden jeden cent zurückzahlen. Strenge Maßnahmen und große Mühen waren notwendig. Trotzdem, wie unser Genosse Humberto schon erklärte, wird unsere Volkswirtschaft im Jahre 1978 sogar einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen haben. Im Jahre 1976 betrug die Zuwachsrate 3,8%. Das ist nicht viel, aber etwas. In den letzten Jahren sank die Produktion aller kapitalistischen Länder, und sie konnten die Produktion gegenüber 1974 nicht steigern. Wir haben im Jahre 1976, trotz der internationalen Lage, eine Zuwachsrate von 3,8% gehabt und im Jahre 1977 etwas mehr als 4%, den Handelssektor ausgenommen; und im Jahre 1978 werden wir eine Zuwachsrate von 7,4% erreichen. Dies ist logisch, denn, wie schon erläutert wurde, beginnen mehr als 100 neue Industriekomplexe, die in diesen Jahren gebaut wurden, mit der Produktion. Wir haben unsere Kreditwürdigkeit gefestigt. Wir haben uns durch viele Hindernisse durchgekämpft und nicht auf Kosten unseres Volkes. Wir haben eine für das nächste Jahr garantierte Steigerungsrate, die mehr als befriedigend ist; und vor allen Dingen sind wir dabei, Bedingungen für die Zukunft zu schaffen, bessere Bedingungen für die Zukunft. Soll das heißen, das Einzige, was erreicht wurde, war, daß unser Volk keine Opfer bringen mußte, außer der notwendigen Reduzierung des Kaffeeverbrauchs? Es gab einige Schwierigkeiten in der Versorgung. Das wissen wir. Liefertermine wurden nicht eingehalten. Aber, haben wir bloß das Verzichten verhindert? Nein, wir sind vorangekommen. Das Vorankommen wir nicht nur gemessen in Tonnen Zement oder an der Steigerungsrate im Bausektor etc., nicht nur an der materiellen Produktion. Wieviele Schule, Polikliniken, Krankenhäuser, Kindergärten haben wir in diesen Jahren ge-

baut? Der Fortschritt wurde nicht aufgehalten. Wenn wir im Jahre 1975 590.000 Schüler in den mittleren Stufen hatten, werden es im September 1978 1.050.000 Schüler sein. Welches Land unserer Dimension, in unserer Epoche, in diesen Krisen, unter solchen Bedingungen kann sagen, daß sich die Zahl der Schüler in den mittleren Stufen in nur drei Jahren um eine halbe Million erhöht hat? Es wurden Internate für einen Teil von ihnen gebaut, und wenn es nicht mit Internaten ging, dann ging es mit externen Schulen weiter; wenn es nicht mit Schulen aus Beton ging, dann ging es mit Schulen aus Holz weiter. Die entsprechenden Lehrer wurden ausgebildet. Man hat die Bücher auf irgendeine Art und Weise zusammengestellt: aus dem einen oder anderen Papier, in einer mehr oder weniger luxuriösen Ausgabe. Tatsache ist, daß im nächsten Jahr, allein für das sechste Schuljahr mehr als 270.000 Schüler ihren Schulabschluß bekommen werden. Das ist die höchste Abschlußzahl in der Geschichte unseres Landes. Von 284.000 Ersteinschreibungen werden mehr als 270.000 Schüler ihren Abschluß erhalten. In Zukunft, wenn glücklicherweise die schulische Unterentwicklung und die demographische Explosion sich verringert haben werden, wird die Zahl der Abschlüsse der sechsten Klassen zurückgehen. Aber im Jahre 1978 werden wir praktisch die Schülerzahl in den mittleren Stufen erreichen, die wir erst für 1980 geplant hatten. Die Zahl der Studenten im nächsten Studienjahr wird sich auf fast 140.000 erhöhen; annähernd die Zahl, die man sich für das Jahr 1980 als Ziel gesetzt hatte. So verzeichnet unser eigener Plan im Jahr 1978 mehr als 70 Schulinternate der mittleren Stufe und fast 100 externe Oberschulen, außer den Basis-Oberschulen (eine Kombination von Mittel- und Oberschule, d. Red.) auf dem Lande, und in den Städten sind wir dabei, Berufsschulen, technische Schulen, Schulen für militärische Grundausbildung, Anfängersportschulen, Sportschulen für Lehrer, Schulen für die Ausbildung von Krankenschwestern und medizinischem Personal zu bauen. Wir haben sogar mit dem Bau der ersten Kunstschule von insgesamt zwei begonnen. Die Errichtung von zahlreichen Hochschulfakultäten hat man ebenfalls in Angriff genommen.

Polikliniken, Schulen, Kindergärten

Man ist dabei, weitere Kindergärten zu bauen: 87 Kindergärten im nächsten Jahr. Man baut weitere Polikliniken. 27 davon werden im kommenden Jahr fertiggestellt. Stomatologische Kliniken, Altersheime, Behindertenheime. Welches Land kann so etwas von sich sagen? Und nicht nur das, hinzu kommt, daß, während – wir Ihr sehen könnt – die ganze kapitalistische und unterentwickelte Welt Wachstums- und Arbeitslosigkeitsprobleme haben, wir dagegen im Jahre 1978 120.000 neue Arbeitsplätze schaffen werden. Ich glaube, daß, analysiert man diese Dinge sachlich und objektiv, man dies als einen ungeheuren Erfolg betrachten kann. Soll das bedeuten, daß wir bessere Zukunftsaussichten haben werden? Soll das bedeuten, daß wir anfangen werden, an Konsum zu denken? Nein? Wir müssen uns weiterhin auf magere Jahre einstellen. Auf mehrere Jahre hinaus. Wir müssen alle Instrumentarien und Mechanismen, die wir nach dem 1. Parteitag im Wirtschaftsbereich geschaffen haben, weiterhin anwenden; und wir müssen besonders aufrichtig und leistungsfähig werden. Ich sage deshalb, weil in unserem Lande und bei unserer Kader ein Bewußtsein und eine Einstellung herrschte, man muß das, dies und jenes importieren. Jeder sagte, was er brauchte, was gut war, was ihm fehlte. Jeder wußte, was aus dem und jenem Bereich aus dem sozialistischen Lager importiert werden sollte. Niemand sprach über Exporte. Die schwierigen Jahre haben uns ein Exportbewußtsein gelehrt. Zusammengefaßt: Wir haben die Notwendigkeit erkannt, daß wir ein viel stärkeres Export- statt Importbewußtsein haben müssen. Vor allen Dingen was den konvertierbaren Währungsbereich betrifft; weil bisher immer darauf hingewiesen

Chronologie Kuba—USA

1959

- 2. 1. Die Rebellenarmee erreicht Havanna.
- 3. 3. Nationalisierung der im Besitz der USA befindlichen Kubanischen Telefongesellschaft
- April Fidel Castro besucht die USA.
- 17. 5. Gesetz über die Agrarreform
- Juni Die USA weigern sich, Waffen im Werte von 9 Mio Dollar zu verkaufen.
- 21. 10. Beginn der Piratenakte

1960

- 4.–13. 2. Kuba schließt Handelsverträge mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten ab.
- Februar US-Waffenembargo gegen Kuba
- 4. 3. Das Schiff „La Coubre“ fliegt im Hafen von Havanna in die Luft; es enthielt eine Waffenladung aus Belgien.
- 5. 3. Fidel Castro kündigt den Vertrag von Rio (1947) über die „kontinentale Verteidigung“ auf.
- 17. 3. Die CIA billigt die Bildung antikubanischer Söldnereinheiten.
- 19. 4. Sowjetisches Öl kommt in Kuba an; US-Raffinerien weigern sich, das Öl zu verarbeiten.
- 8. 5. Kuba nimmt diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf.
- 29. 6. Nationalisierung der US-Ölraffinerien und 36 anderer US-Firmen
- 6. 7. Die USA reduzieren ihre Zucker-Einkaufquote. Die UdSSR sagt zu, die Differenz aufzukaufen.
- 18. 7. Kuba klagt vor dem UN-Sicherheitsrat die USA der ökonomischen Aggression an.
- 2. 9. Erste Deklaration von Havanna (Selbstbestimmung, Antiimperialismus und Beziehungen zu den sozialistischen Staaten)



Enteignung des Texaco-Konzerns

1961

- 3. 1. Die USA brechen die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.
- 17.–20. 4. Niederlage der Invasoren in der Schweinebucht
- 20. 4. US-Präsident verwirft die absolute Richtigkeit des Prinzips der „Nicht-Einmischung“.
- April Kuba wird von einem geheimen Treffen der Interamerikanischen Verteidigungs-Behörde ausgeschlossen.

1962

- 31. 1. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) schließt Kuba aus.
- 4. 2. Zweite Deklaration von Havanna (Aufbau des Sozialismus)
- 5. 2. Kuba deckt neue Invasionspläne auf.

- 9. 4. US-Manöver – genannt „Lantphibex - 62“ – mit 40 000 US-Marineinfantristen
- 22. 10. Beginn der sog. „Raketen-Krise“. Seeblockade gegen Kuba seit Beginn des Monats November. Die USA werden gezwungen, Kubas Existenzrecht anzuerkennen.

1963

- 29. 11. Venezuela klagt Kuba an, die revolutionären Kräfte Lateinamerikas mit Waffen zu versorgen.

1964

- 21.–26. 7. Ein Treffen der OAS in Washington beschließt: a) den vollständigen Abbruch der diplomatischen und konsularischen Beziehungen aller Mitgliedsstaaten mit Kuba; b) ein Handelsembargo und c) die Aufhebung aller See-Verbindungen. Allein Mexiko kommt dem nicht nach.

1970

- Februar Der venezolanische Präsident Caldera stellt fest, daß es Kuba erlaubt sein müßte, in die „Lateinamerikanische Familie“ zurückzukehren.
- November Die UP-Regierung Chiles stellt die diplomatischen Beziehungen zu Kuba wieder her.

1971

- Mai Die bolivianische Torres-Regierung unternimmt Anstrengungen, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ebenfalls wieder herzustellen.
- Dezember Reise Fidel Castros nach Chile und Peru

1972

- Juni Die OAS verwirft eine Resolution, die diplomatische Isolation Kubas aufzuheben.
- Juli Eintritt Kubas in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
- 8. 7. Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peru

1973

- Mai Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Argentinien

1975

- Juli Die OAS hebt die ökonomische Blockade auf.

1976

- 6. 10. Exilkubaner sprengen mit CIA-Billigung ein kubanisches Flugzeug in die Luft. 73 Opfer.
- Oktober Veröffentlichung zahlreicher CIA-Komplote zur Ermordung Fidel Castros

1977

- Februar Konsularische Beziehungen mit Kostarika aufgenommen
- 18. 3. Reiseverbot für US-Bürger nach Kuba durch US-Präsident Carter aufgehoben
- April US-Senator McGovern besucht mit einer Basketball-Mannschaft Kuba. 51 US-Geschäftsleute treffen mit Fidel Castro zusammen. Verträge über Fischereirechte und die 200 Meilen See-Zone.
- Juni Carter erklärt sein Ziel der „vollen Freundschaft mit Kuba“.
- 14. 6. Kuba entläßt 10 US-Gefangene.
- 1. 9. US- und kubanische Interessenvertretungen in Havanna bzw. Washington eröffnet.

1978

- März Wiederaufleben antikubanischer US-Kampagne auf dem Höhepunkt des Ogadenkonflikts (Hilfe Kubas für Äthiopien).
- Mai Carter stellt für die Normalisierung der Beziehungen USA-Kuba unzulässige Vorbedingungen: Havanna müsse seine militärische Unterstützung für die revolutionären Staaten Afrikas und seine angebliche Nichtachtung der Menschenrechte in Kuba einstellen.



wurde, daß dieses oder jenes fehlt, ein bestimmter Rohstoff nicht vorhanden ist. Niemand sprach davon, wohin wir exportieren sollten, und niemand sprach davon, woher wir das Geld nehmen sollten, um diesen oder jenen Import zu bezahlen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir nicht an eine Steigerung des Konsums denken sollten. Für uns ist es viel wichtiger, unsere Wirtschaft zu festigen und unsere Wirtschaftsstruktur zu verändern, damit wir unabhängiger von Importen werden, vor allen Dingen von der kapitalistischen Welt unabhängiger werden. Das ist das Wesentliche. Ich glaube, daß wir hier für die nächsten sieben bis acht Jahre die Schwerpunkte setzen müssen, nämlich dieses Niveau zu sichern, auch in Krisenzeiten.

Was wir im Wesentlichen vorschlagen ist folgendes: Mit der ganzen Kraft, Erfahrung und Festigkeit, die unsere Revolution erreicht hat, müssen wir uns der Entwicklung der Volkswirtschaft widmen, sie zu konsolidieren und ihre Strukturen zu verändern.

Eine Generation militanter Revolutionäre

Ich kenne die Wünsche, die eine Verbesserung des Lebensstandards herbeisehnen, sehr gut. Weil wir alle wissen, was wir überall im Land brauchen: Da würden wir einen sehr schönen Park anlegen, da ein Gebäude in einem bestimmten Stil bauen, dorthin diese Sache, hierhin eine andere und dort wieder eine andere. Und gleichzeitig brennt in unserem Innern ein Feuer, ein Wunschfeuer, noch mehr Sachen zu machen und das Beste für unser Volk zu erreichen. Aber das ist unsere Generation, eine Generation militanter Revolutionäre und revolutionärer Funktionäre, die sich damit abfinden muß, daß sie sich in der schwierigsten Phase der Revolution befindet. Es gibt immer eine Generation, die die schwerste Arbeit verrichten muß, schwer im materiellen und moralischen Sinne. Aber diese Generation hat eine besondere Pflicht zu erfüllen: die Pflicht, den kommenden Generationen andere Verhältnisse und Bedingungen zu schaffen.

Wir haben große Aufgaben vor uns: Wir müssen gnadenlos gegen jede Art von Nachlässigkeit, Unempfindlichkeit und bürokratischen Geist kämpfen, gnadenlos kämpfen, genauso

wie wir die Kriminalität bekämpfen. Ich wollte euch klarmachen, daß diese wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Zukunft Realität sein werden. Wir sind in der Lage, einen hervorragenden Fünfjahrplan für 1981-1985 zu entwickeln. Wir werden in der Lage sein, tolle Pläne in mehreren Jahren zu realisieren. Wenn wir auch nicht alle geplanten Ziele erreichen, die auf dem 1. Parteitag erörtert wurden, so doch einen grossen Teil von ihnen. Am 30. Dezember, dem Tag des Angriffs auf den gepanzerten Zug aus Santa Clara, kann dieser Tag mit der wiederhergestellten Eisenbahn zwischen Santa Clara und Havanna gefeiert werden. Im Mai nächsten Jahres wird man auf der Hälfte der sechsspurigen Autobahn fahren können, d. h. auf der dreispurigen Seite, die von Havanna nach Santa Clara geht. Man kommt voran. Unsere Zuckerernten konsolidieren sich. Wir sind dabei, größere und sichere Ernten einzubringen. Der Mechanisierungsgrad steigt erheblich. Die Produktion auf bewässerten Zuckerrohrfeldern erhöht sich geschwind. Es werden neue Techniken und neue Sorten eingeführt, es werden neue Elektrizitätswerke gebaut; dies alles steht auf sehr festen Grundlagen. Unsere Zuckerrohrproduktion steigt von Jahr zu Jahr, und sie steigt ohne Rückschläge, was sehr wichtig ist. Wir werden im Jahre 1978 eine gute Ernte haben; aber wir wollen eine größere 1979 erreichen, eine noch größere 1980, eine noch viel größere 1981 usw. bis zum Jahre 1990. Ich wiederhole, man ist dabei zu erreichen, daß alles auf festen Fundamenten steht.

Wir nehmen wichtige Investitionen in der Nickelindustrie von Oriente vor. Die ersten Arbeiten am neuen Kernkraftwerk wurden in Angriff genommen. Bald wird man mit den ersten Arbeiten in der Eisenhüttenindustrie beginnen. Wir haben wichtige Industrieprojekte in Arbeit, die in diesem Fünfjahrplan angefangen und in den nächsten beendet werden sollen. Alle Verpflichtungen, die der 1. Parteitag in Bezug auf das Wirtschaftsleitungssystem getroffen hat, werden planmäßig angewendet, damit schaffen wir trotz internationaler Schwierigkeiten sehr günstige Bedingungen. Die Integration in das sozialistische Lager nimmt zu – auch im Handel. Aus diesem Grund lohnt es sich, Anstrengungen zu unternehmen und diesem Weg zu folgen, weil dieser Weg sehr gute Möglichkeiten bietet; aber er wird von uns Anstrengungen verlangen, von allen Kader in Partei, Verwaltung und den Massenorganisationen. Große Anstrengungen.

Das Jahr 1978 selbst, schon mit besseren Perspektiven, verlangt bemerkenswerte Anstrengungen, um den Plan, der hier verabschiedet worden ist, zu erfüllen; und ich glauben, daß es interessant sein wird, wenn wir im nächsten Jahr um diese Zeit den Plan diskutieren, wie er sich 1978 entwickelt hat – und den Plan, den wir uns für 1979 vorgenommen haben. Man ist dabei, sich mit einem großen Vorsprung an den Fünfjahrplan 1981-1985 heranzuarbeiten. Und wir erstreben, daß Ihr alle, die Partei-, Staatskader und vor allen Dingen die Abgeordneten der Nationalen Versammlung, über einen hohen Informationsgrad und ein hohes Maß an Mitbeteiligung bei diesen wirtschaftlichen Aktivitäten, einen hohen Grad an Verständnis und Bewußtsein verfügt. Ihr müßt die Verteidiger, die Apostel der Anstrengungen werden, die noch vor uns stehen, die aber auf festen und wissenschaftlichen Grundlagen beruhen sollen. Das ist unsere Pflicht als Mitglieder dieser revolutionären Generation. Das ist unsere Pflicht als Abgeordnete.

Das gleiche gilt für den Haushalt. Das ist der erste Haushalt, den wir verabschieden. Man hofft, im nächsten Jahr einen ausgereiften und leistungsfähigen Haushalt zu haben, mit dem wir bis auf den letzten cent messen und ausrechnen können. Aufrichtigkeit bedeutet sehr viel: Wille zur Sparsamkeit, der Verschwendung, Geld auszugeben, zu widerstehen, und es geht. Ich kann ein Beispiel nennen: Es wurde vorgeschlagen, der Versammlung eine neue Sorte Bonbons, die jetzt produziert worden ist, anzubieten. Wir haben Nein gesagt. Man muß sparen. Ganz einfach . . . Nichts hätten wir lieber getan, als Bonbons zu verteilen. Aber wir sagten: Bonbons sparen. Sparen bis zum letzten cent. Dafür werden die Leitungssysteme in der Wirtschaft und die Haushalte ihren Nutzen haben, damit jeder weiß, was er ausgibt und wofür er es ausgibt.

Sparen, bis zum letzten cent

Es bleibt mir noch auf eine bestimmte Dienstleistung hinzuweisen: das Transportwesen. Der Transportverkehr zwischen den Provinzen muß verbessert werden. Man ist dabei, Hunderte von Omnibusse einzusetzen. 300 sehr moderne Omnibusse. Und man kommt mit der zentralen Eisenbahn voran. Es wird nicht mehr notwendig sein, große Umwege zu machen. Von Santa Clara aus wurden viele Eisenbahnstrecken gelegt, andere sind im Bau. Jedoch müssen wir eine Verbesserung bei den Verkehrsmitteln in den Provinzen erreichen: beim Zug- und Busverkehr. Wir müssen die Krise völlig überwinden, die wir in der Hauptstadt hatten. Dazu braucht man Tausende von Bussen; aber auch die Reparaturen und Dienstleistungen müssen verbessert werden, und die Zahl der Omnibusse soll erhöht werden. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnten sogar bestimmte Investitionen im Fahrgestell vorgenommen werden, damit die Omnibusse hier gebaut werden können. Das in Bezug auf die Dienstleistungen. Zurück zu den Haushalten. Ihr habt bestimmt die Einnahmen von umgerechnet 9,159 Mrd Pesos betrachtet. Mehr als 4 Mrd Pesos sind für Produktion und Investitionen bestimmt. Einer der wichtigsten Posten unseres Haushaltes betrifft die Ausgaben für Bildung und Gesundheit. Sie betragen 1,532 Mrd Pesos. Darin eingeschlossen sind auch soziale und kulturelle Ausgaben, unter anderem die Sozialversicherung. Der Sozialversicherung wurde 600 Mio Pesos zugewiesen.

Aber es gibt etwas, was das Ausland aufmerksam gemacht hat, nämlich unsere Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit. Sie betragen 784 Mio Pesos. D. h. daß wir für Bildung und Gesundheit fast das Doppelte ausgegeben haben als für Verteidigung und innere Sicherheit. Das ist sehr interessant, weil unsere Anstrengungen für unsere Verteidigung groß waren, daß viele überrascht waren. Es wird angenommen, daß wir eine tolle Verteidigung haben. Und wir müssen

sie haben! Und diese Zahlen stimmen genau. Es wurde nichts verändert: Egal zu welchem Bereich es gehört, ob es die Bildung ist oder die Gesundheit, oder was zur Verteidigung oder zur inneren Sicherheit gehört. Keine Angst. Dieser letzte Bereich macht 8 % aus. Wir haben keine Angst, es zu sagen. Die Imperialisten haben uns gezwungen, gewaltige Kräfte zu entfalten. Auf jeden Fall werden die Opfer, die wir für die Verteidigung bringen, nicht nur in Pesos oder Millionen gemessen. Es gibt andere Arten von Opfern, die schlecht zu messen sind, die gar nicht zu messen sind: die menschlichen Opfer! Tausende junge Leute, die einen Teil ihres Lebens dieser Pflicht widmen und Tausende Offiziere, die sich den Anstrengungen des Militärdienstes unterwerfen; die Spezialisten in unseren Streitkräften, unsere Reservisten, die Stunden und Stunden, die sie alle dem Kampftraining widmen. Das hat einen größeren Wert als alle Millionen Pesos zusammen! Als alle Millionen zusammen! Und wir machen es sehr gerne, weil der Imperialismus uns gezwungen hat, uns alle in Soldaten zu verwandeln! Obwohl wir über 700 Mio für Verteidigung und innere Sicherheit ausgegeben haben – das umfaßt alle Verteidigungsaktivitäten, die des Verteidigungsministeriums und die des Innenministeriums – können wir mit Genugtuung sagen, daß wir trotz allem für Bildung und Gesundheit das Doppelte ausgegeben haben.

Wir haben jedoch keine Zweifel. Wenn es nötig gewesen wäre, doppelt soviel auszugeben wie für alles andere, damit Vaterland und Revolution überleben, dann hätten wir doppelt soviel ausgegeben! Doppelt soviel für die Verteidigung des Landes! Es gibt in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel. Vaterland oder Tod!

Wir werden siegen!

(Quelle: Bohemia, Havanna, Nr. 52/30. 12. 1977, stark gekürzt)

Solidaritätskomitee für Afrika Asien und Lateinamerika **SKAAL**

Das SKAAL unterstützt den Kampf der Völker des Trikontinents gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Das SKAAL leistet materielle Hilfe für diejenigen, welche die Ursache der Armut und des Elends beseitigen.

Das SKAAL informiert über das Geschehen im Trikontinent.

'Solidarität' ist das Organ des SKAAL und informiert über:

Die Geschichte und Probleme der unterdrückten Völker. Die Befreiungskämpfe im Trikontinent. Den Aufbau der unabhängigen Staaten. Die Politik der Schweiz im Trikontinent. Die Arbeit des SKAAL. Die theoretische Diskussion der kolonialen Revolution. Die Hintergründe der Unterentwicklung. Stellungnahmen der Befreiungsbewegungen, Parteien, Gewerkschaften und nationaler- und internationaler Organisationen des Trikontinents.

Ausschneiden und einsenden an: SKAAL, Postfach 2009
CH-4001 BASEL



- Ich möchte Informationsmaterial/Probenummer 'Solidarität' erhalten
- Ich abonniere die **Solidarität**
 Jahresabonnement (10 Nummern: Fr.15.—)
 Unterstützungsabonnement (ab Fr.20.—)
- Ich möchte Mitglied des SKAAL werden (Fr.25.—) und erhalte damit das SKAAL-Bulletin 'Solidarität'

Vorname, Name

Strasse

Nummer

PLZ

Ort

Datum

Hans Mayer

Tansanias problemreiche Eigenständigkeit



Ujamaa-Dörfler im Sisalfeld (l.); Präsident Julius Nyerere

Die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Arusha-Deklaration¹ am 5. 2. 1977 wurden besonders in Tansania selbst zum Anlaß genommen, eine kritische Bilanz der tansanischen Entwicklung zur Eigenständigkeit (self-reliance) zu ziehen. Wenige Tage zuvor hatte eine gemeinsame Konferenz der Afro-Shirazi Partei (Sansibar) und der Afrikanischen Volksunion von Tanganyika (TANU) den Zusammenschluß zur Chama Cha Mapinduzi (CCM, Revolutionspartei) beschlossen.

Mit der anschließenden Verabschiedung einer neuen Verfassung wurde der im April 1964 erfolgten Gründung der Union Tanganyikas und Sansibars (Tansania) ein dauernder Charakter zuerkannt, der den Vereinigungsprozeß zwischen den beiden Ländern dokumentiert. Auch die Massenorganisationen des Landes wurden neu formiert. Beispielsweise wurde der nationale Gewerkschaftsverband NUTA durch die Union für alle tansanischen Arbeiter (JUWATA) ersetzt. Die Umstrukturierung der politisch-rechtlichen Verhältnisse findet schließlich im September 1978 mit den Wahlen für das Exekutivkomitee der CCM, denen Wahlen auf allen Parteebenen vorausgehen, ihren Höhepunkt und Abschluß.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Schwerwiegende ökonomische Schwierigkeiten belasten Tansania seit längerem. Die 1971 einsetzenden Versorgungsgipfel 1974 im Zusammenhang mit der Erhöhung der Ölpreise, der beginnenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und einer langandauernden Dürreperiode in einem rapiden Rückgang der Produktionsergebnisse, die insbesondere zu großen Getreideimporten zwangen.

Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts (BSP) machte 1974 nur noch real 2,2 % aus. Die gesamten Nahrungsmittelimporte vervierfachten sich gegenüber 1973.² Die Exporte gingen mengenmäßig zurück und konnten trotz der drastischen Preiserhöhungen für Kaffee auf dem Weltmarkt die Deviseneinnahmen des Landes kaum steigern. Das Ergebnis war eine Verschlechterung der ohnehin negativen Handelsbilanz.

Zweifellos war damit der Versuch der tansanischen Regierung, das Land tendenziell aus dem Weltmarkt herauszulösen, vorläufig gescheitert. Die Grenzen dieser Entwicklung zur Eigenständigkeit ergeben sich jedoch aus der politischen Heterogenität der Gruppierungen in Regierung und Partei wie auch aus ihrer kleinbürgerlich-nationalistischen Orientierung, die bereits in den Grundsätzen der Ujamaa-Politik als auch in ihrer Durchsetzung angelegt waren.³ So blieb im Agrarsektor die seit der Unabhängigkeit mitgeschleppte Frage der strukturellen Exportorientierung unbeantwortet. Unter maßgeblichem Einfluß der Weltbank, die 25 % ihrer Mittel in diesen Bereich investiert, ist die Landwirtschaft bis heute auf Exportkulturen ausgerichtet. Von den durch die tansanische Regierung und deren halbstaatlichen Organisationen (Parastatals) vorgenommenen Investitionen im Produktionsbereich des Agrarsektors flossen lediglich 2 % in die Produktion von grundlegenden Nahrungsmitteln wie Mais, Hirse und Weizen.

Die Regierung ergriff, um der Krise Herr zu werden, weitreichende Maßnahmen, in deren Ergebnis die ökonomischen Probleme zwar gemindert werden konnten, und es sogar zu einem Anstieg des Wirtschaftswachstums kam⁴. Deren soziale und politische Konsequenzen aber geben zu Skepsis Anlaß.

Im Mai 1974 wurden die Löhne eingefroren. Eine geringfügige Lohnerhöhung im nachfolgenden Jahr lag weit unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, bei denen Preissteigerungen von durchschnittlich 20 %, für einzelne Güter wie Maismehl bis zu 60 %, zu verzeichnen waren. Hinzu kam ein Rückgang der Beschäftigungszahlen um über 30 000 zwischen 1974 und 1976. Ohnehin schnell die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung in den Städten, bedingt durch die Abwanderung aus den Dörfern, in die Höhe, so daß die Arbeitslosenzahlen jährlich um 17,6 % zunehmen. Die Schätzungen der Weltbank bezüglich der Einkommensentwicklung von Gelegenheitsarbeitern (ihr jährlicher Zuwachs beträgt 8,4 %) und Mitgliedern des informalen Sektors⁵ (jährlicher Zuwachs 19,4 %) stellen für die Jahre 1969–75 einen 30 %igen Realinkommensverlust fest. In den ländlichen Regionen sind

ähnliche Tendenzen für die Masse der Subsistenzbauern ablesbar.⁶

Die Errichtung und der Ausbau von genossenschaftlich organisierten Ujamaa-Dörfern wurde nach 1973 auf ein Villagization-Programm (bekannt unter dem Namen Operation Doda: Umsiedlung und Gründung von Dörfern) reduziert. Nyerere selbst ging in seiner Rede zur Auflösung des Parlaments vor den Neuwahlen im Herbst 1974 mit keinem Wort mehr auf die Ujamaa-Politik ein und sprach in seinen Ausführungen nur noch von der Villagization-Politik. Diese beinhaltet zugleich die Wiederaufnahme des Systems der sog. individuellen Blockfarmen zuungunsten kollektiver Bewirtschaftungsformen, wie sie in den Ujamaa-Dörfern angestrebt worden waren, was eine soziale Differenzierung zu Lasten der Masse der Subsistenzbauern befürchten läßt.

Schwerpunkt der Landwirtschaftspolitik in den Jahren 1975 bis 1977 war die landesweit durchgeführte Kampagne „Kilimo cha Kufa na Kuponu“ (Landwirtschaft – auf Leben und Tod), in deren Verlauf es dann auch zu einem bedeutenden Anstieg der Nahrungsmittelproduktion im Subsistenzsektor von 10 % kam. Enttäuschend verlief hingegen die Exportproduktion; sie konnte gegenüber 1974 nur um 2 % gesteigert werden und blieb auch 1976 unter den Ergebnissen von 1973.

Die Ausgabenpolitik der tansanischen Regierung verlagerte sich nach der Krise zunehmend auf unmittelbar produktive Investitionen im Agrarsektor wie auch auf Bergbau und Industrie. Der Haushaltsplan sah dafür 1976/77 einen Anteil von 42 % an den Gesamtausgaben vor. Die 1975 begonnene Industrialisierungsstrategie (Aufbau der Grundlagenindustrie – Basic Industry Strategy, BIS) wurde dahingehend abgewandelt, daß über das Konzept „tansanische Produkte für tansanische Bedürfnisse“ hinaus der Ausbau einer exportorientierten Verarbeitungsindustrie beschlossen wurde. Es fehlte jedoch auch in dieser Konzeption eine eindeutige Schwerpunktsetzung, so daß – wie vielfach in der Vergangenheit geschehen – bei den Parastatals Profitabilität und Deviseneinnahmen als Investitionskriterien zugrunde gelegt werden, während der Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen und Standortwahl nur eine zweitrangige Bedeutung zukommt. Mit dieser Industrialisierung waren große wirtschaftliche Belastungen der gesamten tansanischen Ökonomie verbunden, die in ihren unmittelbaren Auswirkungen zu einer weitergehenden Abhängigkeit vom Weltmarkt führten. Die Importe verdoppelten sich innerhalb der letzten fünf Jahre und beliefen sich 1977 auf 835 Mio Dollar, wovon annähernd 30 % auf Maschinen und Transportausrüstungen entfielen.⁷ Ihre Finanzierung konnte angesichts der angegriffenen Zahlungsbilanz⁸ nur über das internationale Finanzkapital erfolgen. Etwa 2/3 des tansanischen Entwicklungsfonds wurde 1977/78 aus ausländischen Mitteln bestritten.

Obwohl ein Teil dieser Mittel in Form von nicht rückzahlbarer Hilfe nach Tansania floß, betrogen die Auslandsschulden Tansanias 1975 bereits 1,187 Mrd Dollar, die zu 25 % an die von westeuropäischem und nordamerikanischem Kapital kontrollierte Weltbank zurückzuzahlen sind. Der Einfluß der Weltbank in Tansania ist stetig gestiegen. Schon 1975 lag Tansania weltweit an 8. Stelle ihrer Empfängerländer. In der Zentrale dieses „Gesamtkapitalisten“ wurde mit Befriedigung die Einstellung des Ujamaa-Konzepts, die Festigung der Exportorientierung bestimmter Wirtschaftszweige sowie Impulse für den privaten Wirtschaftssektor zur Kenntnis genommen. Insgesamt scheint die Weltmarktabhängigkeit damit auch für die nächste Planungsperiode (3. Fünfjahrplan 1977–1981) zementiert, zumal der endgültige Zusammenbruch der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, der neben Tansania noch Uganda und Kenia angehören, im vergangenen Jahr der tansanischen Wirtschaft mittelfristig hohe Kosten verursachen dürfte.

Nyerere hat in seiner Rede „Die Arusha Deklaration – Zehn Jahre danach“ selbst ausführlich auf eine Reihe der genann-

ten Probleme hingewiesen und festgestellt: „Zehn Jahre nach der Arusha-Erklärung ist Tansania ganz gewiß weder sozialistisch noch selbständig. Der Charakter der Ausbeutung hat sich geändert, aber sie ist noch längst nicht abgeschafft worden.“⁹

Der Präsident weist aber im ersten Teil seiner Ausführungen auch nach, welche weitreichende Schritte in Richtung auf die nationale Selbständigkeit unternommen worden sind. Die Industriestruktur wurde diversifiziert. Fabriken zur Herstellung landwirtschaftlicher Geräte, Reifen, Kunstdünger, Fahrräder, Zement ebenso wie Druckereien und Textilindustrien wurden errichtet. Die bedeutendsten Privatbetriebe konnten nationalisiert werden. Der Wert der industriellen Produktion verdreifachte sich innerhalb dieses Jahrzehnts. Im sozialpolitischen Bereich erlangte die medizinische Versorgung größere Aufmerksamkeit, die mit Hilfe zweier Gesundheitskampagnen – Mtu ni Afya (Der Mensch lebt durch seine Gesundheit) und Chakula ni Uhai (Gute Ernährung ist lebensnotwendig) – wesentlich verbessert wurde. Große Fortschritte lassen sich auch in der Erwachsenenbildung durch eine Alphabetisierungskampagne verzeichnen. Ende 1974 wurde auf dem Treffen des nationalen Exekutivkomitees der TANU die Schaffung von Voraussetzungen zur Einschulung aller Kinder eines Jahrgangs bis 1977 beschlossen und anschließend weitgehend verwirklicht.

Ob diese Entwicklung in Zukunft konsequent auch und vor allem im ökonomischen Bereich fortgesetzt wird, hängt sicherlich von dem Demokratisierungsprozeß an der dörflichen Basis ab, der sich gegen eine Herausbildung kapitalistischer Mittel- und Großbauern richten muß, sowie von den Positionen, die die Arbeiterklasse in der JUWATA und der neuen Partei erringen kann, um durch diese Massenorganisationen ihre Interessen im Bündnis mit den Bauern gegen die herrschende Bürokratie durchsetzen zu können.

Befreiungsstütze im südlichen Afrika

Außenpolitisch hat Tansania seit seiner Unabhängigkeit – wenn man einmal von der Anerkennung Biafras als souveränen Staat absieht – durchgängig einen klaren antikolonialistischen und antirassistischen Kurs verfolgt. Die relative innenpolitische Stabilität, die nach der Arusha-Erklärung weiter gesichert werden konnte, und die für den Imperialismus geringe ökonomische und strategische Bedeutung Tansanias erlaubten es dem aufsteigenden afrikanischen Kleinbürgertum, mit Unterstützung der Arbeiter und der Masse der Bauern, sein Interesse an der politischen und – nur bedingt – der ökonomischen Unabhängigkeit nach außen hin durchzusetzen.

Schon früh hatte sich die TANU mit der Befreiung des gesamten afrikanischen Kontinents befaßt. In Mwanza (Tansania) wurde 1958 von Vertretern nationaler afrikanischer Unabhängigkeitsbewegungen die Panafrikanische Freiheitsbewegung Ost- und Zentralafrikas (PAFMECSA) geschaffen, deren Ausweitung auf das gesamte südliche Afrika 1962 die Koordinierung des Befreiungskampfes in eben jenen Gebieten zum Ziel hatte. Unmittelbar vor der eigenen Unabhängigkeit wurde erstmals deutlich, mit welcher Konsequenz Tansania sich gegen die Rassisten im südlichen Afrika wenden würde. In einem Aufsatz, den der Londoner Observer am 12. März 1961 veröffentlichte, erklärte Nyerere bezüglich der Entscheidung über die weitere Mitgliedschaft Südafrikas im britischen Commonwealth: „Die Regierung von Tanganyika kann es sich nicht leisten, Beziehungen zur südafrikanischen Regierung zu unterhalten, und sie muß jene Kräfte im Rahmen des Völkerrechts unterstützen, die gegen das Apartheidregime kämpfen. Der systematische Versuch, die nichteuropäische Bevölkerung Südafrikas zu erniedrigen, ist nicht – wie Südafrika behauptet – eine innere Angelegenheit.“¹⁰ Südafrika mußte sich daraufhin aus dem Commonwealth zu-

Nein zum West-Interventionismus!

Kuba und die Sowjetunion haben sich in Angola aus verständlichen Gründen engagiert, und sie sind noch dort, und zwar auf Wunsch der angolischen Regierung. Es gibt keinerlei Beweis dafür, daß sie direkt oder indirekt in irgendwelche Kampfhandlungen in Zaire verwickelt gewesen wären. Kubanische und sowjetische Streitkräfte stehen auch, auf Anforderung der äthiopischen Regierung, in Äthiopien. Die Gründe für ihre Präsenz sind wohl sehr bekannt. Sie haben den Äthiopiern geholfen, ihr Land wegen einer Aggression von aussen zu verteidigen. Weder sie noch die äthiopische Regierung sind in Kämpfe außerhalb der Grenzen Äthiopiens verwickelt. Und es gibt einige Anzeichen dafür, daß wenigstens die kubanische Regierung einen Unterschied zwischen den Kämpfen im Ogaden und denen in Eritrea macht. Einmal abgesehen von diesen beiden Ländern, wo sonst in Afrika sind die kubanischen oder sowjetischen Truppen? Es gibt einige wenige kubanische und sowjetische Staatsbürger und einige Chinesen, die die Freiheitskämpfer im südlichen Afrika im Gebrauch von Waffen, die sie von den kommunistischen Staaten erhalten, ausbilden, und zwar im Befreiungskampf um Rhodesien und Namibia. Sehen wir einmal von vagen Verallgemeinerungen und Gerüchten, die auf der Art Jacke, die Leute tragen, basieren, ab, dann gibt es keine ernstzunehmenden Andeutungen dafür, daß solche Truppen irgendwo anders in Afrika operieren oder stationiert sind.

Panafrikanische Truppe: ein neokoloniales Werkzeug

Der große Aufruhr im Westen über die sog. sowjetische Penetration Afrikas basiert also auf der Präsenz kubanischer und sowjetischer Truppen in zwei afrikanischen Ländern. Und diese Truppen sind in diesen beiden Ländern entsprechend dem Wunsch der legitimen und anerkannten Regierungen der betreffenden Länder und aus Gründen, die sehr wohl bekannt und für alle vernünftigen Leute sehr wohl verständlich sind. Und trotzdem protestieren westliche Staaten, trotzdem halten sie Treffen, bei denen vorgeblich darüber diskutiert wird, wie die Freiheit Afrikas verteidigt werden könne, was sie die sowjetische Penetration nennen.

Das Gerede von einer panafrikanischen Sicherheitstruppe hat in Paris seinen Anfang genommen. Es war in Paris und später in Brüssel, wo diese damit zusammenhängende Frage bezüglich der „Freiheit“ Afrikas diskutiert wurden. Die OAU (aber) trifft sich im Juli in Karthum; uns aber erzählt man, daß die Freiheit Afrikas und deren Verteidigung in Paris und Brüssel im Juni diskutiert werden. Es gibt nur einen Grund dafür, daß die Idee der Schaffung oder Initiierung einer panafrikanischen Sicherheits- oder einer panafrikanischen Friedenstruppe durch Europa nicht eine sofortige und weltweite Verwunderung und Bestürzung auslöst. Er besteht in der fortgesetzten Annahme, daß Afrika immer noch ein Teil der „Einflußsphäre“ Westeuropas ist und immer bleiben muß. Diese Annahme wird auch heute noch kaum angezweifelt. Ja sogar einige afrikanische Staaten nehmen diese Sicht der Dinge als selbstverständlich hin. Man geht einfach weiterhin davon aus, daß es ganz natürlich ist, wenn französische Truppen, belgische Truppen oder britische Truppen in Afrika sind, während die Präsenz von Truppen nichtwestlicher Staaten angeblich eine Gefahr darstellt. Eine Gefahr für wen? Für die Freiheit Afrikas oder eine Gefahr für die fortgesetzte Beherrschung Afrikas durch frühere Kolonialmächte und deren Alliierte, die heutzutage mit Hilfe viel subtilerer Maßnahmen und der Unterstützung einer afrikanischen fünften Kolonne verwirklicht wird? Die Antworten auf diese Fragen sind nur allzu offensichtlich. Es hat in der Vergangenheit wiederholt Einfälle Südafrikas und Rhodesiens nach Angola, Botswana, Sambia und Mosambik gegeben. Der Westen hat hierüber nicht viel Besorgnis an den Tag gelegt; noch haben dies die neuentdeckten Nachlaßwalter der ehemaligen Kolonialmächte getan. Die wahre Tagesordnung, sowohl innerhalb wie außerhalb der formalen Sitzungen dieser beiden Treffen, betrifft zwei Punkte. Zum einen geht es um den Neokolonialismus in Afrika, und zwar aus wirtschaftlichen Interessen – die wirkliche Kontrolle Afrikas und der afrikanischen Staaten. Dieser (neokoloniales) Versuch wird von Frankreich angeführt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung geht es um die Verwendung Afrikas im Ost-West-Konflikt. Hier haben die USA die Führung. Diese beiden Vorhaben werden koordiniert, so daß sie einander ergänzen,

und die Aufteilung der erwarteten Profite – wie auch der entstehenden Kosten – wird bei diesen Treffen ausgearbeitet.

Die Kosten können aber auch leicht höher ausfallen, als die Teilnehmer vorab annehmen. Tansania ist nicht das einzige nationalistisch eingestellte Land in Afrika. Überall gibt es Nationalisten. Früher oder später, und zwar so lange wie nötig, wird Afrika genauso gegen den Neokolonialismus kämpfen wie es früher gegen den Kolonialismus gekämpft hat. Und schließlich wird Afrika gewinnen. Länder des Westblocks, die dem Kampf der afrikanischen Länder gegen den Neokolonialismus Widerstand leisten, müssen erkennen lernen, daß bei diesem Vorgang nicht allein die afrikanischen Länder leiden werden. Wir leugnen nicht das Prinzip, daß jeder afrikanische Staat das Recht hat, ein Land seiner Wahl um militärische oder wirtschaftliche Hilfe zu bitten. Ganz im Gegenteil betonen wir dieses Recht. Angola, Äthiopien, Tschad, Zaire und wir alle haben dieses Recht. Und es steht dem Westen nicht an, Einwände zu machen, wenn Angola die UdSSR um Hilfe angeht. Der Osten hat kein Recht, Einwände zu machen, wenn Dschibuti Frankreich um Hilfe bittet. Und das um Hilfe gebetene Land hat natürlich stets das Recht zu entscheiden, ob es die gewünschte Hilfe gewähren will. Wir leugnen auch nicht, daß alle afrikanischen Staaten von einigen wenigen Unzufriedenen gefährdet werden können, daß diese Unzufriedenen möglicherweise von ausländischen Elementen finanziert werden können, während die Regierungen von der Masse der Bevölkerung voll unterstützt werden. Unter solchen Umständen ist eine Regierung sicherlich gerechtfertigt, wenn sie Unterstützung sucht, um eine zeitweise Krise zu überwinden; und das Hilfe gewährende Land sollte nicht des Neokolonialismus beschuldigt werden, weil es diesem Wunsch entspricht.

Wir müssen jedoch das Prinzip ablehnen, wonach ausländische Mächte das Recht haben, solche afrikanische Regierungen an der Macht zu halten, die in der ganzen Welt als korrupt oder inkompetent oder als ein Haufen von Mördern anerkannt werden, und zwar wenn deren Völker versuchen, einen Wandel herbeizuführen. Es kann doch nicht angehen, daß die Regierungen Afrikas für alle Zeiten vom Neokolonialismus festzementiert werden, und zwar nur deshalb, weil es kaltkriegerische oder Großmacht-Konflikte gibt. In der letzten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Völker eines afrikanischen Landes ebenso sehr das Recht, ihre korrupte Regierung auszuwechseln wie in der Vergangenheit die Völker Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands das Recht hatten, ihre verrotteten Regime zu stürzen.

Westeuropa und die USA sind daran interessiert, fortgesetzten Zugang zu den Rohstoffen Afrikas zu haben, und derart ihre Volkswirtschaft am Leben zu halten. Dieser Zugang wird aber nicht durch Korruption oder Unterstützung der Korruption gesichert. Vielmehr wird der Zugang durch solche Unterstützung gefährdet. Der Zugang zu den Rohstoffen wird auch keineswegs durch die spezifische ideologische Ausrichtung einer afrikanischen Regierung gesichert. Die gegenwärtige Realität der afrikanischen Politik und Wirtschaft zwingt alle afrikanischen Staaten, ihre Mineralien dorthin zu verkaufen, wo sie den besten Preis dafür bekommen und wo sie im Austausch dafür diejenigen Güter erhalten, die sie selbst benötigen. Es gibt genügend Beweise für diese beiden Behauptungen.

Ganz besonders aber möchten wir deutlich machen, daß wir über die Arroganz und die Verachtung jener empört sind, die vorgeben, eine panafrikanische Sicherheitstruppe oder eine afrikanische Friedenstruppe im Namen Afrikas zu schaffen. Entweder wird Afrika dies für sich selbst bewerkstelligen, oder aber es wird keine panafrikanische Truppe zur Verteidigung der Freiheit Afrikas geben – sondern lediglich irgend etwas, das sich so nennt, daß aber in Wirklichkeit ein Instrument für eine erneute ausländische Beherrschung dieses Kontinents ist. Tansania weist den Anspruch zurück, daß die Freiheit Afrikas durch eine Sicherheitstruppe verteidigt werden könnte, die von europäischen Mächten organisiert oder initiiert wird. Wir werden eine solche Truppe als ein Instrument des Neokolonialismus auf unserem Kontinent betrachten.

Das Ziel der afrikanischen Unabhängigkeitskämpfe war die Freiheit Afrikas und der Afrikaner. Unsere unabhängigen Regierungen dürfen nicht zu Instrumenten werden, mit deren Hilfe ausländische Beherrschung in einer neuen Form aufrechterhalten wird.

(Quelle: Rede von Julius Nyerere am 8. Juli 1978 in Daressalaam in: Frankfurter Rundschau, 26. 6. 1978; Auszüge)

rückziehen. Als der UN-Sicherheitsrat 1963/64 ein Waffenembargo gegen Südafrika verhängte, beschloß Tansania einen Handelsboykott, das Verbot für alle Tansanier, in Südafrika zu arbeiten, sowie ein generelles Einreiseverbot für südafrikanische Staatsbürger. Mit Portugal wurde ähnlich verfahren. Daß das mit der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) auf Drängen Tansanias eingerichtete Befreiungskomitee sowie die Kommission für Flüchtlinge in Daressalaam ihren Sitz fanden und dort auch unter starkem Einfluß Tansanias ihre Arbeit aufnahmen, spiegelte nur die Bedeutung Tansanias für den Befreiungskampf im südlichen Afrika wider. In Tansania konzentrierte sich die Flüchtlingsbewegung aus Moçambique und Zaire; die Befreiungsbewegungen hatten dort ihre Hauptquartiere und wurden tatkräftig militärisch und finanziell unterstützt.

Nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der weißen Siedler in Rhodesien 1965 erhob Tansania heftige Vorwürfe gegen Großbritannien aufgrund seiner inaktiven Haltung im Rhodesienkonflikt. Tansania verlangte immer wieder von der verantwortlichen britischen Kolonialmacht¹¹ die Voraussetzungen für eine schwarze Mehrheitsregierung zu schaffen. Gegen Ende des Jahres brachen die Tansanier die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab. Durch den Ausbau der Transportwege nach Sambia wurde ein unmittelbarer Beitrag praktischer Solidarität mit einem von den Entwicklungen in Rhodesien am stärksten betroffenen Ländern geleistet. Die Bildung der Union mit dem radikaleren Sansibar sowie eine Reihe außenpolitischer und innenpolitischer Ereignisse, wie etwa die Meuterei der von Briten ausgebildeten Militärs, begünstigten eine zunehmend kritischere Haltung gegenüber den Mitgliedsländern der NATO und eine weitgehende Öffnung gegenüber den sozialistischen Ländern.

In seinem Artikel über Rhodesien im Kontext des südlichen Afrika verkündete Nyerere rückhaltlos: „Es bleibt der Eindruck . . . , daß die Herrschaft der weißen Minderheit über die Schwarzen für den Westen annehmbar ist.“ Nyerere grenzte sich darüber hinaus von den mit den Rassistenregimes kollaborierenden schwarzafrikanischen Staaten ab und verhinderte die Aufnahme Malawis in das Befreiungskomitee der OAU.

Der Glaube an eine friedliche Lösung wurde aufgegeben, die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes nicht nur in den portugiesischen Kolonien, sondern auch für Rhodesien, Südafrika und Namibia erkannt: „Die einzige Wahl besteht zwischen einem gewaltsamen Befreiungskampf oder der dauernden Einwilligung zur Sklaverei . . . Koexistenz ist unmöglich“.¹²

Unter dem Eindruck der von den Portugiesen unternommenen Invasion gegen das fortschrittliche Guinea (1970) und des von den Briten mit angezettelten Putsches Idi Amins gegen Obote in Uganda (1971) formulierten die konsequentesten Kräfte in der TANU die Richtlinien von Mwingozo, in denen die imperialistische Strategie, durch die Einsetzung von Marionettenregierungen neokolonialistische Lösungen zu erzwingen, angeprangert wurde. Auf der Gipfelkonferenz der OAU, in deren Mittelpunkt der von einer Reihe afrikanischer Länder im Einvernehmen mit Südafrika angestrebte Dialog mit dem Vorsterregime stand, schlug die tansanische Regierung die Suspendierung aller jener Länder vor, die nicht in Opposition zur südafrikanischen Apartheid, zum Minderheitsregime in Rhodesien und zum portugiesischen Kolonialismus stünden. Tansania konnte sich zwar mit dieser weitreichenden Forderung nicht durchsetzen, die Dialogpolitik wurde indes schon im Ministerrat mehrheitlich zurückgewiesen. Ein Jahr später fand die harte Linie der tansanischen Regierung in der Ablehnung des Dialogs auf der Konferenz der ost- und zentralafrikanischen Staaten ihre Bestätigung. Seine konsequente Politik stellte Tansania erneut in der Angola-Frage unter Beweis.

Nachdem klar war, daß das im Januar 1975 zwischen den drei

Organisationen MPLA, UNITA und FNLA abgeschlossene Alvor-Abkommen nur von der MPLA eingehalten worden war, schloß Tansania die Büros der sich mit den Südafrikanern verbündeten FNLA und UNITA und erkannte als zweiter afrikanischer Staat nach Nigeria die von der MPLA proklamierte Volksrepublik Angola diplomatisch an. Anlässlich der von den NATO-Staaten im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in der Shaba-Provinz (Zaire) aufgetragenen Gerede um eine panafrikanische Sicherheitstruppe begrüßte Nyerere nochmals die damals durch die Sowjetunion und Kuba erfolgte Unterstützung der MPLA-Regierung gegen die Invasionstruppen aus Südafrika und Zaire und machte den Unterschied zur Aggression des Imperialismus und seinen Zielen deutlich (siehe Kasten).

Tansania ist demgegenüber bemüht, durch die sich entwickelnde Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen ANC, SWAPO und Patriotic Front und den Frontstaaten derartige neokolonialistische Versuche zurückzuschlagen. 1975 wurde mit Moçambique ein weitreichendes Rahmenabkommen zur politischen und ökonomischen Zusammenarbeit abgeschlossen. Der seit 1976 bestehende Verteidigungspakt zwischen den Frontstaaten (mit Ausnahme Botswanas) soll die territoriale Integrität der beteiligten Länder vor den andauernden militärischen Angriffen Südafrikas und Rhodesiens sichern helfen. Langfristig muß freilich auch die Abhängigkeit Tansanias von den kapitalistischen Geldgebern wie der Weltbank abgebaut werden, die über die Veränderung der sozioökonomischen Verhältnisse in Tansania auch eine Veränderung der Außenpolitik im Auge haben, um so im südlichen Afrika die Positionen des Imperialismus wieder ausbauen zu können; denn wie sonst wäre das starke Engagement einer sehr wohl nach Profitkriterien arbeitenden Institution in einem der ärmsten, aber für den Befreiungskampf wichtigsten Länder Afrikas zu erklären?

Anmerkungen:

- 1) Mit der 1967 formulierten Arusha-Erklärung wurde in Tansania eine sozio-ökonomische Umstrukturierung eingeleitet, die im wesentlichen die Nationalisierung der Industrie und die Gründung von Ujamaa-Dörfern mit dem Ziel kollektiver Bewirtschaftung umfaßte.
- 2) Zur ökonomischen Entwicklung in jüngster Zeit vgl. insbesondere Weltbank, Basic Economic Report, 1977; M. Freyhold, The Worldbank and its Relationship to Tanzania, Daressalaam 1975; Deutscher Entwicklungsdienst (DED), Daten zur ökonomischen Situation Tansanias, Daressalaam 1977; alle Daten wurden diesen Veröffentlichungen entnommen.
- 3) Zur politischen Entwicklung und im besonderen zur Ujamaa-Politik Tansanias vgl. P. Meyns, Nationale Unabhängigkeit und ländliche Entwicklung in der Dritten Welt: Das Beispiel Tansania, Westberlin 1977; außerdem AIB Nr. 11–12/1972 und Nr. 2/1973
- 4) 1975 wuchs das BSP um 4,6 %, 1976 um ca. 5 %; vgl. dazu DED, Daten zur ökonomischen Situation, a. a. O.
- 5) Darunter sind Formen der Selbstbeschäftigung vorwiegend in oder durch die Bewohner städtischer Vororte (townships) zu verstehen wie beispielsweise Schuhputzen, aber auch Tätigkeiten wie Schuhherstellung aus Autoreifen etc.
- 6) Vgl. Loxley/Saul, Multinationals, Workers and the Parastatals in Tanzania, in: Review of African Political Economy Nr. 2, 1977, S. 68
- 7) Die Steigerung der Importwerte ist teils auch auf die Preissteigerungen auf dem Weltmarkt verursacht.
- 8) Die verbesserte Zahlungsbilanz gegenüber 1974 war vor allem auf Ziehungen des Internationalen Währungsfonds zurückzuführen (jedes Mitglied kann auf der Basis seiner Kapitaleinlage beim Internationalen Währungsfonds Kredite entsprechend der Höhe der Einlage in Anspruch nehmen).
- 9) J. Nyerere, Bildung und Befreiung, a. a. O., S. 80
- 10) Zit. nach F. Ansprenger, Außenpolitik eines afrikanischen Staates: Tansania, in: Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 1968, S. 375
- 11) Vgl. Nyerere, The honour of Africa, in: Freedom and Socialism, Nairobi 1968, S. 115
- 12) J. Nyerere, in: Freedom and Socialism, S. 155 und 374

Auch wenn der französische Außenminister Guiringaud vor dem Parlament in Paris betonte, Frankreich wolle nicht der Gendarm Afrikas werden, beweisen die Fakten das Gegenteil: Überall auf dem Kontinent, wo Volksbewegungen korrupte und unfähige Marionettenregimes bedrohen, die die ökonomischen und strategischen Interessen der imperialistischen Staaten garantieren, greift die ehemalige Kolonialmacht – wie zuletzt in der zairischen Provinz Shaba – massiv militärisch ein. (siehe AIB 7-8/1978) Die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Zaire einberufenen Konferenzen und Tagungen der westlichen Staaten (u. a. die Zusammenkunft Frankreichs mit den frankophonen Staaten Afrikas am 24./25.5.; das NATO-Gipfeltreffen in Washington am 30.5./1.6.; ein bilaterales Gespräch zwischen Carter und Giscard am 27.5.; die Zaire-Konferenz der Westmächte am 5./6.6. in Paris, sowie eine weitere Zaire-Tagung in Brüssel vom 13.–15. 6., an der auch die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die EG-Kommission teilnahmen, bekräftigten und bestätigten eindeutig die aggressive Rolle Frankreichs in Afrika. Allerdings kommt Frankreich seinen imperialistischen Verpflichtungen in Afrika nicht erst seit der Intervention in Shaba nach. Bereits in den 60er Jahren hatten französische Truppen damit begonnen, den Befreiungskampf im Tschad niederzuschlagen. Heute stehen dort 5 000 Soldaten; in den letzten zwei Jahren wurde für 15 Mio englische Pfund Militärausrüstungen geliefert, d. h. 40% der französischen Militärhilfe erhielt das Militärregime des Tschad. Zudem wird die Geheimpolizei des Landes von dem französischen Major Gourvenec geleitet. Die folgenden Beiträge erhellen Ausmaß, Hintergründe und Ursachen des französischen Interventionismus im Tschad und seiner afrikanischen Militärpräsenz. Sie bestätigen vollauf die vom tansanischen Präsidenten J. Nyerere gegen Frankreich und die Westmächte gerichteten Anschuldigungen (siehe Nyerere-Rede in diesem Heft).

A. Fall **Weshalb die Tschad-Intervention?**



Fallschirmjäger der Fremdenlegion in Shaba, Maschinengewehrfeuer von Jaguar-Kampfflugzeugen auf die Guerilleros der POLISARIO, auf den Komoren mit Hilfe von Söldnern und Agenten ein Staatsstreich angezettelt: Der französische Imperialismus kehrt zur alten Kanonenbootpolitik zurück. Er tritt ganz offen als Gendarm des Westens auf, um diesem die Verfügung über die märchenhaften Reichtümer an Rohstoffen, die der schwarze Kontinent bietet, zu sichern und weltpolitisch wichtige strategische Positionen zu erhalten. Gleichzeitig überlassen die neokolonialen Regimes ihre Produkte und die Arbeitskraft ihrer Bevölkerung der ungeteilten Verfügungsgewalt der multinationalen Konzerne. Die Opfer sind offensichtlich die Völker.

Unter diesen beiden Gesichtspunkten, bewaffnete Intervention der ehemaligen Metropole und ökonomische Knechtung, ist der Tschad in trauriger Weise exemplarisch.

In einigen Tagen wird das Volk des Tschad den 12. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes gegen das von Frankreich eingesetzte neokoloniale Regime begehen. Tatsächlich wurde am 22. Juni 1966 in Nyala im Sudan die Nationale Front für die Befreiung des Tschad (FROLINAT)

gegründet.

Ein paar Wochen später – auf seine Weise wird Frankreich einen anderen Jahrestag feiern: den seiner militärischen Einmischung im Tschad – sollte durch die streng geheimgehaltene Entsendung von mehreren Kompanien von Fallschirmjägern (am 28. August 1968) die von den Leuten der FROLINAT gehaltenen Stellungen Aouzou und Bardai befreit werden.

Ein Jahrzehnt Interventionismus, dessen Ergebnis man – wären nicht die unzähligen von der französischen Armee begangenen Massaker – als recht dürrig bezeichnen möchte: Über zwei Drittel des Territoriums befinden sich unter der Kontrolle der FROLINAT, 2000 Soldaten, die Hälfte der Armee des Tschad, sind gefangen genommen, die Regierung hat sich nach N'Djamena zurückgezogen und der Verwaltungsapparat ist in Auflösung berufen.

Ein Jahrzehnt Interventionismus, das jedoch deutlich macht, daß für die französische Regierung mehr auf dem Spiel steht als die Erhaltung eines „Stücks Wüste“, wie ein eben so unsinniger wie langlebiger Mythos behauptet.

Das Schicksal des Tschad ist paradox: Ein Land, das riesige

Tschad-Daten

Territorium und Bevölkerung: 1,3 Mio qkm (fünffache Größe der BRD); knapp 4 Mio Einwohner. Im Norden leben nur 10 % der Bevölkerung – meist nomadisierende, arabisch geprägte Bevölkerungsgruppen, im Süden des Landes dagegen seßhafte Kleinbauern. Unter ihnen nehmen die christlichen Sara eine besondere Stellung ein. Bereits von der Kolonialmacht Frankreich nach dem Prinzip „teile und herrsche“ bevorzugt, bauten sie ihre wirtschaftliche und politische Position aus und stellen heute den größten Teil der kapitalkräftigen Groß- und Pachtbauern und dominieren eindeutig in Staat und Verwaltung.

90 % der Bevölkerung leben auf dem Land; das Bevölkerungswachstum beträgt 2 %.

Religion: 50 % Islam, 40 % Naturreligionen, 10 % Christen.

Sprache: Französisch (Amtssprache), verschiedene Dialekte.

Wirtschaft: Der T. ist ein schwachentwickeltes Agrarland. Über 80 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, die hauptsächlich für den Eigenbedarf produziert. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt liegt bei 80 %, der der Industrie nur 10 %. Bodenschätze wie Wolfram, Zinn und Eisen sind zwar vorhanden, jedoch nicht in abbaubaren Mengen. Die Industrie-

betriebe sind weitgehend auf die Verarbeitung von Agrarprodukten beschränkt. Hauptausfuhrgegenstände sind Baumwolle (75 % des Exportes) und Rindfleisch. Im Außenhandel ist Frankreich vorherrschend: 70 % der Ausfuhr gehen nach Frankreich, 40 % der Einfuhren kommen von dort.

Soziale Lage: Der T. gehört mit den übrigen Ländern der Sahelzone zu den ärmsten Ländern der Erde. Das Prokopfeinkommen liegt knapp über 200 DM pro Jahr (Tunesien 1300). Aufgrund der praktisch nicht vorhandenen Gesundheitsversorgung – auf 43 000 Menschen kommt ein Arzt – beträgt die Lebenserwartung nur 30 Jahre. Die Analphabetenquote liegt bei 94 %.

Geschichte:

1899 Festlegung der Grenzen des Tschad nach einem französisch-britisches Abkommen und Eingliederung des Landes in ein französisches Militärbündnis

1915 Einsetzung einer französischen Zivilverwaltung

1946 Tschad wird Teil der französischen Republik

1960 Völkerrechtliche Unabhängigkeit des Tschad

1975 Ermordung des Präsidenten Tombalbaye, Machtübernahme durch die Streitkräfte

Mengen verschiedenartiger Bodenschätze birgt nichtsdestoweniger aber – mit einem Prokopfeinkommen von weniger als 100 Dollar jährlich – zu den ärmsten Staaten der Welt gehört. Sein Territorium – vollständig von anderen Ländern umschlossen und mehr als tausend Kilometer von den Küsten entfernt – erstreckt sich über eine Fläche von 1,3 Mio qkm zwischen Libyen im Norden, dem Zentralafrikanischen Kaiserreich im Süden, Kamerun im Südwesten, Niger und Nigeria im Westen und dem Sudan im Osten. Das Klima im Süden des Landes erlaubt verschiedene Formen des Ackerbaus: Hirse, Sorgho (Hirseart), Baumwolle usw. Aufgrund dessen weist der Süden eine starke Konzentration der – meist animistischen¹ oder christlichen Glaubens – Bevölkerung auf, die hauptsächlich mit dem Anbau von Baumwolle und Nahrungsmitteln beschäftigt ist. In nördlicher Richtung wird das Klima mit 200–300 mm Niederschlag im Jahr zunehmend sahelisch² und weicht im äußersten Norden einem Saharaklima mit weniger als 200 mm jährlich. Die Flora – bestehend aus Steppen mit grasartiger Vegetation und ausgedehnten Wüstengebieten – eignet sich allenfalls zur Viehzucht. In diesem nördlichen Landesteil leben hauptsächlich arabisierte Nomaden und Halbnomaden.

Ein systematisch ausgebeutetes Land

Die kolonialistische Ausbeutung hat aus dieser Situation für sich das Beste gemacht, indem sie sich zunächst auf den Baumwollanbau im Süden beschränkte. Bis heute blieb kein Bereich der Wirtschaft des Tschad von der Macht der ausländischen Gesellschaften verschont. Der 1970 vom ehemaligen Präsidenten Tombalbaye aufgestellte und immer noch gültige Investitionskodex sowie die sogenannte Politik des „gelenkten Liberalismus“ des Obersten Militärrates stecken den „gesetzlichen Rahmen“ ab, innerhalb dessen die Plünderung des Landes vor sich geht. Aufgrund dieser Situation, der auf der anderen Seite der wirtschaftliche Tiefstand des Landes gegenübersteht (chronisches Defizit des Außenhandels und der Zahlungsbilanz, schwindelerregende Inflation, Verschuldung in Höhe von 50 Mrd Francs C.F.A.³), sind die Gewinne der ausländischen Gesellschaften im Laufe der letzten Jahre ständig gestiegen. Nimmt man alle Wirtschaftszweige zusammen, so ist der Umsatz aller im Tschad vertretenen ausländischen Gesellschaften von 19,5 Mrd Francs C.F.A. 1973 auf 22,5 Mrd Francs 1974 und schließlich auf 60 Mrd Francs 1975 gestiegen. Diese wilde Jagd nach Profit tut sich kaum schwer mit unnötigen Überlegungen:

Die französische Gesellschaft Prodel, die auf dem Gebiet des Fleischexports eine Monopolstellung innehat, steigerte diesen von 11460 t 1971 auf 642735 t 1974, auf der anderen Seite starben Hunderte von Menschen an Hunger. . .

Die anderen Industriezweige entgehen ebensowenig der Vereinnahmung durch das Ausland, insbesondere durch die multinationalen Gesellschaften. Das Export-Import-Geschäft teilen sich zwei ausländische Dachgesellschaften, die von der Banque marseillaise de crédit kontrollierte Compagnie française pour l'Afrique de l'Ouest (C.F.A.O.)⁴ und die Société commerciale de l'Ouest africain (S.C.O.A.)⁵ sowie die Nouvelle Société commerciale de Kouilou-Niari (N.S.K.N.), die faktisch eine Tochtergesellschaft von Unilever ist. Die Brauereien von Logone werden von der S.C.O.A. und Heineken gemeinsam kontrolliert. Die kleine mechanische Industrie ist zur Pfründe der C.F.A.O. von Peugeot und Optorg geworden. Das multinationale Unternehmen Bastos kontrolliert die Zigarettenindustrie des Tschad.

Was die Erzeugung elektrischer Energie und die Wasserversorgung anbelangt, so unterstehen sie, vermittelt über die Tschadische Gesellschaft für elektrische Energie, dem französischen Staat.

Ein anderer Bereich, der völlig vom Ausland beherrscht wird, ist das Bank- und Finanzwesen; hier findet man unter

Decknamen den Crédit lyonnais, die B. I. A. O. (Banque internationale pour l'Afrique occidentale), die Banque nationale de Paris (B. N. P.) usw. Aber das immer lebhaftere Interesse, das die westlichen Länder, und allen voran Frankreich für den Tschad bekunden, hat sehr wohl etwas mit den märchenhaften unterirdischen Schätzen des Landes zu tun. Obwohl die Öffentlichkeit erst vor kurzem von den betreffenden Entdeckungen erfuhr, wußte man seit 1970 – und vermutlich wußten die maßgeblichen Kreise in Frankreich es schon 1968, als de Gaulle die Entsendung von Fallschirmjägern in den Tschad beschloß, – daß es in diesem Land Erdöl in abbauwürdigen Mengen gab. Es war ihnen bekannt, daß große Vorkommen in Kanem, im Grenzgebiet zu Nigeria und im westlichen Logone vermutet wurden. Über die Vorkommen in Aouzou, dem tschadischen Gebietsstreifen, der seit 1973 von Libyen besetzt ist, hatte man erst sehr viel später

Frankreichs Afrikapräsenz



Als „Gendarm des Westens in Afrika“ wurde Frankreich von der internationalen Presse zwar erst nach der massiven Intervention der französischen Armee in Zaire bezeichnet, die Berechtigung für eine solche Charakterisierung läßt sich jedoch unschwer auch aus dem französischen Engagement in anderen afrikanischen Ländern ableiten:

- Bereits kurz nach seinem Amtsantritt 1974 begann Giscard d'Estaing mit dem Aufbau einer mit leichten Waffen ausgerüsteten Truppe von 20 000 Mann, die speziell für den Einsatz in Afrika gedacht ist und innerhalb von acht Stunden an jedem beliebigen Ort des afrikanischen Kontinents verfügbar ist.

- Frankreich unterhält mit 22 afrikanischen Staaten militärische Pakte; mit Djibouti, Gabun, dem Senegal und der Elfenbeinküste bestehen Verteidigungsabkommen.

- In Afrika stehen zur Zeit – nach verschiedenen Schätzungen – 10 000 bis 15 000 Soldaten und Militärberater, die sich in der Hauptsache auf folgende Länder verteilen:

- **Mauretanien:** 100 Soldaten, hauptsächlich Piloten. Sie fliegen von mauretanischen Stützpunkten aus Angriffe gegen die Frente POLISARIO in der Westshara.

- **Senegal:** Von der Basis Cap-Vert bei Dakar greifen die französischen Jaguar-Kampfflugzeuge die POLISARIO an. Zudem sind hier 1200 Soldaten stationiert.

- **Elfenbeinküste:** 550 Soldaten und Berater bilden das Rückgrat der Armee des kleinen Landes.

- **Gabun:** Hier sind ebenfalls etwa 550 Mann französischen Militärpersonals tätig.

- **Zaire:** 700 Fremdenlegionäre sind nach wie vor im Land.

- **Djibouti:** In diesem (wegen der vor der Küste verlaufenden Tankerroute) strategisch bedeutsamen Land stehen 4500 Soldaten, zumeist Mannschaften der Luftwaffe und Marine.

- **Tschad:** Die dortigen Truppen wurden nach den letzten heftigen Kämpfen gegen die FROLINAT von 1400 auf nahezu 5000 Mann verstärkt.

Hinzu kommt noch die militärische Präsenz Frankreichs im Libanon durch die 1200 Soldaten der UN-Truppen sowie etwa 27 Kriegsschiffe mit 4000 Marinesoldaten im Indischen Ozean (Stützpunkte: Reunion und die Mayotte-Inseln).

FROLINAT



Die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung des Tschad in den 60er Jahren, bei der es zu wiederholten Schikanen durch Steuerentreiber kam, zur zwangsweisen Selbsthaftmachung der Nomaden und zum Verbot jeglicher Opposition, lösten erste Unruhen aus. Aufgrund der starken Heterogenität der Stämme kam es allerdings lange Zeit zu keinen gemeinsamen Aktionen. Die 1966 gegründete FROLINAT (Nationale Befreiungsfront des Tschad), die sich zunächst vorwiegend aus dem Stamm der Tubu rekrutierte, versuchte die lokalen Revolten zusammenzufassen und die Aufständischen zu organisieren. Obwohl sie in ihrem Programm allgemeine politische Ziele formulierte, wie die Erzwingung des Abzugs der französischen Truppen, die Beseitigung des wirtschaftlichen Monopols Frankreichs, die Abschaffung aller willkürlichen Abgaben und die Durchführung einer Agrarreform, blieb die FROLINAT in erster Linie eine militärische Organisation.

1968, als die FROLINAT 2/3 des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hatte, intervenierte im Rahmen eines Kooperationsvertrages die französische Armee zur Rettung des Tombalbaye-Regimes. Sie drängte die FROLINAT systematisch zurück. Spektakuläres Aufsehen erregte die FROLINAT durch einige Entführungsfälle wie den Fall der französischen Archäologin Françoise Claustre und des westdeutschen Arztes Christoph Staewen im Jahre 1974. Nach Zahlung eines Lösegeldes von 4 Mio Francs und weiteren 6 Mio Francs für nichtmilitärische Ausrüstungsgüter und dem – wenn auch nur kurzzeitigen – Abzug der französischen Truppen kamen die Geiseln aber erst durch libysche Vermittlung 1977 frei.

Anfang 1978 schlossen die FROLINAT und die Regierung Maloum ein Waffenstillstandsabkommen. Weiterhin sah das Abkommen Verhandlungen über die baldige Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und eine Amnestie der politischen Gefangenen vor. Innerhalb der FROLINAT ist dieses Abkommen jedoch sehr umstritten, daher spalteten sich Teile ab, die einen vollständigen militärischen Sieg über das Regime des Tschad anstreben. Gegen diese Teile führen französische Truppen, die Anfang Juni nach westlichen Quellen in einer Kesselschlacht fast 1000 FROLINAT-Kämpfer getötet haben sollen, einen Vernichtungsfeldzug.

Gewißheit. Außer diesen bekannten und in ihrer Größenordnung geschätzten Vorkommen, deren Ausbeutung durch die Continental Oil Company (Conoco) aber immer wieder verschoben worden war, weil man auf eine „Beruhigung der Lage“ hoffte, scheinen zahlreiche weitere Ölfelder lokalisiert worden zu sein, wie das von Krim Krim, das allein so viel „schwarzes Gold“ liefern könnten, wie alle Bohrlöcher von Gabun zusammen. Desgleichen fand man im Tibesti „ermutigende Hinweise“ auf Zinn, Wolfram und Uran und das Gebiet Mayo-Kebbi im äußersten Südwesten des Landes soll Kupfer, Kobalt, Nickel und selbst Platin bergen.

Das sind gewiß genug Reichtümer, die einem Land, dem es an Erdöl und Rohstoffen mangelt, zu denken geben können. Aber diese Erwägungen sind nicht der einzige Grund für das französische Abenteuer im Tschad. Die Regierungskreise in Paris waren, getreu der Domino-Theorie, darum bemüht, daß das Beispiel des Tschad nicht „Schule machte“. Die Situation im Tschad stellt in den Augen des Elysée in der Tat zweierlei Gefahren dar: Einerseits kann dieses Land, das den Zugang zu Zentralafrika eröffnet, zu einem „Brückenkopf des arabischen Imperialismus“ werden, wenn es in die Hände der FROLINAT „fällt“, und in diesem Falle die In-

teressen Frankreichs in dieser Region bedrohen; andererseits sähe sich Frankreich, wenn es den Tschad „verlöre“, um ein wesentliches Glied im Gefüge seiner „Saharapolitik“ gebracht, die, von Marokko bis zum Niger und von Mauretanien bis zur Westsahara nichts anderes im Schilde führt, als aus diesem Gebiet eine französische Einflußzone zu machen. Der zynische und barbarische Interventionismus der französischen Armee im Tschad hat, wenn es ihm bislang auch gelungen ist, den Regierungsantritt einer Volksregierung zu verzögern, dennoch, nach den Gesetzen der Dialektik, dazu beigetragen, den Keim seiner eigenen Zerstörung entstehen zu lassen. Die Übergriffe, die an der Zivilbevölkerung begangen wurden, die Massenexekutionen, die Folterungen, die seit über 10 Jahren von den französischen Legionären im Tschad verübt werden, unter denen sich auch jene des 2. R.E.P.,⁶ die sich erst kürzlich in Shaba „auszeichneten“ befinden, haben nur dazu geführt, die FROLINAT zu stärken und die Situation der Regierung in N'Djamena, der Hauptstadt des Tschads, die sich über die „nationale Versöhnung“ ausläßt und sich auf ausländische Bajonette stützt, ins Wanken zu bringen.

(Quelle: L'Economiste du tiers monde, Paris, Nr. 25/10.6.78)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Animismus: Naturreligion, welche die Belebtheit der natürlichen Umgebung annimmt.
- 2) Sahel: Ausgedehnter Halbwüstenstreifen am Südrand der Sahara, der sich über mehrere Länder vom Atlantik ostwärts erstreckt.
- 3) C. F. A. (Communauté Financière Africaine): Französische Währungszone der ehemals französischen Kolonien.
- 4) Die C. F. A. O. ist eine Dachgesellschaft der Banque marseillaise de crédit.
- 5) Die S. C. O. A. wird von der Banque de Paris et des Pays-Bas, der Société de Banque suisse, der Crédit commercial de France und der Crédit industriel et commercial kontrolliert.
- 6) 2. R. E. P.: 2. Fallschirmjäger-Regiment

Das steht unter anderem in den neuen roten blättern:

● **Streit um die HRG-Novellierung: Die Meinung der Jusos und die Antwort des Spartakus**

● **Afrika – ein neues Vietnam?**

● **Rüstungstechnik für Südafrika!**

● **Diskussion um den DKP-Programmewurf mit zwei Beiträgen von Wolfgang Abendroth und Thomas Metscher**

● **Esther Biondi über die Lage in Italien**

● **Opinion leaders der Reaktion: Fürst Lobkowicz**

● **Sommeraktionen der Studenten: Mit Phantasie und Wirkung**

● **Erika Runge zum Festival der Jugend: Diskussionen über das Glück**

● **Ulrich Maske: Praller Rock**

● **Gegen die Demagogie von der nationalen Einheit**

Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen. Am billigsten im Abonnement: ein Jahr für 14,80 DM (einschließlich Porto). Bestellungen an die Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 4600 Dortmund.



Annie Friese

Bremer Konferenz: Sozialistische Perspektive des Mittelmeerraumes

Vom 3.–6. Juni 1978 fand in der Universität Bremen eine internationale Konferenz statt, die sich mit sozialistischen Entwicklungsperspektiven im Mittelmeerraum und ihren internationalen Implikationen befaßte. Das Ständige Sekretariat der fortschrittlichen sozialistischen Organisationen und Parteien des Mittelmeerraums (Generalsekretär A. Shahati, Sitz Tripoli) und das Bonner Deutsch-Afrikanisch-Arabisches Büro (DAAB) hatten sich mit der Universität Bremen und dem Überseemuseum zusammengetan, um dieses Projekt zu realisieren.

Aus rund 25 Ländern hatten sich Teilnehmer der unterschiedlichsten politischen Strömungen eingefunden, darunter Regierungsvertreter der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksrepublik, Vertreter der Malta Labour Party, der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Entwicklungspolitischen Ausschusses des Bundestages, Uwe Holtz, Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der westsaharaischen Befreiungsbewegung Frente Polisario, des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), anti-imperialistische Kräfte aus den arabischen Mittelmeerländern, sozialistische Kräfte aus den europäischen Mittelmeerstaaten sowie Vertreter einiger kommunistischer Parteien (FKP, IKP, DKP). Daneben waren eine ganze Reihe von Professoren und Fachleuten aus der Bundesrepublik vertreten sowie ein Beamter der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Orientierungspunkte Palästina und Zypern

Ein breites Spektrum also, das kontroverse Diskussionen erwarten ließ. Hinzu kam eine ebenso große Palette an Problemkreisen, die eine Konferenz mit dieser Thematik erst einmal in den Griff bekommen mußte, wie z. B. die großen Krisenherde von weltpolitischem Ausmaß im östlichen Mittelmeer: die Palästinafrage und den Zypernkonflikt. Ferner standen im Mittelpunkt der Diskussion die Bedrohung des Friedens durch die Intervention der imperialistischen Staaten in Afrika, insbesondere in Zaire, der Westsahara und dem Tschad, die Mittelmeerstrategie der NATO, die geplante Süderweiterung der EG, verbunden mit der Frage der möglichen Alternativen der fortschrittlichen Kräfte des Mittelmeerraumes sowie die zugespitzten sozialen Auseinandersetzungen in Italien und Frankreich.

Versucht man in der Fülle der verschiedensten Beiträge und in der komplexen Problemlage den roten Faden der Konferenz und ihre politische Stoßrichtung herauszuarbeiten, so ergibt sich folgendes:

Die NATO und die EG verfolgen, eingebunden in die globalen Interessen des Imperialismus, eine komplexe militärische, politische und wirtschaftliche Strategie der neokolonialen Durchdringung und Beherrschung des gesamten Mittelmeerraumes. Dem sollen fortschrittliche Kräfte der Mittelmeerländer ein Gegengewicht entgegensetzen, indem sie ihrerseits zunächst politisch zusammenarbeiten, um nach und nach in einen umfassenden Integrationsprozeß einzutreten, an dessen Ende die Mittelmeerregion als eigenständiges Kräftezentrum, frei von imperialistischer Dominanz, stehen soll. Wenn man so will, eine Art „Dritter Weg-Konzeption“, allerdings unter eindeutig antiimperialistischen Vorzeichen, in der die Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager enthalten ist.



Einen Anfang in diesen Bemühungen stellte die Gründung des Ständigen Sekretariats der Fortschrittlichen Sozialistischen Organisationen und Parteien dar, das im November 1976 in Barcelona ins Leben gerufen wurde. Auf einer zweiten Konferenz in Malta im Juni 1977 formulierte man in der „Erklärung von Malta“ ihre politischen Prinzipien und Kampfziele; darunter das „Recht auf nationale Unabhängigkeit“, das Bekenntnis zum nationalen Befreiungskampf gegen „Kolonialismus und Neokolonialismus“, das Ziel der Schaffung „einer aktiven vereinigten Front im Kampf gegen den Weltimperialismus, Zionismus, Faschismus und reaktionäre Verschwörungen“, sowie die Versicherung der Unterstützung „aller unterdrückten Völker der Welt, die für nationale Befreiung und den Sieg des Sozialismus kämpfen.“ Schließlich hob die Malta-Konferenz besonders ihre volle Unterstützung für das palästinensische, libanesische, zypriotische, maltesische und westsaharaische Volk hervor.¹

Harter Kern und gleichzeitig treibende Kraft in diesem anti-imperialistisch-sozialistisch orientierten Bemühen sind ganz offensichtlich Libyen gemeinsam mit der Labour Party Maltas und die Sozialisten der griechischen Panhellenistischen Sozialistischen Bewegung (PASOK), sowie m. E. zyprische, italienische und spanische Sozialisten.

Zweifellos steht diese Bewegung erst am Anfang, sowohl was die konzeptionelle Ausgereiftheit als auch praktische politische Schritte angeht. Wie immer man die Aussichten dieser Politik im einzelnen auch beurteilt, der Ausgangspunkt, die Absichten, verdienen Sympathie, vor allem wenn es gelingt, die Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte des Mittelmeerraumes einzubinden in den weltweiten Kampf der antiimperialistischen Kräfte. Am deutlichsten sprach sich dafür in Bremen der zypriotische Sozialist und Präsident der Demokratischen Einheitsunion des Zentrums (EDEK), Vassos Lyssarides, aus. „Es ist unsere Aufgabe, unsere kämpfenden Massen in die korrekte Richtung zu führen; klarzumachen, wer der Feind und wer Verbündeter ist. Es geht darum, die erforderliche Allianz zwischen der sozialistischen Welt, der progressiven Strömung innerhalb der Entwicklungsländer und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder zu konsolidieren.“²

Anmerkungen:

- 1) The Malta Conference Recommendations and Decisions 20.–25. 6. 1977, hrsg. vom Ständigen Sekretariat der Fortschrittlichen Sozialistischen Organisationen des Mittelmeerraums, Tripolis, S. 3–5
- 2) V. Lyssarides, Socialist Development Perspectives in the Mediterranean and their Internationale Implications, Bremen, Juni 1978, S. 12

Dieter Boris/Dietrich Busch/Rainer Falk

Dritte Welt-Expansion der BRD (2. Teil)



VI. Die Reaktion der BRD auf Weltwirtschaftskrise und Neue Weltwirtschaftsordnung

Deutlicher als jemals zuvor offenbarten die Begleitumstände der kapitalistischen Energiekrise seit 1973 und die dadurch forcierte (nicht verursachte) Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft die Grenzen einer sozialreformistischen Integrationsstrategie.

Auf der einen Seite entstanden mit der Formulierung der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (Nationalisierungsrecht, gleichberechtigter Handel, Rohstoffpreisstabilisierung u.a.) veränderte politische Rahmenbedingungen neokolonialistischer Politik. Die völkerrechtliche Verankerung ökonomischer Souveränitätsrechte in der UN-Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten (Ökonomische Charta; Wortlaut in AIB 4/1975) drohte aus westlicher Sicht zu einem Instrument der Einschränkung des Bewegungsspielraums der multinationalen Konzerne zu werden. Damit waren gerade diejenigen Spielregeln der kapitalistischen Weltwirtschaft in Frage gestellt, die bislang stets zugunsten der kapitalistischen Industrieländer ausgeschlagen hatten.

Auf der anderen Seite verengte sich mit der 1974 einsetzenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise (siehe 3. Teil in AIB 10/1978), der tiefgreifendsten Krise seit den 30er Jahren, der wirtschaftspolitische Manövrierspielraum des westlichen Lagers; damit auch die Möglichkeiten zu Zugeständnissen an die Forderungen der Dritten Welt.

Die negativen Auswirkungen dieser Krise auf die Entwicklungsländer brachten die Zielsetzungen der UN-Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade (1970 - 1980) zu Fall. Sie illustrierten die Folgewirkungen des überkommenen Abhängigkeitsstatus der Entwicklungsländer und damit die Notwendigkeit grundlegender Umgestaltungen der gegebenen Weltwirtschaftsbeziehungen. Rückläufige Exporteinnahmen (infolge von Markteinbußen in den kapitalistischen Industrieländern) und erhöhte Importpreise (infolge der inflationären Entwicklung der Industriewaren- und insbesondere der Investitionsgüterpreise) verschärfen die Zahlungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer und zwangen zu einer erneuten Rekorderneuerung von Auslandsschulden (siehe Tabelle).

Die insgesamt - mit Ausnahme der OPEC-Länder - erfolgte Schwächung der Entwicklungsländer im System der kapitalistischen Weltwirtschaft setzt den Realisierungschancen der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) freilich

objektive Grenzen. Gerade die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die Entwicklungsländer verdeutlichen, daß es oberstes Anliegen jeder wirklichen Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen sein muß, die einseitige Kettung des Wachstums der Entwicklungsländer an die Konjunkturschwankungen in den kapitalistischen Metropolen zu durchbrechen.

Differenzierung der Entwicklungsländer

Die westlichen Hauptländer, darunter die Bundesrepublik, mußten bei ihrer Reaktion auf das sich in den NIWO-Forderungen manifestierende Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer neue Antworten suchen. Ohne auf die Widersprüchlichkeiten zwischen den verschiedenen Entwicklungsländergruppierungen im Einzelnen eingehen zu können, soll an dieser Stelle festgehalten werden, daß der politische und sozial-ökonomische Kompromißcharakter der Neuen Weltwirtschaftsordnung (die sozusagen der bei den gegebenen Entwicklungstendenzen und Kräfteverhältnissen innerhalb der Dritten Welt kleinste gemeinsame Nenner ist) sehr voneinander abweichende Interpretationen und folglich unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten in der Zukunft offenläßt.¹

So verbinden sich mit der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung unterschiedliche Grundauffassungen, die

Lage der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft (ohne OPEC-Staaten)

	1970	1973	1974	1976
Anteil am kapitalistischen Weltimport in %	15,0	—	15,4	14,2
Anteil am Weltexport in %	12,4	—	11,3	11,1
Terms of Trade 1970 = 100	100	96	95	89
Saldo der Handelsbilanz in Mio Dollar	—	—	-33264	-31699
Auslandsverschuldung (inkl. OPEC) in Mio Dollar	71389	116794	147744	212200

Quellen: IPW-Berichte, Nr. 4/1978; Deutsche Außenpolitik, Nr. 3/1978, Le Monde Diplomatique, Paris, Juni 1978

nach dem Charakter des jeweiligen Regimes differieren. Sozialistische und sozialistisch orientierte Länder der Dritten Welt verbinden damit die begründete Aussicht, weltwirtschaftliche Positionsverbesserungen für den internen Entwicklungsprozeß zu nutzen. Ihr Hauptanliegen besteht darin, solche institutionellen Veränderungen des internationalen Weltwirtschaftssystems durchzusetzen, die eine Reduzierung der Abhängigkeit von den entwickelten kapitalistischen Staaten begünstigen. Hier geht es etwa darum, Enteignungs- und Kontrollmaßnahmen gegenüber internationalen Konzernen völkerrechtlich abzusichern.

Demgegenüber geht es reaktionären Stellvertreterregimes vom Schlege Brasiliens oder des Iran vor allem um die Verbesserung ihrer Konkurrenzpositionen ohne an den Grundfesten der kapitalistischen Eigentumsstrukturen zu rühren. Oder es geht ihnen um die Erschließung neuer Mittel zur Militarisierung ihrer Staatsapparate. Wiederum unterschiedlich ist das Interesse von Ländern wie Malaysia, Singapur oder Südkorea gelagert, die im Rahmen einer exportorientierten Industrialisierungsstrategie unter der Ägide der multinationalen Konzerne den Anschluß an die kapitalistische Entwicklung erhoffen.

Eine gewisse Patt-Situation

So setzte auch die Bundesregierung bei ihrer Auseinandersetzung mit der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung vor allem auf die zwischen Vertretern der Dritten Welt vorhandenen Widersprüche, um die Verwirklichung der weitestgehenden Forderungen – etwa die völkerrechtliche Absicherung von Enteignungsmaßnahmen, die an die materielle Basis des bestehenden Weltwirtschaftssystems heranführen kann – so gut wie möglich abzublocken. Vordergründig spiegelte sich das in den Debatten wieder, ob Konfrontation oder Kooperation die adäquate Reaktion auf die Forderungen und Aktionen der Dritten Welt sei.

Geht man nach dem Votum eines hohen Beamten im Auswärtigen Amt, so ist diese Frage zugunsten einer Kombination von selektiver Konzessionsbereitschaft und prinzipieller Härte entschieden worden: „Als Preis für Mäßigung und Rationalität der Dritten Welt wird der Westen seine Bereitschaft zu wesentlichen Konzessionen anbieten müssen. . . Eine gewisse Umverteilung (ökonomischer Ressourcen, d. Verf.) wird sich jedoch nicht vermeiden lassen. Die Industrieländer können nur anstreben, sie in Grenzen zu halten. . . Kooperations- und Konzessionsbereitschaft allein werden nicht genügen, um eine Einigung zu erreichen. Sie müssen vielmehr begleitet und unterstützt sein von der glaubhaften Bereitschaft auch zur Konfrontation, das heißt, dem festen Willen, übertriebenen Forderungen entschlossen entgegenzutreten.“²

Dementsprechend handelte die Bundesregierung – in mehr oder weniger gelungener Absprache mit den westlichen Verbündeten – auf allen internationalen Konferenzen in der Folgezeit. Schon auf der XXIX. UN-Vollversammlung hatte die Bundesregierung gegen die Ökonomische Charta gestimmt und gegen die Deklaration wie das Aktionsprogramm über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zahlreiche Vorbehalte geltend gemacht. Durch ihre Frontstellung brachte sie selbst das vergleichsweise „gemäßigte“ Integrierte Rohstoffprogramm der IV. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) beinahe zum Scheitern.

In Konkretisierung ihrer Verhandlungstaktik hat die Bundesregierung dann vor allem im Zusammenhang mit dem Pariser „Nord-Süd“-Dialog ein Konzept entworfen, daß Zugeständnisse in einigen Fragen (Ressourcentransfers, weitere Handelsliberalisierungen für Importe aus Entwicklungsländern, Abschluß von „marktgerecht ausgestalteten“ Rohstoffabkommen) vom Wohlverhalten der Entwicklungsländer gegen-

über dem Auslandskapital abhängig macht. Insbesondere Sicherheitsgarantien für ausländische Direktinvestitionen – etwa in Form eines international verbindlichen Kodex zum Schutz vor Enteignungen – sollen die in der Ökonomischen Charta bereits erreichten Positionen wieder rückgängig machen.

Mit dieser Verhandlungstaktik haben die kapitalistischen Industrieländer zumindest eine gewisse Patt-Situation im Kampf um die Verwirklichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung erreichen können. So schätzt die Bundesregierung in ihrem Dritten Bericht zur Entwicklungspolitik vom November 1977 ein, daß die Entwicklungsländer bislang „ihre Vorstellungen für eine weitergehende Umgestaltung der Weltwirtschaft nicht verwirklichen“ konnten, während es andererseits den westlichen Industrieländern nicht gelang, „ihre wesentlichen Forderungen (Sicherung der Auslandsinvestitionen, Versorgungssicherheit bei Energie- und Rohstoffen, Energiekonsultationen) durchzusetzen.“³

Die Prioritätensetzung zugunsten der Interessen der multinationalen Konzerne auf dem Weltmarkt signalisierte zugleich eine erneute Modifizierung der entwicklungspolitischen Konzeption, die ebenso als Reaktion auf die Energiekrise und die NIWO-Forderungen verstanden werden muß.

Seit 1973/74 hat die westdeutsche Entwicklungspolitik neue Akzente erhalten, die sich nicht zuletzt in dem Wechsel der Entwicklungsminister (von Eppler zu Bahr/Schlei/Offergeld) widerspiegeln. Sicherlich trifft es zu, daß seither in größerem Umfang von den „berechtigten Eigeninteressen“⁴ der BRD bei der Entwicklungspolitik und ihrer stärkeren Einordnung in die Außen- und Außenwirtschaftspolitik die Rede war. Der CDU-Opposition erschien dieser neue Trend als Ansatz zur „Versachlichung“. Freilich darf nicht übersehen werden, daß auch die Epplersche Konzeption von den wohlverstandenen (langfristigen) Eigeninteressen der BRD-Ökonomie ausging. (siehe 1. Teil in AIB 7-8/1978). Sie war jedoch immer weniger mit den aktuellen Herausforderungen der stark exportorientierten und rohstoffabhängigen westdeutschen Wirtschaft in Einklang zu bringen.



Bonner Entwicklungshilfeminister Schlei (l.) und Offergeld

Die Beschränkung finanzieller Ressourcen und die politischen Vorstöße der Länder der Dritten Welt schufen eine neue Situation, die die Diskrepanz zwischen verbalen Deklarationen und tatsächlicher Orientierung der westdeutschen Entwicklungspolitik deutlicher hervortreten ließ. Wo manche wohlmeinenden Entwicklungstheoretiker „Konzeptionslosigkeit“ argwöhnen, liegt in Wahrheit das objektive Dilemma vor, die Kapitalinteressen wirtschaftlich noch eindeutiger vertreten und dies gleichzeitig als beste Entwicklungspolitik im Sinne der betroffenen Länder der Dritten Welt ausgeben zu müssen.

Eine Neubewertung scheinen vor allem die privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern erfahren zu haben. Zwar wird auch heute noch feierlich versichert, man wolle keineswegs den Entwicklungsländern ein bestimmtes Gesellschaftsmodell aufdrängen.⁵ Gleichzeitig werden jedoch die Bemühungen intensiviert, „die Entwicklungsländer auch in deren eigenem Interesse davon zu überzeugen, wie wichtig

ein gutes Investitionsklima für den privaten Kapitaltransfer ist . . .

Private Direktinvestitionen bleiben ein besonders wirksamer Weg, technische Kenntnisse in partnerschaftlichem Geist zu vermitteln und die Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft einzubeziehen“.⁶

Gegenüber dieser apologetischen Wendung waren die Einschätzungen der Privatinvestitionen in der Eppler-Ära vergleichsweise vorsichtiger. Wo früher von **möglichen** positiven entwicklungspolitischen Wirkungen unter bestimmten Bedingungen die Rede war,⁷ werden nun wieder – keineswegs weniger plump als zu den besten Zeiten Ludwig Erhards – ausländische Privatinvestitionen als ökonomische Wunderwaffe im Kampf gegen die Unterentwicklung vorgestellt. Die ideologische Brüchigkeit und Doppelzüngigkeit zeigt sich weiter insbesondere in dem letzten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Dort wird einerseits nahegelegt, daß sich die Privatinvestitionen in Entwicklungsländern quasi unter den Bedingungen des liberalen Nachwächterstaats vollziehen, auf der anderen Seite jedoch die Wirksamkeit des staatsmonopolistischen Förderungsinstrumentariums von Privatinvestitionen als besonderes Verdienst der Bundesregierung herausgestrichen. „Die meisten Entwicklungsländer erkennen an, daß private Direktinvestitionen einen wichtigen Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung darstellen. Sie überschätzen allerdings oft die Möglichkeit westlicher Regierungen, auf die Investitionsentscheidungen ihrer Unternehmer Einfluß zu nehmen“.⁸

Doch wird auch festgestellt, daß die westdeutschen Investitionen in den Entwicklungsländern gerade in den letzten Jahren „überproportional“ (gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern) gestiegen sind.

Hierzu hätten die „Förderungsmaßnahmen“ wesentlich beigetragen. „Geht man davon aus, daß die steuerlichen Vorteile, die das Entwicklungsländer-Steuergesetz . . . bietet, von



Die Politik der „Partner“: der bundesdeutsche Großinvestor J. v. Thurn und Taxis lädt seine brasilianischen Arbeiter zum obligatorischen Gruß

allen Investoren wahrgenommen werden, so sind 1975 Investitionen deutscher Unternehmen in Höhe von rd. 1,5 Mrd DM und 1976 von rd. 1,9 Mrd DM durch dieses Gesetz gefördert worden“.⁹

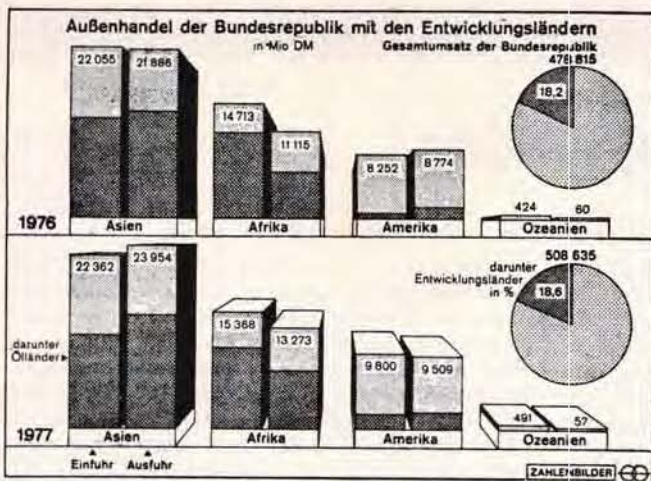
Die BRD – ein besonders dynamischer Agent

Weitere Aspekte dieser Pointierung westdeutscher Entwicklungspolitik sind in einer gezielteren Einbettung der Rohstoffsicherung in die Entwicklungskonzeption sowie in der stärkeren Betonung einer größeren „strukturpolitischen Opferbereitschaft“ in der BRD selbst zu sehen. Aus der Einsicht einer wachsenden Abhängigkeit des Rohstoffbezugs aus der Dritten Welt und der damit verbundenen Unsicherheitsmomente hat die Bundesregierung die Konsequenz gezogen, die „rohstoffsichernden Mittel“ 1975 zu verdoppeln, und auch später die direkte und indirekte Förderung der Rohstoffproduktion westdeutscher Konzerne in Entwicklungsländern auszubauen. Das seit 1970 bestehende Programm zur Förderung der Exploration und der Erschließungsinvestitionen bei Rohstoffen in Entwicklungsländern, das die Übernahme eines erheblichen Teils der Kosten durch den Staat vorsieht, ist mittlerweile beträchtlich erweitert worden.¹⁰ Mit dieser Politik soll nicht nur der direkte westdeutsche Zugang zu Rohstoffquellen verbessert und die „Entwicklungshilfe“ zur rechtlichen und politischen Absicherung als Drohinstrument eingesetzt werden. Sie ist gleichzeitig gegen Kartellbildungen von Seiten der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich gerichtet. Die Verbreiterung des Rohstoffangebots und die Vermehrung der Rohstoffquellen würde – so heißt es offenherzig in dieser Argumentation – die Lage der BRD als bedeutendem Nachfrageland nach Rohstoffen auf dem Weltmarkt verbessern.¹¹

In diesem Zusammenhang ist auf die größer werdende Bedeutung der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) zu verweisen. Diese – vollständig im Besitz des Bundes befindliche – Finanzierungsgesellschaft hat ihr Stammkapital auf gegenwärtig 700 Mio DM aufgestockt; während sie vordem die Aufgabe hatte, durch Beteiligungen und Darlehen Investitionen mittlerer Unternehmer aus der BRD und den jeweiligen Entwicklungsländern zu stimulieren, scheinen sich mit der starken Anhebung der Kapitalausstattung auch ihre Aufgabenstellung und ihre Kooperationspartner zu verändern.

Westdeutsche Großkonzerne bedienen sich zunehmend der durch die DEG gebotenen Möglichkeiten. Der geschäftsführende Vorsitzende der DEG, K. H. Sohn, hat bereits deutlich die Motive und die zukünftigen Nutznießer der kurzfristigen Verdoppelung der finanziellen Manövriermasse benannt: „Das Versorgungsinteresse unserer Wirtschaft an wichtigen Rohstoffen war eine Begründung für die Kapitalerhöhung“. Als Beispiel der DEG-Aktivitäten nennt er: „Wir werden in Brasilien vermutlich mit einer dortigen-Erzgesellschaft und deutschen Stahlunternehmen eine Erzaufbereitungsanlage errichten, also im rohstoffverarbeitenden Bereich investieren. Der größte Teil der Produktion wird in die Bundesrepublik Deutschland importiert, die Versorgung der deutschen Stahlindustrie mit Pellets wird also verbessert.“¹² Entwicklungspolitische Absichten werden nicht einmal mehr zwecks ideologischer Verschleierung vorgebracht.

Ein weiterer Gesichtspunkt gewinnt in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung ständig an Gewicht. Das sog. strukturpolitische Opfer, das die BRD im Rahmen einer sich rasch wandelnden internationalen Arbeitsteilung dank ihrer „weltoffenen Einstellung“ in besonderem Maße zu erbringen habe. „Auslagerungen von Produktionen durch Auf- und Ausbau von Unternehmen oder zum Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen sowie zum Erwerb von Unternehmen in Entwicklungsländern werden weiterhin durch finanzielle und steuerliche Hilfen sowie durch Über-



Aus: Handelsblatt, 29. 5. 1978

nahme von Garantien zur Absicherung politischer Risiken unterstützt.“¹³

Diese „weltoffene“ Position der BRD, die den Eindruck erwecken soll, daß hier ein besonders dynamischer Agent der notwendig werdenden Änderung der internationalen Arbeitsteilung am Werk ist, hat verschiedene Aspekte: Einmal wird der durch Verlagerung ganzer Branchen bedingte hiesige Abbau der Arbeitsplätze als entwicklungspolitisches Opfer, als Beitrag zur internationalen Solidarität ausgegeben, das zudem notwendig ist, um die überlegene Weltmarktstellung der BRD-Wirtschaft zu erhalten. Zum anderen wird diese scheinbar konziliante und äußerst konzessionsbereite Haltung als Köder für die Entwicklungsländer bereitgehalten. Daß eine von westdeutscher Seite getragene exportorientierte Industrialisierung (vor allem in Form der sog. „Weltmarktfabriken“) zwar Arbeitsplätze im Inland vernichtet, aber andererseits nicht die Probleme der Unterentwicklung lösen kann, wird dabei geflissentlich „übersehen“.

Diese Orientierung der Bundesregierung hat sich bereits deutlich auf die Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern niedergeschlagen. Seit 1970 sind die Importe aus Entwicklungsländern überproportional gestiegen, wobei dies insbesondere für Halb- und Fertigwaren gilt. Von 1974–76 sind diese Importe aus Entwicklungsländern um 40 % gestiegen. „Die Bundesrepublik Deutschland, zweitwichtigster Absatzmarkt für Halb- und Fertigwaren der Dritten Welt, liegt in der Pro-Kopf-Einfuhr sogar an der Spitze der Industrieländer.“¹⁴ Es wäre hierbei zu prüfen, ob es sich bei diesen Importen nicht zu einem erheblichen Teil um Reexporte aus westdeutschen Kapitalanlagen bzw. um „Lohnveredelungs“-lieferungen an westdeutsche Kapitale handelt.

Noch stärker als die Importe aus den Entwicklungsländern haben sich die westdeutschen Exporte in die Dritte Welt entwickelt (von 1974–76: Importe + 13 %; Exporte + 30 %). Obwohl die Exportsteigerung hauptsächlich auf die gewachsene Kaufkraft der Erdölländer zurückgeht, haben die Exportkredite und die vom Bund für sie übernommenen Bürgschaften bei der Ausweitung bzw. Stabilisierung der Exporte eine erhebliche Rolle gespielt. Die vom Bund übernommene Deckungssumme stieg fast um 30 %, 3/4 aller Exportkreditbürgschaften entfallen auf Geschäfte mit Entwicklungsländern. In diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung der öffentlichen Kapitalhilfe der BRD während der letzten Jahre zu sehen. Während seit 1974 die Ansätze stagnierten bzw. sogar 1976 spürbar zurückgingen (der Anteil am Bruttosozialprodukt betrug nur noch 0,27 %) läßt sich für die Jahre 1977 und 1978 wieder eine Anhebung des Entwicklungshilfeeats feststellen. Ein erheblicher Teil dieser Steigerungen muß als direkte Exportförderung angesehen werden.¹⁵

Immer stärker wird auch die Betonung der inneren Differenzierung der Entwicklungsländer untereinander. Dabei sollen

die am wenigsten entwickelten Länder (LDC-Länder) und die am schwersten von den Erdölpreiserhöhungen betroffenen Länder (MSAC-Länder) durch hohe Zuschußanteile, besonders günstige Kreditkonditionen usw. eine spezielle Förderung erfahren. Wenn gleich dabei eine rasche Integration in den kapitalistischen Weltmarkt nicht erwartet werden kann, so kann diese Politik doch andererseits helfen, ökonomische Positionen in mittlerer Zukunft auszubauen und zum zweiten, die politische Spaltung der Front der Entwicklungsländer erleichtern.

So kommt der besonderen Förderung der am wenigsten entwickelten Länder eine politisch-strategische Rolle zu, die etwa in der verstärkten Unterstützung der Frontstaaten Afrikas (mit Ausnahme von Angola und Mosambique) zum Ausdruck kommt, um, wie formuliert wird, „eine friedliche Lösung der Spannungen im südlichen Afrika zu erreichen.“ Drittens wird die besondere Förderung der am wenigsten entwickelten Länder auf internationalen Konferenzen als deutlichstes Zeichen der Konzessionsbereitschaft präsentiert. Die Frage allerdings, in welcher Form und innerhalb welcher Zeiträume diese Länder in den kapitalistischen Weltmarkt voll integriert werden sollten, scheint noch nicht endgültig beantwortet zu sein.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. u. a.: K. Wohlmut, Neue Internationale Wirtschaftsordnung. Die Entwicklungspotentialität der Neuen Weltwirtschaftsordnung, in: Internationale Entwicklung, Wien, Nr. 1/1976, S. 17–30
- 2) K. Seitz, Die Dritte Welt als neuer Machtfaktor der Weltpolitik, in: R. Jonas/M. Tietzel, Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 23–37, hier: S. 35 f.
- 3) Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, November 1977, S. 14
- 4) Vgl. etwa den Satz aus den zusammenfassenden Thesen des Gutachterbeirats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): „Sie (i. e. die Entwicklungsländer) fordern neue Formen und Techniken eines realen Ressourcentransfers, die auf eine grundlegende Veränderung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung hinauslaufen. Die Bundesrepublik besinnt sich bei dieser Konfrontation ebenso wie andere Industrieländer in zunehmendem Maße auf ihre eigenen Interessen.“ Materialien Nr. 58 des BMZ, Bonn, Juni 1977, S. 7
- 5) Vgl. z. B. Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, a. a. O., November 1977, S. 18
- 6) Ebenda, S. 19
- 7) Vgl. (Erster) Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, a. a. O., November 1973, S. 44
- 8) Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, a. a. O., S. 21
- 9) Ebenda, S. 33 f.
- 10) Vgl. Handelsblatt, 19. 12. 1975
- 11) Vgl. Zweiter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, November 1975, S. 14
- 12) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 2. 1976; Überseerundschau, März 1976
- 13) Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, a. a. O., S. 69 (Entwicklungspolitische Konzeption, Fassung 1975)
- 14) Entschließung des Bundestags zur Entwicklungspolitik vom 27. Oktober 1977, in: Dritter Bericht . . . , S. 51 f.
- 15) Vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit, Mai 1978; Handelsblatt, 20. 4. 1978

Richtigstellung

In dem Artikel Afghanistan: Das Volk an der Macht in der Nr. 7–8 sind uns einige Fehler unterlaufen:

- Auf S. 43, linke Spalte unten muß es statt „ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz . . .“ „ein vom Parlament verabschiedetes **Parteiengesetz** . . .“ heißen.
- Auf derselben Seite, rechte Spalte oben statt „August 1973“ – „Juli 1973“
- Auf S. 46 linke Spalte statt „12. 8. 1973“, „23. 8. 1973“
- Auf derselben Seite, rechte Spalte oben statt „unter Schah-Regie die Türkei, Pakistan, den Iran und Afghanistan umfassend“; „(unter Schah-Regie die **Türkei, Pakistan und den Iran** umfassend)“.

Zu der Erklärung des Initiativsausschusses zum XI. Festival ebenfalls in Nr. 7–8/78, S. 17, linke Spalte muß es in Punkt I. 2 heißen:

- das Eintreten der Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland für Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt.

Chile in Opposition

I. Ljubetic, Chiles Arbeiter im Widerstand, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt/M. 1978, Taschenbuch-Reihe „Marxismus aktuell“, erscheint voraussichtlich November 1978, ca. 120 S., Preis ca. 8,-DM In Anbetracht der Tatsache, daß der Verlauf der chilenischen Revolution von der demokratischen Bewegung in der BRD mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde, und ihre vorläufige Niederlage am 11. September 1973 auch die neben Vietnam bislang breiteste und stärkste Solidaritätsbewegung auslöste, bietet dieses Buch von I. Ljubetic einen systematischen Einblick in die Entwicklung der chilenischen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Unter Benennung der objektiven Voraussetzungen für die Entstehung der chilenischen Arbeiterklasse und ihrer Organisationsformen wird das widersprüchliche Verhältnis von objektiven Bedingungen und subjektivem Faktor nachgezeichnet und verständlich gemacht. Dieser Teil I Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum Putsch 1973 schafft äußerst anschaulich und materialreich die Grundlage für das eigentliche Thema dieses Buches. Nicht die politischen Parteien der Arbeiterbewegung sondern vielmehr ihre umfassendste Klassenorganisation, die Gewerkschaften, sind Gegenstand der Untersuchung.

Auf die Bedeutung dieses Ansatzpunktes verwies P. Togliatti schon bei seiner Analyse des italienischen Faschismus: „Die Ebene der faschistischen Gewerkschaften ist die unbeständigste Herrschaftsebene für die Kader der faschistischen Diktatur wie für den Faschismus überhaupt. Unbeständig, da auf dieser Ebene sich die Klassenverhältnisse direkt und unmittelbar widerspiegeln.“ (P. Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt/M. 1973, S. 65).

Die besondere Bedeutung der Gewerkschaften war auch den chilenischen Faschisten bewußt. Und so richteten sie nicht zufällig ihr Augenmerk darauf, die massenwirksamste Organisation, die Einheitszentrale der Werktätigen CUT durch Verbot, repressive Maßnahmen gegen ihre Mitglieder und Funktionäre, durch das Auswechselln ganzer Vorstände der Einzelgewerkschaften mit der Junta treuergebenen Kollaborateuren und die Errichtung von Spaltergewerkschaften zu zerschlagen. Das Kernproblem, vor dem die Arbeiterbewegung nach der Machtergreifung der faschistischen Militärjunta stand, war: Wie den „Kampf um die Erhaltung der unabhängigen Gewerkschaften führen?“ (S. 71) Dabei mußten insbesondere zwei Gefahren überwunden werden: „Zum einen die Tendenz, eine Verständigung mit der Diktatur zu suchen, und zum anderen, daß kleine in Verzweiflung verfallene Gruppen, zum Terrorismus griffen.“ (S. 71)

So werden dann auch vom Autor systematisch die verschiedenen Etappen dieses Kampfes in seiner ganzen Breite und Widersprüchlichkeit, die Rolle der Arbeiterklasse als „Kern und Motor“ im antifaschistischen Widerstand herausgearbeitet und durch umfangreiches empirisches Material belegt. „Der Versuch, ein klares Bild vom Kampf dieser vielen Patrioten zu geben, die verhindern konnten, daß die Faschisten die Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung übernehmen und die Revolutionäre von den Massen trennen, ist wie die Zusammensetzung eines Puzzles.“ (S. 72)

In mühsamer Kleinstarbeit, wie z. B. in der Hinzuziehung von Augenzeugenberichten heute im Exil lebender Chilenen über ihre Arbeit in den Gewerkschaften, der Dokumentierung dieses Kampfes mit Hilfe von im Inland herausgegebenen Widerstandszeitungen, -bulletins oder -flugblättern, der Verarbeitung von Informationen aus der von der Junta gleichgeschalteten Presseorganane wird ein lebendiges Zeugnis über die trotz mancher Rückschläge dennoch insgesamt erfolgreiche Entwicklung des Kampfes des chilenischen Volkes abgelegt.

M. Jürgens/ Th. Metscher (Hg.) mit Beiträgen von G. Becerra-Schmidt, A. Dorfmann, Th. Metscher, C. Maldonado, A. Skármeta, G. Sprigath, W. Schmitz, Kunst und Kultur des demokratischen Chile, Atelier im Bauernhaus, Fischerhude 1977, 150 S., 14,80 DM

Dieser in Zusammenarbeit mit der Vereinigung zur Förderung der demokratischen Kultur Chiles e. V. erschienene Band hat die Intention „ausgehend von der unmittelbaren Betroffenheit, die die Konfrontation mit der Kunst und Kultur Chiles auslöst, Informationen und Interpretationen zum Verhältnis vom ästhetischer Produktion, Kulturpolitik und gesellschaftlicher Praxis während der Zeit der Regierung der UP zu geben.“ (S. 4) Dieser Ausspruch wird auf einem

hohen theoretischen und politischen Niveau erfüllt,

Ausgehend von einem kurzen, aufschlußreichen historischen Abriss über die gesamte kulturelle Entwicklung Lateinamerikas verweist Becerra-Schmidt in seinem Artikel auf zwei Momente, die im wesentlichen die Entwicklung der Kultur Lateinamerikas bestimmten: 1. der kulturelle Einfluß „der Metropole (bzw. der herrschenden Klasse)“ und 2. „die Selbstbehauptung der Kultur der Eingeborenen, der Unterdrückten.“ (S. 6) Diese beiden Bewegungsmomente und der jeweilige Grad ihrer Ausprägung machen die konkrete Gesellschaftlichkeit und Parteilichkeit eines jeden Kunstwerks aus. Die jeweilige Qualität eines Kunstwerks bemißt sich nach dem jeweiligen Grad seiner Wirklichkeitserfassung – d. h. inwieweit „ein Kunstwerk ... die Dialektik historisch-sozialer Prozesse mit den spezifischen Mitteln der Kunst, mit den spezifischen Mitteln einer besonderen künstlerischen Form und Gestaltung auszudrücken“ vermag (S. 19). In der Herausarbeitung und Darlegung sowie der Anwendung dieser Kriterien auf die demokratische Kunst und Kultur in Chile liegt der hohe analytische und informative Gehalt dieses Buches. So werden besonders von Becerra-Schmidt und A. Skármeta die relativ langen demokratisch-kulturellen Traditionen, die Kulturbewegung und ihre Organisationsformen behandelt und ihre Entwicklung während der UP-Zeit aufgezeigt.

Eine kritische Bilanz über die durchgeführten Maßnahmen und Aktivitäten der UP in Bezug auf die einzelnen kulturellen Bereiche zieht A. Skármeta. Sicherlich ist ihm zuzustimmen, daß die Hauptursache für die auftretenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung ihrer kulturpolitischen Zielvorstellungen „die mangelnde politische Führung auf dem kulturellen Gebiet“ (S. 91) war, welche in einem engen Zusammenhang mit der innenpolitischen Situation des Landes gesehen werden muß. Trotz aller Probleme bei der Sicherung der Einheit der politischen Führung muß jedoch festgehalten werden, daß es bedeutsame Errungenschaften auf kulturellen und ideologischem Gebiet gegeben hat: z. B. die Entwicklung des „Neuen chilenischen Liedes“, der Malerei und ihrer besonderen Ausprägung der Wandmalerei, die „in verständlichen poetischen Symbolen ... das Bewußtsein kämpferischer Menschlichkeit“ (G. Sprigath, S. 137) verallgemeinert und die erklärt, warum sich direkt nach dem faschistischen Putsch im antifaschistischen Widerstand schon ansatzweise eine „Kultur des Untergrunds“ (S. 12) artikulieren konnte. In dem nun schon fünf Jahre dauernden Widerstand ist die „Kultur des Untergrunds“ zu einer nicht zu unterschätzenden Waffe für die Sache des chilenischen Volkes sowohl im Land selbst als auch in der internationalen Solidaritätsbewegung geworden. Neben dem Beitrag von G. Sprigath, der in gelungener Weise und mit Hilfe hervorragenden Bildmaterials die Entwicklung der Bildenden Kunst während der Allende-Regierung analysiert, soll hier besonders auf den Aufsatz von Th. Metscher über den „Realismus in der Lyrik Pablo Nerudas“ hingewiesen werden.

Anhand ausgesuchter Textstellen aus Nerudas Werken wird ein Verständnis über die Entwicklung und Bedeutung einer Künstler-Persönlichkeit und ihrer Werke vermittelt. „Nicht die rein formale Meisterschaft allein, noch die volle Erfassung des gesellschaftlichen Gegenstands oder die politisch-weltanschauliche Position des Autors an der historischen Front der Klassenkämpfe – keines dieser Momente isoliert genommen, sondern die dialektische Durchdringung aller drei läßt Nerudas Werke „zu einer der monumentalen Dichtungen des Zeitalters werden ... besitzt Nerudas Oeuvre den Status einer sozialistisch-realistischen Weltliteratur.“ (S. 35) Der sozialistische Realismus ist nicht nur der entschiedenste Feimperialistischen Irrationalismus sondern auch des kleinbürgerlichen Pessimismus, des intellektualistischen Skeptizismus; sozialistischer Realismus ist stets auch realistischer Optimismus – oder mit den Worten Nerudas: „Aber ich habe Vertrauen zum Menschen. Nie habe ich die Hoffnung verloren. Deshalb bin ich hierher gekommen mit meiner Poesie, und auch mit meiner Fahne. Zum Schluß muß ich den Menschen guten Willens, den Arbeitern, den Dichtern sagen, daß die ganze Zukunft in diesem Satz von Rimbaud ausgedrückt ist: nur mit einer glühenden Geduld werden wir die strahlende Stadt erobern, die allen Menschen Licht, Gerechtigkeit und Würde gibt. So wird die Dichtung nicht vergeblich gesungen haben.“ (S. 71)

K. Wetzel

BRD—Südafrika

Als Beitrag gegen die ausgiebige Kollaboration der herrschenden Kräfte unseres Landes mit dem südafrikanischen Rassistenstaat wird am 11./12. November 1978 in Bonn ein „Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik—Südafrika“ stattfinden. Dieses von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) initiierte Projekt wird von einem breiten Unterstützungskreis getragen und verspricht zur gemeinsamen Sache von Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen und Christen zu werden; auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat jüngst definitiv seine Unterstützung zugesagt. Zu den Trägern dieses Kongresses zählen u. a. die AAB, das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Hochschul- und Studentengemeinden (AGG), der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), die Jungdemokraten und Jungsozialisten.

Jemen

Am 24. Juni d. J. wurde in der Jemenitischen Arabischen Republik JAR (Nordjemen) der Staatspräsident Ahmed Hussein al-Ghashimi ermordet. Kurz darauf, in der Nacht zum 26. Juni, begann in der Volksdemokratischen Republik Jemen VDRJ (Südjemen) ein bewaffneter Umsturzversuch unter Führung Salem Rubayyi Alis, der zuvor als Vorsitzender des Präsidentenrates der VDRJ abgesetzt worden war. Dieser Putschversuch wurde niedergeschlagen, S. R. Ali zum Tode verurteilt und hingerichtet. In Ägypten ordnete man Staatstrauer an ebenso wie in der bürgerlichen Presse: „Moskau blieb Sieger . . . ein Fehlschlag der saudischen Bemühungen“ (Rheinischer Merkur, 7.7.1978). Obwohl die Anschläge einen empfindlichen Schlag gegen die seit 1972 zunehmende Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südjemen versetzten, mißlang den saudiarabischen Finanziers der Plan, durch Ermordung des nordjemenitischen Präsidenten einen Konflikt zwischen beiden jemenitischen Staaten zu provozieren, um anschließend die revolutionäre Führung im Südjemen zu stürzen. Auf diese Weise erhoffte man freie Bahn für den zum 27. Juni angekündigten Besuch aus dem US-State Department in der VDRJ – einer Delegation, die laut New York Times „möglicherweise an dem Konflikt im Lande mitgewirkt hat“ (zit. nach: Arab Report and Record, London, 16-30. Juni, S. 456). Statt dessen konnten sich die konsequentesten Kräfte in der revolutionären Vereinigten Politischen Organisation Nationale Front (UNFPO) unter Abdel Fattah Ismail behaupten. Sie sind der Garant für eine auch künftige Unterstützung des Südjemen für die Volksfront zur Befreiung Omans (PFO), die äthiopische Revolution und die Arabische Front der Standhaftigkeit.

Iran

Das vom Schah vermittelte Bild des Iran als einer Oase der Ordnung und Stabilität gerät immer mehr ins Wanken. Das despotische Regime konnte trotz drakonischer Maßnahmen seine Gegner nicht mehr zum Schweigen bringen und die größten Massenaktionen seit 25 Jahren aufhalten. Die Protestaktionen haben inzwischen das ganze Land erfaßt. Selbst der berühmte Geheimdienst SAVAK scheint von dem Ausmaß der Demonstrationen überrascht worden sein, so daß sein langjähriger Chef, General Nassiri, entlassen und ins Ausland versetzt wurde. Die wahren Ursachen der Ereignisse liegen in den iranischen Verhältnissen selbst begründet: dazu zählen insbesondere die wachsende Verarmung der Bevölkerung trotz steigender Öleinnahmen und die politische Unterdrückung, die sich gerade jetzt in der Verhängung des Kriegsrechts und den Massakern der Schah-Truppen an unbewaffneten Demonstranten zeigt. Die iranische Opposition setzt sich daher aus fast allen Klassen und Schichten zusammen, die sich in einem Punkt einig sind: die Diktatur des Schah beseitigen zu wollen. Angesichts dieser Bewegung ist dem Schah jedes Mittel recht, die Opposition zu zerschlagen. So wurden beispielsweise in Täbriz SAVAK-Agenten erkannt und verjagt, als sie einen Brandanschlag ausführen wollten. Mit einiger Sicherheit kann angenommen werden, daß der nach demselben Muster vorgenommene Brandanschlag auf ein Kino in Abadan (430 Tote) das Werk der Schah-Agenten gewesen ist.

Irak—Palästina

Die im Zeitraum Januar bis August 1978 verübte Serie von Mordanschlägen auf offizielle Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) außerhalb des Nahen Ostens, die von der Erschießung des Londoner Repräsentanten Hammami bis hin zu den Anschlägen von Islamabad und Paris (Ermordung des PLO-Repräsentanten Kallak und Adnan) reicht, wurde teils zu Unrecht auf interne Fehden innerhalb der PLO zurückgeführt. Die Akteure der Terroranschläge entstammen vornehmlich der PLO nicht zugehörigen palästinensischen Ultragruppierungen, die wie der vor 4 Jahren aus der Fatah und der PLO ausgeschlossene Abu Nidal im Irak ihre Basis unterhalten. Die von A. Nidal in einem Interview mit dem Middle East im Juli d. J. vorgestellte Konzeption dieser Gruppierungen deckt sich mit dem außenpolitischen Kurs Bagdads u. a. in der Denunzierung Y. Arafats wie der von ihm repräsentierten PLO-Mehrheitsposition (siehe AIB 6/1977 und 2/1978) als „Kapitulationismus“, in der sektiererischen Ablehnung jeglicher politischer Lösungsschritte und in der „links“ drapierten Gegnerschaft zur Arabischen Front der Standhaftigkeit. Dahinter verbirgt sich das durchsichtige Ansinnen, die eigenständige Position der PLO durch eine irakische Bevormundung abzulösen. Ergänzend laufen Versuche zur diesbezüglichen Mobilisierung auch der in den PLO-Führungsorganen präsenten, von der irakischen Baath-Partei subventionierten Arabischen Befreiungsfront (ALF) und G. Habbaschs Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Analoges inneren Auseinandersetzungen um diese irakische Außenpolitik wie antidemokratische Tendenzen begegnete die Baath-Führung mit der demonstrativen Hinrichtung von 21 Kommunisten und Verhaftungsmaßnahmen – unter fadenscheiniger Berufung auf das 1971 verfügte politische Betätigungsverbot für Nichtbaathisten in der Armee (vgl. Al Thawra, Bagdad, 28. und 29. 5. 1978).

Bolivien

Nach dem Wunsch der US-Administration sollte Bolivien das Paradebeispiel dafür abgeben, daß ein friedlicher Wechsel von einer Militärdiktatur zu parlamentarischen Verhältnissen möglich ist. Allerdings hatte sie die Rechnung ohne General Pereda gemacht, der nach erwiesener Wahlfälschung zu seinen Gunsten erst eine Annullierung der Wahl forderte, dann aber aus Furcht vor dem „drohenden Kommunismus“ in einem Militärputsch die Macht an sich riß. Hinter Pereda stehen besonders die Agrarbourgeoisie der Provinz Santa Cruz und die sich dort konzentrierende Mafia aus Militär, Kokain-erzeugern und -schmugglern, deren illegaler Absatz nach den USA ein Volumen von jährlich 300 Mio Dollar erreicht. Sie stemmten sich in der Vergangenheit am heftigsten gegen jede Art von Sozialreformen, die die Landbevölkerung und die unter schwersten Bedingungen arbeitenden Bergleute gefordert hatten. So waren es denn auch die Bergleute, die in einem mehrtägigen Streik ihre Ablehnung Peredas dokumentierten. Die Führung der 50.000 Mitglieder zählenden Bergarbeitergewerkschaft forderte in einem 10 Punkte-Programm die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie der nach dem Putsch verhafteten 150 Gewerkschaftsführer und Oppositionspolitiker, den Abzug der Truppen aus den Bergbaugebieten und Neuwahlen.

Vietnam—China

Sowohl der Grenzkonflikt zwischen der SR Vietnam und Kampuchea als auch das Problem der in Vietnam lebenden Auslandschinesen (vgl. AIB 7-8/1978) haben sich in den letzten Wochen verschärft: Peking unterstützt jetzt offen die Aggressionspolitik Kampucheas – und zwar sowohl propagandistisch als auch materiell. Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen vom 10. 8. 1978 befinden sich heute etwa 6.000 paramilitärische „Entwicklungshelfer“ aus China in Kampuchea. Außerdem sind die Waffenlieferungen erheblich verstärkt worden, was dazu führte, daß die bewaffneten Angriffe Kampucheas gegen Vietnam häufiger und die Verhandlungsbereitschaft der Führung in Phnom Penh keineswegs größer geworden ist. Über die Frage der Auslandschinesen (Hoas) verhandeln die stellvertretenden Außenminister Vietnams und Chinas auf Grund einer Initiative der vietnamesischen Regierung seit dem 8. August in Hanoi.

Afrika nach dem OAU-Gipfel

Zwei Probleme haben in den Sommermonaten die Diskussion über die gegenwärtige Situation in Afrika bestimmt. Der eine Problemkreis betraf die Frage, in welcher Situation sich die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) 15 Jahre nach ihrer Gründung präsentiert. Das andere Problem – scheinbar nur ein Land betreffend, in Wirklichkeit jedoch die Angelegenheit aller Völker des Kontinents – ist die Namibia-Frage, die nach der Einigung der SWAPO (Südafrikanische Volksorganisation) mit den fünf Westmächten in ein neues Stadium ihrer Entwicklung eintrat.

Allen westlichen Unkenrufen und Spekulationsversuchen zum Trotz geriet der 15. OAU-Gipfel Ende Juli in Karthum, der sudanesischen Hauptstadt, keinesfalls zu jenem Debakel für die afrikanische Einheit, das sich mancher Kaffeesatzleser erhofft haben mag. Gleichwohl stand die OAU vor einer komplizierten und gefährlichen Situation, die sich daraus ergab, daß die Fürsprecher westlicher Politik, allen voran die Repräsentanten neokolonialer Basen in Afrika wie Senghor aus dem Senegal, Mobutu aus Zaire und nicht zuletzt Ägyptens Sadat – gestärkt durch die direkten Interventionen des Westens in jüngster Zeit – in diesem Jahr entschlossener als jemals zuvor daranzugehen schienen, das Fundament der OAU auf Kosten der fortschrittlichen Kräfte des Kontinents ins Wanken zu bringen.

Die OAU bleibt „Instrument des Befreiungskampfes“

Dieses gefährliche und abenteuerliche Unterfangen, das wesentliche Zielsetzungen der imperialistischen Strategie in Afrika widerspiegelt, wird deutlich, wenn man die Einzelziele betrachtet, mit denen das hierzulande als „gemäßigt“ figurierende Lager in Karthum angetreten war. Zunächst sollte eine Resolution durchgebracht werden, in der die solidarische Hilfe Kubas und anderer sozialistischer Staaten für von äußeren Aggressionen bedrohte Völker des Kontinents auf eine Stufe mit den imperialistischen Einmischungsversuchen à la Zaire gestellt werden sollte. Zweitens sollte sodann das Projekt einer NATO-Eingreiftruppe aus Armeen neokolonialer Vasallstaaten (siehe auch Nyerere-Rede in diesem Heft) selbst die Absegnung der OAU erfahren. Drittens waren diese Kräfte – getreu ihren Auftragsgebern in den USA und Westeuropa – darauf aus, den diplomatischen Initiativen des Westens im Süden des Kontinents einen Freibrief zu verschaffen, auf Kosten der stets als vorrangig erachteten Unterstützung der legitimen Vertreter der Völker des südlichen Afrikas, der nationalen Befreiungsbewegungen. Viertens sollte das Westsaharaproblem – wie auch die Tschad-Frage – zur inneren Angelegenheit der betreffenden Länder erklärt werden, um damit der von Marokko und Mauretanien mit Unterstützung Frankreichs betriebene Okkupation die Anerkennung der OAU zu sichern.

Letzlich sollten jene letzten Überbleibsel aus der Kolonialzeit, die sich die imperialistischen NATO-Länder als Militärbasen erhalten haben – wie die Kanarischen Inseln, Mayotte, Reunion oder andere Inseln im Kanal von Moçambique – zukünftig aus dem Aufgabenkatalog des OAU-Befreiungskomitees verschwinden.

Für die Einschätzung der Gipfelergebnisse ist es wichtig, festzuhalten, daß keines dieser neokolonialen Ziele in Erfüllung gegangen ist. Vielmehr hat sich die Organisation richtig auf das in ihrer Gründungscharta verankerte Prinzip der Nichtpaktgebundenheit besonnen, das zwar die Mitgliedschaft in Militärblöcken ausschließt, jedoch nicht die Berechtigung afrikanischer Staaten, die in einem Hauptdokument festgehalten wurden, sich im Falle äußerster Existenzbedrohung an befreundete Staaten mit der Bitte um solidarische Unterstützung zu wenden.

Daß die von den Westmächten lancierte Eingreiftruppe in Karthum zur Totgeburt geriet, ist vor allem ein Verdienst der Führer der fortschrittlichen Staaten Afrikas. Sie lenkten in einer koordinierten Aktion die Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Aufgaben, denen sich die Organisation besonders im südlichen Afrika zu stellen hat.

„Die OAU war und bleibt“, so Samora Machel, „ein Instrument des Kampfes zur Befreiung unseres Kontinents. Ihr vorrangiges Ziel ist es, die Schlacht für die politische Emanzipation der Völker Afrikas voranzubringen.“ Unter diesem Aspekt wurde ein Gedanke neubelebt, der schon für den OAU-Gründer Nkrumah eine zentrale Rolle gespielt hat, nämlich eine gemeinsame Streitmacht zu schaffen, in deren Mittelpunkt die Aufgabe des Kampfes gegen Kolonialismus und Neokolonialismus steht, voran im südlichen Afrika (siehe dazu OAU-Rede A. Netos im nächsten AIB).



Dernoch gibt es eine Reihe von Problemen, die ihrer Lösung harren. Zwar hat sich die Zielstellung der Vertreter des neokolonialen Afrika nicht erfüllt, jedoch entspricht das Konferenzergebnis nicht den Notwendigkeiten, die sich der OAU heute stellen. Der Zustand dieser Organisation ist geprägt von der sozialen und politischen Differenziertheit der Situation des Kontinents. Dies heißt aber auch, daß zentrale Probleme auch in Zukunft Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen sein werden. Nicht zuletzt die nach wie vor ungeklärte Westsahara-Frage, deren Sondergipfel schon vor Jahresfrist beschlossen, dann vom letztjährigen OAU-Präsidenten Bongo (Gabun) hintertrieben und jetzt wieder ohne festes Datum festgelegt wurde, verweist darauf.

Offenstellen: Westsahara und Namibia

Nach wie vor offen ist auch das zweite gegenwärtige zentrale Diskussionsthema in Afrika, die Namibia-Frage; und dies trotz der von der hierzulande veröffentlichten Meinung suggerierten Klarheit, die nach der SWAPO-Zustimmung zu den westlichen Vorschlägen scheinbar gegeben ist.

Diese Einigung auf diplomatischer Ebene bedeutet keine Kapitulation der namibischen Befreiungsbewegung. Von Anfang hat die SWAPO mit den Westmächten ernsthaft um einen Kompromiß verhandelt, der die Sache Namibias einer Lösung näher bringt. Voraussetzung war dafür die Gewährleistung einiger Essentials, wie sie in der UN-Resolution 385 festgehalten sind: Gewährleistung freier Wahlen unter Kontrolle und Aufsicht der UNO, Abzug der südafrikanischen Besatzungstruppen, Freilassung aller politischen Gefangenen in Namibia. Um einen Faustpfand gegen die Unabhängigkeit Namibias in der Hinterhand zu behalten, hat die südafrikanische Besatzungsmacht den Hochseehafen Walfisch-Bai dem Territorium der RSA einverleibt. Folglich wurde auch die Sicherstellung der territorialen Integrität Namibias zu einer Kernfrage der SWAPO für die Zustimmung zu einem Lösungsvorschlag, der im Kern der von der SWAPO immer als einzig mögliche Grundlage für die Lösung der Namibiafrage anerkannten Resolution 385 folgt. Dieses Problem ist nun so gelöst worden, daß im UN-Sicherheitsrat gleichzeitig der westliche Lösungsvorschlag und eine Walfisch-Bai-Resolution, die die Wiedereingliederung des Tiefseehafens zur völkerrechtlichen Verbindlichkeit erklärt, verabschiedet wurde. Die südafrikanische Obstruktionshaltung gegenüber diesem politischen Kompromiß wurde schon durch die kategorische Ablehnung dieser letzten Resolution deutlich. Das verweist darauf, daß nun zwar eine neue Ausgangslage in Namibia gegeben ist, daß jedoch die weitere politische Entwicklung des Landes von den realen Auseinandersetzungen abhängen wird, die sich um die Durchsetzung der Sicherheitsratsbeschlüsse entwickeln werden. In wirklich freien Wahlen hätte die SWAPO alle Chancen – das zeigen Meinungsumfragen – die Regierungsgewalt auf nichtkriegerischem Wege zu erringen und ihr Entkolonialisierungskonzept zu verwirklichen. Ob die Befreiung Namibias jedoch von nun an auf diesem Wege erfolgt, wird im wesentlichen von der Haltung Südafrikas abhängen. Der Versuch des rassistischen Okkupationsregimes, schon im Vorhinein die Weichen in Richtung auf eine neokoloniale Lösung unter der Ägide der Turnhalle-Marionetten zu stellen, scheint eher darauf hinzudeuten, daß der weitere Kampf um die Unabhängigkeit Namibias alles andere als ein Spaziergang werden wird.